

PROTOKOLL

Begrüßung

Poljanow

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, gestatten Sie mir, zur Eröffnung unseres Gesprächs dem Ersten Stellvertretenden Bürgermeister oder, genauer gesagt, dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets der Werktätigendeputierten und gleichzeitig Stellvertretenden Vorsitzenden des Sowjetischen Komitees zum Schütze des Friedens, Anna Petrowna Boikowa, das Wort zu erteilen.

Boikowa

Sehr geehrter Genosse Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Genossen und Freunde!

Es ist für mich eine große Freude und Ehre, im Namen des Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets der Werktätigendeputierten, im Namen der Öffentlichkeit unserer Stadt und aller ihrer Bewohner Sie, die Teilnehmer dieses Treffens, die sich hier versammelt haben, um wichtigste Fragen des Friedens und der europäischen Sicherheit zu erörtern, herzlich zu begrüßen.

Das Bergedorfer Gespräch findet zum ersten Mal in unserem Lande statt, und es freut uns sehr, daß Sie dafür Leningrad gewählt haben. Jede Stadt hat ihre eigene Geschichte, ihre Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten. Unter allen Großstädten der Welt zeichnet sich Leningrad durch seine Jugend aus. Sie ist erst 275 Jahre alt. Trotzdem ist diese Stadt zu einer Stätte bedeutsamer historischer Ereignisse geworden. Hier entstand die große Oktoberrevolution. Jahrelang lebte und arbeitete hier Wladimir Iljitsch Lenin, Begründer der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaats.

Die ganze Welt kennt die Großtat Leningrads während des Großen Vaterländischen Krieges. Für ihren Heroismus und für ihre gewaltigen Arbeitsleistungen während jener Periode erhielt Leningrad den höchsten Titel unseres Landes: Sie wurde zur "Heldenstadt" ernannt.

In unserer Stadt wurde das Wort geprägt: "Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen!" Es ist auf dem Peskarewskoja-Friedhof in Granit eingemeißelt. Dieses Wort spricht heute die Hirne und Herzen aller Menschen in der Welt an und ruft sie auf, ihre Kräfte gegen Aggression und Krieg zu vereinigen.

Wir Leningrader, wie auch alle Sowjetbürger, wissen um den Preis des Friedens, weil wir den Preis des Krieges kennen. Wenn Sie heute durch unsere Straßen, über unsere Plätze und die Ufer der Newa gehen, wird es Ihnen schwerfallen sich vorzustellen, daß während des Krieges vor fünfundzwanzig Jahren alles in Trümmern lag. Und es ist schwer zu ermessen, wie viele Ideen, wieviel Arbeit und Tatkraft erforderlich waren, um die Stadt wieder aufzubauen und sie noch besser und schöner zu gestalten. Das Antlitz Leningrads hat sich verändert, seine Grenzen haben sich erweitert. Es sind neue Wohnviertel, neue Plätze und Uferstraßen entstanden; wiederhergestellt sind Denkmäler der Geschichte, der Architektur und der Kultur, die während des Krieges zerstört worden waren. In Leningrad gibt es 907 solcher Denkmäler, deren Wiederherstellung so gut wie abgeschlossen ist und wofür rund 400 Millionen Rubel ausgegeben wurden.

Jedes Jahr erhalten die Einwohner von Leningrad 50.000-60.000 Wohnungen; dadurch verdoppelte sich in der Nachkriegszeit der gesamte Wohnraum der Stadt. Jährlich werden zwanzig Schulen gebaut; es entstehen Hunderte neuer Gaststätten, Dutzende Krankenhäuser und Polikliniken. Die Industrie entwickelt sich, und erfolgreich arbeiten hier viele Wissenschaftler. Etwa eine halbe Million Schüler setzen sich jeden Tag auf ihre Schulbänke. 24.000 Lehrer erziehen und lehren diese Kinder.

Ich möchte Sie mit der Erzählung über die Stadt nicht lange aufhalten. Wir wollen Ihnen Leningrad zeigen, so wie es lebt, wie die Leningrader leben, welche Errungenschaften, aber auch welche Probleme diese Stadt hat. Wir wollen sie so zeigen, wie wir sie lieben in ihrem pulsierenden Leben und ihrer lichten Zukunft, an der wir arbeiten.

Die Öffentlichkeit Leningrads wird alles tun, um die Anwesenheit angenehm und interessant für Sie zu gestalten. Von unserer Seite bewerten wir Ihre Herreise als ein Zeichen der tiefen Achtung gegenüber Leningrad und den Leningratern.

Wir wünschen Ihnen großen Erfolg bei Ihrer Arbeit hier. Im Namen aller Leningrader bringe ich die Zuversicht zum Ausdruck, daß der aufrichtige Meinungs austausch bei dieser Zusammenkunft es möglich machen wird, einen großen Beitrag zur Festigung der europäischen Sicherheit und zur Erhaltung des Weltfriedens zu leisten.

Noch einmal: Willkommen, werte Freunde, in der Stadt Lenins!

Körper

Hochverehrte Frau Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe sowjetische Freunde!

Lassen Sie mich zuerst ein Wort des Dankes sagen für den Empfang, den Sie uns bereitet haben. Auch möchte ich Ihnen im Namen aller westlichen Gesprächspartner aufrichtigen Dank sagen für die

Einladung in diese herrliche Stadt Leningrad, um im Rahmen des ersten Bergedorfer Gespräches, das im Ausland stattfindet, mit Ihnen diskutieren zu können.

Diese Tagung ist eine Fortsetzung der Gespräche, die wir im März 1968 mit Gesprächspartnern aus sozialistischen Ländern in Bergedorf begonnen haben. Wir haben die heutige Zusammenkunft lange und mit viel gutem Willen von beiden Seiten vorbereitet. Jetzt sind wir hier, in der Hoffnung, daß unser Kontakt auch in Zukunft nicht abreißen wird.

Ich freue mich darüber, daß wir unser Gespräch in Leningrad veranstalten, im Jahre des 100. Geburtstages Lenins, der nicht nur zum Lehrer seines Volkes und seiner Partei geworden ist, sondern der einer der großen Männer der Weltgeschichte ist, ein Staatsmann und Staatsgründer, der das Bild der Welt wirklich verändert hat. Überdies vergessen wir Deutsche vielleicht oft, daß Lenin nicht nur Revolutionär, sondern einer der gebildetsten Staatsmänner seiner Zeit war, ein Kenner Goethes, Hegels und Clausewitz' ein Grund mehr, zu Beginn dieses Gespräches seiner zu gedenken.

Das Thema unseres Gespräches ist der Friede. Der Friede muß gemacht werden. Dazu gehören Verhandlungen, und sie sind bekanntlich schwierig und langwierig. Der Friede ist kein elementares Ereignis wie etwa der Kampf; wenn der Friede gelingt, ist er ein Kunstwerk. Wenn wir also in diesen beiden Tagen über die Methoden der Zusammenarbeit in Europa sprechen und uns um Wege zu dieser Zusammenarbeit bemühen, dann werden wir eine große Zahl von Schwierigkeiten zu überwinden haben. Ich hoffe und wünsche mir, daß wir diese Schwierigkeiten gemeinsam angehen und sie gemeinsam zu meistern versuchen.

Der Friede ist aber auch ein Motiv des menschlichen Lebens. Wer den Frieden haben will, muß ihn lieben. Ich bin deshalb gern in dieses Land gekommen, weil ich weiß, nicht zuletzt durch eine Studienreise durch die Sowjetunion, daß das sowjetische Volk wirklich den Frieden liebt. Aber, glauben Sie mir, auch die Deutschen wollen den Frieden. Was es auch immer, verehrte sowjetische Freunde, an Mißverständnissen zwischen uns geben mag, Sie sollten davon überzeugt sein, daß die Deutschen tatsächlich den Frieden wollen, und zwar sowohl diejenigen, die politische Verantwortung tragen, wie auch das ganze Volk. Nur, und jetzt spreche ich von der Bundesrepublik Deutschland, ist die Friedensliebe bei uns oft mit Resignation und mit Skepsis gemischt, mit dem Gefühl, das ein altes Kirchenlied ausdrückt: "Mit unserer Macht ist nichts getan". Denn die Bundesrepublik ist ein kleines Land in einer schwierigen geographischen Lage, und sie ist, trotz aller wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, nur ein schwaches Land.

Hier in der großen Sowjetunion, die eine der beiden führenden Weltmächte ist, ist die Friedensliebe vielleicht elementarer, gefühlvoller und ausdrucksfähiger als bei uns. Ich wäre glücklich, wenn viel davon in der Atmosphäre dieses Raumes spürbar würde, damit wir gegenseitig mehr aufeinander hören, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß der Kreis, der hier in Leningrad zusammengekommen ist, keinen offiziellen Charakter und keinen offiziellen Auftrag hat. Jeder von uns spricht für sich selbst und sagt seine persönliche Meinung, so wie er es auch zu Hause tut. Wir führen also keine Verhandlung, sondern veranstalten ein Gespräch, dessen Wert in der gegenseitigen Information liegt.

Zur Sache selbst möchte ich noch sagen: Der Bergedorfer Gesprächskreis ist nicht mit einem festen Programm hierhergekommen. Wir haben nur das Thema festgelegt, wissen aber so gut wie Sie, daß es eine Vielfalt von Fragen aufwirft, Fragen der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik und ebenso Fragen nach der Entwicklung unserer wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen. Friede und Zusammenarbeit in Europa sind ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zum Frieden in der Welt. Es wäre naiv, wenn wir nur an Europa dächten und an den Fragen und Nöten der übrigen Welt achtlos vorübergingen. Wir sollten also im Laufe unseres Gespräches die außereuropäischen Probleme keineswegs vermeiden, allerdings unser eigentliches Thema dabei nicht aus den Augen verlieren.

Die Ausführungen, die Herr Grosser aus Paris machen wird, sind gedacht, unserem Gespräch ein gewisses Programm zu geben. Wir wollen es in der Diskussion unter der Leitung von Herrn Poljanow erörtern. Soweit andere Fragen auftauchen, sollten wir versuchen, sie nacheinander zu behandeln, wenn ich auch eine starre Tagesordnung für lästig halten würde.

Für die einzelnen Punkte, die wir diskutieren, sollten wir uns der Tatsache, daß wir weder offizielle Verhandlungen führen, noch Experten des internationalen Rechts sind, als eines Vorteils bewußt sein. Der Wert unseres Gespräches liegt ganz sicher in der gegenseitigen Information sowie in der Analyse der europäischen Entwicklung, nicht zuletzt aber in der Beurteilung der europäischen Zukunft, die unsere gemeinsame Zukunft sein soll. Ich sage das in vollem Bewußtsein dessen, daß die Sowjetunion als Weltmacht nicht nur europäische Interessen zu vertreten hat, sondern auch in anderen Teilen der Welt engagiert ist. Das sowjetische Volk gehört aber zu Europa, ebenso wie uns

Europäern die Entwicklung beispielsweise in Asien nicht gleichgültig sein kann. Zweifellos hängt die Zukunft Europas mit davon ab, daß wir überall, wo es nur möglich ist, Wege der Zusammenarbeit finden, daß wir Vertrauen zueinander gewinnen und unseren guten Willen in die politische Tat umsetzen können.

Ich begrüße es daher, daß die politischen Kontakte zwischen den westeuropäischen Ländern einerseits und der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern andererseits trotz krisenhafter Unterbrechungen lebhafter geworden sind. Das gilt auch für die Gespräche, die mit dem Ziel eines Vertragsabschlusses zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion begonnen haben. Ich hoffe, daß der offizielle Kontakt die Atmosphäre unseres Gespräches beeinflusst, fühle mich aber weder kompetent noch orientiert genug, um zu diesen Verhandlungen im einzelnen Stellung nehmen zu können. Ich möchte hier nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß jene Gespräche Erfolg haben und daß wir uns auch im Bereich der offiziellen Politik näherkommen.

Veranstaltungen wie das Gespräch, das wir hier in Leningrad führen, haben indes ihre eigene Bedeutung. Sie liegt nicht nur in der Aufnahme persönlicher Kontakte, sondern vor allem im freien Meinungsaustausch, und zwar in einer Offenheit, die sich Diplomaten und offizielle Politiker im allgemeinen nicht leisten können. Wir unsererseits möchten über die offizielle Meinung der sowjetischen Regierung hinaus auch die persönlichen Nuancen und Meinungen hören, die nicht jeden Tag in der Zeitung stehen. Bei den westlichen Teilnehmern werden Sie feststellen, daß wir durchaus Ansichten haben, die von denen unserer Regierungen auch abweichen können, die aber die öffentliche Meinung unserer Länder mitbestimmen.

Als ich im Jahre 1968 die Freude und Ehre hatte, sowjetische Gäste in Hamburg beim Bergedorfer Gesprächskreis zu begrüßen, glaubte ich, für das damalige erste Gespräch mit den Gästen aus den sozialistischen Ländern kein besseres Leitwort finden zu können als das Wort Lenins: Lernen, lernen und nochmals lernen! Ich meine, es wäre für uns alle gut, dieses Motto auch für unsere Veranstaltung hier in Leningrad zu wählen. In diesem Sinne wünsche ich unserer Tagung im Interesse aller beteiligten Länder einen recht positiven Verlauf.

Poljanow

Meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Im Namen der sowjetischen Teilnehmer, der Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern und wohl auch im Namen aller anderen Anwesenden möchte ich Herrn Körber für seine einführenden Worte danken. Ich möchte ihm besonders für die Herzlichkeit danken, mit der er Wladimir Iljitsch Lenins gedacht hat. Ich unterstütze seine Aufforderung an uns, daß unser Gespräch hier einen konstruktiven Charakter tragen soll. Wenn wir nur feststellen wollten, daß wir in vielen Fragen der europäischen und der Weltpolitik unterschiedliche Meinungen, möglicherweise sehr verschiedene Meinungen haben, wäre es nicht nötig, hier zusammenzukommen; das ist auch so bekannt.

Wir sind nach Leningrad gekommen in dem Bestreben, im schöpferischen Geiste die Möglichkeiten zu besprechen, wie wirkliche Sicherheit auf dieser Erde und auf diesem Kontinent, in dem wir alle zusammenleben und zusammenleben müssen, erreicht werden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß uns die Absicht leiten wird, uns miteinander zu verständigen und einander besser zu verstehen. Wir wollen die Schwierigkeiten und die Gefahren, die Europa bedrohen, erörtern und versuchen, vernünftig darüber zu diskutieren, wie der Friede gesichert und wirklicher Friede ermöglicht werden kann. Wenn wir von diesem Geiste beseelt sind, wird unsere Diskussion hier erfolgreich und konstruktiv verlaufen können.

Ich möchte Ihnen versichern, daß die sowjetischen Teilnehmer - und ich meine, auch im Namen der anderen sozialistischen Teilnehmer zu sprechen - alles tun werden, um dieses Gespräch in diesem Sinne zu führen. Wir hoffen, daß von Europa nie wieder ein Krieg ausgehen wird, daß Europa nie wieder den Anlaß für einen neuen Krieg in der Welt geben wird.

Grosser

Meine Damen und Herren!

Als ich das Thema "Wege für einen stabilen Frieden und die Sicherheit in Europa" sozusagen "aufbekam", verspürte ich zuerst die Versuchung, wie ein guter französischer Schüler erst einmal jedes Wort sauber zu definieren: Was sind Wege; was ist Friede; was ist ein stabiler Friede; was ist Sicherheit; was ist Europa? Das ist natürlich keine gute Methode, denn es würde viel zu lange dauern. Aber über den Sinn dieser Begriffe müssen doch ein paar Worte gesagt werden.

Friede herrscht nicht nur, wenn kein Blut fließt. Der Friede der Friedhöfe ist auch ein Friede, wenn auch kein schöner. Aber es kann auch militärische Aktionen geben, ohne daß Blut fließt. Ein stabiler Friede bedeutet nicht notwendigerweise, das beizubehalten, was wir heute haben; er bedeutet auch - und darauf komme ich gleich zurück;- das anzuerkennen, was als Veränderung eine bessere Friedenssituation erst entstehen ließe. Sicherheit wiederum ist eine Tatsache und auch ein Gefühl, und zwar sowohl im militärischen als auch im politischen Sinne. Am schwierigsten ist Europa zu definieren - vor allen Dingen in der Sowjetunion. General de Gaulle sprach einmal vom Ural; er hat davon aber nie mehr gesprochen nachdem er in Nowosibirsk gewesen war, weil er dort feststellen mußte, daß die Sowjetunion wirklich ein einziges großes Gebiet ist.

In unserer politischen Diskussion spielt die, so möchte ich sagen, dreifache Natur der Sowjetunion eine Rolle: Sie ist erstens ein europäischer Staat unter anderen europäischen Staaten; zweitens ist sie ein transkontinentaler Staat; und drittens ist sie als einziger europäischer Staat eine Weltmacht. Das haben auch Frankreich und England letztlich anerkannt, nachdem sie ein Vierteljahrhundert lang geglaubt hatten, sie seien ebenfalls noch Weltmächte. In jedem Gespräch über Europa ist also die Schwierigkeit vorhanden, daß die Sowjetunion ein Teil Europas und zugleich eine der beiden Weltmächte ist, was ihr eine besondere Verantwortung überträgt.

Wenn man von Sicherheit spricht, denkt man zuerst an den militärischen Aspekt. Dazu will ich zunächst einiges sagen, und zwar nicht von der militärischen Analyse her, sondern vom Sicherheitsgefühl her, das heute offensichtlich größer ist als seit Jahren. Aber in beiden "Lagern" kann das Sicherheits- oder Unsicherheitsgefühl von besonderer Art sein.

Auf der westlichen Seite der Trennungslinie in Europa bestand in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend ein Unsicherheitsgefühl gegenüber Deutschland. Das ist geringer geworden und beinahe verschwunden, wenn auch nicht ganz. Als zum Beispiel im November 1968 die Bundesrepublik wirtschaftlich wieder sehr mächtig erschien, entstand in den westlichen Hauptstädten erneut so etwas wie ein Unsicherheitsgefühl der Bundesrepublik gegenüber. Die Politiker in Bonn konnten wieder feststellen, daß die Bundesrepublik, im Gegensatz zu Frankreich oder zu England, nicht an Einfluß gewinnt, wenn sie besonders stark wird, sondern daß sie dann in eine Art Isolierung zu geraten droht.

Innerhalb des östlichen Teils von Europa scheint dagegen wieder so etwas wie ein Unsicherheitsgefühl zu bestehen. Ich bin jedenfalls nicht sicher, daß es heute in Rumänien oder in Jugoslawien ein hundertprozentiges Sicherheitsgefühl gibt.

Was uns aber am meisten angeht, ist natürlich das Sicherheitsgefühl gegenüber der jeweils anderen Seite. Hier hat sich vieles verändert, und zwar - das ist eine; meiner Hauptthesen;- weil wir in Europa nicht mehr so bedeutend sind. Ich nehme als Vergleich die deutsch-französischen Beziehungen: Sie haben sich seit fünfundzwanzig Jahren verbessert, unter anderem deshalb, weil Deutschland und Frankreich nicht mehr weltbestimmend sind. Genauso stehen die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Europas nicht mehr im Mittelpunkt der tragischen Linien der Weltpolitik. Das trägt dazu bei, daß ihre Verbesserung möglich ist.

Militärisch ist das Sicherheitsgefühl gewachsen, weil es zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zur Entspannung und zu Verhandlungen gekommen ist, weil man in Helsinki und in Wien miteinander spricht und weil man weiß, daß die beiden wirklich Großen darauf bedacht sind, es wenigstens an dieser Front zu keinen Schwierigkeiten kommen zu lassen. Für alle anderen Europäer - außer der Sowjetunion - ist es vielleicht ein bedrückendes Gefühl, daß Entspannung und mehr Sicherheit ihre Ursache darin haben, daß zwei andere "entspannt" haben. Aber ich meine, wir müssen da bescheiden sein und uns nur fragen, was wir dazu beitragen können, damit das Sicherheitsgefühl noch wächst. Beispiele dafür gibt es schon; so ist bereits von seilen der Bundesrepublik vieles geleistet worden, etwa die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag oder - obwohl ich auch entgegengesetzte Zeichen kenne - die Eingliederung, die Assimilierung der Vertriebenen seit fünfundzwanzig Jahren. Auch dies gehört zur Beruhigung unseres Sicherheitsgefühls.

Ein anderer Beitrag ist meiner Meinung nach von der sowjetischen Regierung geleistet worden: Sie hat jetzt die Tatsache anerkannt, daß sich die meisten Westeuropäer ohne die Präsenz der Vereinigten Staaten nicht in Sicherheit fühlen. Es kann eben ein Sicherheitssystem nur dann Sicherheit garantieren, wenn die beiden Großen sich daran beteiligen. Die Gegenwart der Vereinigten Staaten in einem solchen System ist ja implizit auch von Frankreich anerkannt worden. Frankreich sieht sich in der glücklichen Lage, daß die Bundesrepublik geographisch zwischen ihm und der Sowjetunion liegt. Wenn man also den Abzug der amerikanischen Truppen aus Frankreich verlangte, dann konnte man das in dem Bewußtsein tun, daß sie dennoch woanders zwischen Frankreich und dem Osten blieben. Hier besteht eine weitgehende Einigkeit über eine Stabilisierung des

Sicherheitsgefühls durch Garantien, durch Verträge, die bereits auf hoher Ebene in der Diskussion sind, und durch eine Reihe von konkreten Maßnahmen. Der Beitrag zur Festigung des Sicherheitsgefühls wäre also ein Punkt, den wir in der Diskussion behandeln können.

Aber eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls bedeutet noch keine Stabilisierung des Friedens als Endresultat. Stabilisierung des Friedens müßte durch ein doppeltes politisches Vorgehen unternommen werden: Einerseits durch die Sicherung des Bestehenden und andererseits durch Veränderung des Bestehenden. Beides ist in gleichem Maße wichtig und sollte gleichzeitig vor sich gehen.

Stabilisierung des Friedens durch Sicherung des Bestehenden: Hier sind wir natürlich sofort bei der deutschen Frage. Dazu möchte ich eine Bemerkung vorausschicken: Ich behandle die deutsche Frage als zweiten Punkt meines Kurzreferates; es wäre gut, wenn sie in unserer Diskussion an letzter Stelle stünde und man sich nicht auf eine Debatte versteifen würde, die wir alle fast auswendig kennen. Ich träume davon, ein "Handbuch zur Diskussion der Deutschen Frage" zu schreiben, damit man nicht mehr zu diskutieren brauchte, sondern der eine sagt: Argument 27, und der andere antwortet: Argument 101 - und dann weiß man schon, was jeder gesagt hat.

Im Problem der Sicherung des Bestehenden sind mindestens drei Fragen enthalten. Erstens das Problem der Oder-Neiße-Grenze. Es gibt wahrscheinlich nur noch wenige Deutsche, die bis heute daran glauben, daß die Oder-Neiße-Linie nicht die endgültige Grenze zwischen Polen und Deutschland sei. Diese Minderheit steht allein in der Welt; denn kein amerikanischer, kein englischer, kein französischer Schulatlas läßt Zweifel daran, wo die Grenze wirklich liegt. Ich darf mit Stolz sagen, daß unser Staatspräsident de Gaulle der einzige war, der laut aussprach, was die anderen dachten. Man sollte aber außerhalb Deutschlands - und mit Deutschland meine ich jetzt die DDR und die BRD - nicht übersehen, was es bedeutet, ein solches Faktum anerkennen zu müssen, was es für ein Land wie Frankreich oder wie England bedeuten würde, mehr als ein Viertel des eigenen Territoriums aufgeben zu müssen - für Deutschland also ein Gebiet, das die Sieger 1945 selbst noch als deutsch in den Grenzen von 1937 bezeichneten. Ich spreche seit zwanzig Jahren eine doppelte Sprache, und ich schäme mich dessen nicht: in der Bundesrepublik zugunsten der Anerkennung; in Frankreich mit der Bitte an meine französischen Landsleute, sich zu überlegen, was es bedeutet, eine solche Anerkennung zu fordern.

Zweitens: die beiden deutschen Staaten. Dieses Problem schien mir Anfang 1968 beinahe an der Grenze einer Lösung, als es nämlich in der Bundesrepublik hieß: Es gibt zwei staatliche Einheiten, und als die neue Verfassung der DDR betonte: "Sozialistischer Staat deutscher Nation" - das heißt, es sind zwei Staaten, die aber doch nicht so fremd einander gegenüberstehen wie irgendein Staat irgendeinem anderen Staat. Auch hier möchte ich betonen, daß ich volles Verständnis dafür habe, was es in der Bundesrepublik bedeuten kann, sich Wirklichkeiten unterzuordnen, die hart zu akzeptieren sind. Und ich möchte meine Furcht in dieser Hinsicht, aber auch meine Bewunderung darüber zum Ausdruck bringen: Bewunderung für die Staatsmänner, die versuchen, die Vernunft durchzusetzen und die Konsequenzen aus dem verlorenen, von Hitler begonnenen Weltkrieg zu ziehen. Adenauer zog die Konsequenzen positiv im Westen, was Prestige einbrachte. Heute geht es darum, die Konsequenzen der Niederlage im Osten zu ziehen, mit anderen Worten: der Rathenau der zweiten Nachkriegszeit zu sein. Das ist keine ungefährliche Lage, und wenn darauf von der anderen Seite nur negativ geantwortet wird, dann besteht natürlich die Gefahr, daß eben denen geholfen wird, von denen man nicht erwarten kann, daß sie in positivem Geist die Schritte tun, die diejenigen bereit sind zu tun, denen man die Unterstützung verweigert.

Ein dritter Punkt, den man hiervon nicht trennen darf, ist ebenfalls eine Realität, die anerkannt werden sollte. Sie kennen diesen Punkt besser als ich. Nämlich die westliche Zugehörigkeit von Westberlin, die Anerkennung eines ausgedrückten Willens der Bevölkerung. Auch diese Materie ist schon so ausführlich diskutiert worden, daß ich jetzt nicht darauf eingehen möchte.

Diese drei Stabilisierungen durch Sicherung des Bestehenden: Die Oder-Neiße-Grenze, die zwei deutschen Staaten und die "Westlichkeit" Westberlins sind aber nur der Anfang, gewissermaßen die negative Seite. Hinzu kommt die Stabilisierung des Friedens durch Veränderung des Bestehenden. Man müßte im Osten mehr Verständnis dafür haben, daß viele Menschen im Westen, zu denen auch ich mich rechne, kaum verstehen können, warum die Sicherung des Friedens damit aufhören sollte, das Bestehende als bestehend anzuerkennen. Das kann höchstens ein Anfangspunkt sein.

Um welche Veränderungen kann es sich handeln? Zunächst um Veränderungen zwischen den beiden Hälften Europas. General de Gaulle sprach von *detente*, *entente*, *cooperation* - Entspannung, Verstehen, Zusammenarbeit. Ich war nie ganz damit einverstanden, wenn das als ein Nacheinander verstanden werden sollte; denn alles dies muß gleichzeitig erfolgen. Die Entspannung wird durch die

Kooperation verbessert; mehr Entspannung erlaubt mehr Zusammenarbeit. Das gilt unter anderem auf wirtschaftlichem Gebiet. Es würde mich freuen, wenn es in unserem Kreis eine echte Diskussion über wirtschaftliche Zusammenarbeit gäbe, weil ich nicht immer verstehe, was damit gemeint ist, nämlich: Wer arbeitet mit wem zusammen? Heißt das bilateral? Heißt das Wettlauf zum Beispiel der westeuropäischen Staaten um Absatzmärkte im Osten? Versteht man darunter, daß das, was an Kooperation auf beiden Seiten besteht - Gemeinsamer Markt und COMECON;-, als Ganzheiten zusammenarbeitet, oder denkt man an andere Möglichkeiten der organisierten Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Europas?

Genauso problematisch ist für mich die Zukunft einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten. Als Franzose sage ich ziemlich krass: Einer der Gründe, warum ich eine Grenze zwischen den beiden Deutschlanden wünsche, ist der, daß ich endlich wissen möchte, wo der Gemeinsame Markt im Osten aufhört; es soll ein echtes Gebilde geben und das Prinzip des "Binnendeutschen" oder des "Innerdeutschen" von dieser Verschwommenheit befreit werden, die seit 1950 die westeuropäische Wirtschaftsorganisation etwas fragwürdig gemacht hat. Wenn es aber eine privilegierte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Bundesrepublik geben sollte, dann müßte man fragen, wie das COMECON und der Gemeinsame Markt dabei helfen können beziehungsweise was erwünscht ist.

Jetzt noch ein paar Worte zu den anderen Gebieten, insbesondere dem technologischen und dem kulturellen. Das technologische Gebiet ist die große französische Hoffnung. Wir sind voller Stolz, daß die Sowjetunion; das französische Farbfernsehensystem übernommen hat - sie hat es dann allerdings so verändert, daß es dem deutschen ähnlich sieht! Die Gebiete, auf denen eine Zusammenarbeit stattfinden könnte, wären zahlreich. Der kulturelle Austausch beinhaltet, sich gegenseitig über die Wirklichkeiten auf beiden Seiten zu informieren und die andere Seite Einsicht nehmen zu lassen in das, was man selber tut. Das bedeutet vor allem, objektive Informationen über den anderen zu verbreiten. In diesem Zusammenhang kritisiere ich das Informationssystem in den osteuropäischen Staaten. Wenn ich allerdings irgendeine Zeitung in der Bundesrepublik lese - sogar die besten Wochenzeitungen, die hier vertreten sind;-, dann bin ich manchmal erschrocken darüber, wie wenig über die DDR berichtet wird. Es sind auf beiden Seiten sehr viele Fortschritte im Austausch der Information nötig. Das hat mit der Stabilisierung des Friedens enorm viel zu tun; denn Haß entsteht vor allem aus Unkenntnis und Unverständnis.

Damit komme ich zu einem anderen Punkt der Veränderung des Bestehenden, nämlich den internen Veränderungen auf beiden Seiten. Als erstes ist eine grundsätzliche Änderung in der Darstellung des anderen zu fordern, und zwar vom Schulbuch bis zur Zeitung. Dazu müßte vieles möglich gemacht werden, was heute noch nicht möglich ist; das betrifft nicht nur den Zeitungsaustausch und Möglichkeiten zur persönlichen Information, sondern die Auffassungen, wie der andere dargestellt und bewertet wird, insgesamt. Auf diesem Gebiet haben wir im Westen - unsere östlichen Freunde mögen diese Feststellung bitte nicht als eine Provokation auffassen - bereits mehr Fortschritte gemacht als Sie im Osten. In Frankreich war das Informationssystem immer etwas offener, weil die öffentliche Meinung dort, unter anderem wegen der starken Kommunistischen Partei, anders zusammengesetzt ist. Auch in der Bundesrepublik sind die Bücher und der Unterricht, was die Darstellung des anderen angeht, besser geworden.

Dagegen bin ich nicht sicher, ob in den sozialistischen Ländern die Fortschritte hinsichtlich einer nüchternen Darstellung der anderen Seite bereits genauso groß sind. Eine wesentliche Ursache dafür sehe ich in einer grundsätzlich verschiedenen Auffassung des anderen: Im Osten hoffen Sie, daß unser schlechtes System im Westen - wirtschaftlich, sozial, politisch - eines Tages durch Ihr gutes System ersetzt wird. Wir dagegen, und das trifft wohl für alle westlichen Teilnehmer hier zu, sind der Auffassung, daß wir kein gutes System haben, das heißt, wir wollen nicht, daß Ihr System durch unseres ersetzt wird. Wir haben aber eine Vorstellung davon, wie Ihr System besser sein könnte, als es heute ist. Sie sollen uns also nicht nachahmen; denn wir empfinden unsere Gesellschaft gar nicht für so nachahmenswürdig. Wir haben aber eine bestimmte Auffassung von dem, was wir bei Ihnen als anziehend und was als abstoßend ansehen. Jede innere Entwicklung bei Ihnen trägt dazu bei, die westlichen Gefühle Ihnen gegenüber zu verändern; und wenn sie negativ verändert werden, dann ist das abträglich für den Frieden, für seine Erhaltung und seine Festigung. Wenn ein Frühling in Prag einfriert, dann hat das nicht nur für die Tschechoslowakei eine Bedeutung, sondern auch für die Ost-West-Beziehungen. Es geht für uns um die Hoffnung auf gemeinsame Sprache. Das Einfrieren eines Prager Frühlings ist ein enormer Rückschlag für die Sicherung des Friedens, wenn der Friede nicht nur ein Schweigen der Waffen bedeutet, sondern eine Zustimmung der Geister und der Herzen ist. Es geht darum, den anderen in seiner Berechtigung, in seiner Legitimität anzuerkennen, wenn man auch seine Wertskala vielleicht nicht teilt. Wenn aber das, was dem einen Lager am meisten am Herzen

liegt, angetastet wird, dann verschlechtern sich die gegenseitigen Beziehungen, auch wenn das auf Regierungsebene aus vielen Gründen verschwiegen wird.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es einen erheblichen Unterschied gibt zwischen einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und dem Empfinden, daß das, was beim anderen geschieht, einen persönlich betrifft und etwas angeht. Wir befinden uns heute in einer Situation, wo uns alles angeht, wo uns alles betrifft, was beim anderen geschieht. So steht es nicht nur jedem Nichtdeutschen zu, sich darüber aufzuregen, wenn die NPD mehr Stimmen bekommt; es ist vielmehr sein gutes Recht, darüber betroffen zu sein. Es ist das gute Recht eines jeden von uns, darüber betroffen zu sein, was in einem anderen Land, in welchem Lager es auch sei, geschieht. Gleichgültigkeit ist kein Beitrag zum Frieden.

Wir haben als Europäer auch insgesamt nicht gleichgültig zu sein gegenüber dem, was in anderen Teilen der Welt vor sich geht. Wenn unsere Fortschritte in Ost und West nur auf Europa beschränkt blieben und andere daran keinen Anteil hätten, dann wäre das in einer Welt, die einem Kriege immer näher rückt, nur ein Detail inmitten einer großen Tragödie. Was können wir also gemeinsam tun, auch wenn wir in der Analyse nicht immer übereinstimmen, um der Gefahr eines Krieges zu begegnen, und angesichts der Kriegsherde in Vietnam und im Nahen Osten? Wir wissen, das, was wir tun können, besteht oft nur darin, daß wir versuchen, auf die uns Nahestehenden Einfluß zu gewinnen. Das Schweigen vieler Politiker in ganz Westeuropa über Vietnam stört mich - das ist zumindest zu sagen. Es stört mich genauso, daß vom Osten her diejenigen, auf die man im Nahen Osten einwirken könnte, nicht immer im Sinne einer Beruhigung beeinflußt werden.

Herr Körber sagte vorhin, es sei zwecklos, über sämtliche Weltprobleme zu diskutieren; aber hier gibt es eine Reihe von Verantwortungen, die wir alle gemeinsam zu tragen haben: Denn wir wissen - und empfinden es in einer Stadt wie Leningrad besonders;- , was es heißt, den Krieg kommen zu lassen und nicht rechtzeitig etwas dagegen getan zu haben. Das gilt, was die Vorkriegsjahre anbelangt, für Frankreich und für England; das gilt auch für die Sowjetunion. Gelegenheiten, die man verpaßt hat, um zusammen den Weltfrieden zu sichern, lassen sich nicht unbedingt wiederfinden. Es gibt gemeinsame Aufgaben für Ost- und Westeuropa, und man sollte sich nicht damit begnügen, wie es manchmal zum Beispiel in der Bundesrepublik zu oft geschieht, zu sagen: "Wir sind ja doch so klein". Das gilt nicht; denn wir haben eine gemeinsame weltweite Verantwortung.

Ich will am Schluß zusammenfassen, was meiner Ansicht nach Diskussionspunkte sein könnten. Da wäre als erstes das Militärische. Dieser Punkt umfaßt den gesamten Sicherheitskomplex. Das zweite wäre die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, auf informatorischem und auf anderem Gebiet. Dabei geht es auch um die Entwicklung, die der Westen in den sozialistischen Ländern erhofft. Denn Sie hoffen ja auch, daß im Westen diese oder jene Veränderung stattfindet. In der Bundesrepublik, vor allem aber in Frankreich und in Italien, haben wir in den letzten zwei Jahren gesehen - und ich sage das keineswegs provokativ;- , daß die kommunistischen Parteien und die kommunistischen Studenten keineswegs den Standpunkt des "Alles oder Nichts" vertreten, das heißt: alles, was das System verbessere, sei schlecht, weil es zu seinem Fortbestand diene - das sagen andere, aber nicht die Kommunisten. Genauso wünschen wir eine Verbesserung, eine Veränderung Ihrer Systeme. Wir wollen keine Katastrophe bei Ihnen sehen, denn wir sind keineswegs der Ansicht, daß nur die Katastrophe eine Verbesserung bringen könnte.

So stimmt letztlich das, was ich vorhin gesagt habe, nicht ganz, denn wir sind ja alle reformistisch; auch Sie sind bereit zu sagen, das Verhältnis zwischen uns sei nicht gut, es könne aber besser werden - oder zumindest weniger schlecht; darüber ist heute ein Gespräch möglich, weil keiner mehr das "Alles oder Nichts" verlangt.

Der dritte Punkt wäre das Weltpolitische. Der vierte - ich sage es ohne Illusionen - und letzte Punkt sollte dann die deutsche Frage sein. Illusionslos sage ich es deshalb, weil ich weiß, daß von beiden Seiten doch nur die bekannten Argumente vorgetragen werden. Wir sollten uns um Zusammenarbeit bemühen und dabei die großen Steine aus dem Wege räumen; denn eine andere Möglichkeit, für einen stabilen Frieden und für Sicherheit in Europa zu wirken, gibt es nicht.

Körber

Wir haben Herrn Poljanow gebeten, ein Korreferat zu übernehmen, zu dem er sich freundlicherweise bereit erklärt hat.

Poljanow

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Freunde!

Gestatten Sie mir zunächst, den Rahmen unserer Diskussion zu präzisieren. Wir sind übereingekommen, das Problem der europäischen Sicherheit zu erörtern, obwohl es auf der Welt auch andere Probleme gibt, die eine Erörterung verdienen. Entsprechend der Zielsetzung unseres Treffens sollten wir uns jedoch auf das lebenswichtige Problem der Sicherheit in Europa beschränken. Dieses Problem ist besonders akut, weil unter den heutigen Bedingungen angesichts des Vorhandenseins von Massenvernichtungsmitteln jeder Konflikt, der ursprünglich zwischen zwei oder mehreren Staaten beginnt, den Keim eines Weltkrieges in sich birgt.

Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen war der Versuch, nach dem blutigsten Krieg in der Geschichte der Menschheit, nach dem Zweiten Weltkrieg, ein System der kollektiven Sicherheit im Weltmaßstab zu schaffen. Obwohl die UNO in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen eine große und positive Rolle spielt, konnte sie bis jetzt leider nicht zu einem genügend wirksamen Instrument des Weltfriedens werden. Die Hauptverantwortung dafür tragen die Westmächte, deren Politik Ende der vierziger Jahre zur Spaltung der Antihitler-Koalition geführt hat.

In Europa müssen wir an die europäische Sicherheit denken; denn deren Erringung wird auch für die Festigung der Sicherheit in anderen Regionen des Erdballs von höchster Bedeutung sein. Wir sind besorgt, weil die europäische Sicherheit heute nicht existiert und weil wir in der Vergangenheit Grund genug hatten, in der fehlenden Sicherheit eine große Gefahr zu sehen. Jeder Teilnehmer dieser Diskussion weiß, daß die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges mehr als zwanzig Millionen Menschen verloren hat; mehrere tausend Städte und viele Tausende Dörfer wurden vernichtet.

Herr Grosser sprach davon, daß Sicherheit ein Gefühl oder eine Empfindung sei. Dagegen würde ich sagen, daß für uns Bürger der UdSSR Sicherheit mehr bedeutet als lediglich "Gefühl oder Empfindung". Wir brauchen Sicherheit, um unsere Zukunft aufzubauen, um die Aufgaben zu verwirklichen, die wir uns in unserem Lande stellen. Dasselbe kann man von anderen sozialistischen Ländern sagen.

In den letzten Jahren haben sich die Beziehungen der Sowjetunion zu vielen Staaten der kapitalistischen Welt, darunter zu Frankreich, Großbritannien, Japan und Italien verbessert. Bestimmte verheißungsvolle Perspektiven sind in der letzten Zeit auch in unseren Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufgekommen. Wenn die positiven Elemente in der Politik der BRD eine Entwicklung und praktische Verwirklichung erfahren, wenn dort die revanchistischen Kräfte - ja, es gibt solche Kräfte! - gezähmt werden, wird das ohne Zweifel die ganze Situation in Europa positiv beeinflussen. Und die Schaffung einer normalen, friedlichen Atmosphäre in Europa wird dann auch die politische Lage in anderen Teilen der Erde günstig beeinflussen.

Wie Sie wissen, hat zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ein Meinungsaustausch stattgefunden über die Möglichkeit, sich in einer Reihe von wichtigen Fragen der Beziehungen zwischen ihnen einig zu werden. Diesen Austausch von Meinungen halten wir für nützlich, und wir sind unsererseits bereit, die Verhandlungen fortzusetzen und sie zu einem positiven Abschluß zu bringen. Mit anderen Worten: Wir meinen es in der Frage der Festigung der europäischen Sicherheit durchaus ernst; sie gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Außenpolitik wie auch der Politik aller jener Staaten, die sich für den Frieden in Europa einsetzen.

Zu den wichtigsten Fragen der Sicherung des Friedens auf diesem Kontinent gehört die der Unantastbarkeit der Grenzen, die in Europa infolge des Zweiten Weltkrieges entstanden sind. Gerade in dieser Frage verläuft eine wichtige Trennungslinie zwischen der Politik verschiedener Staaten. Wir möchten, daß diejenigen, die noch nicht soweit sind, die reale Situation in Europa zu begreifen, endlich diese Trennungslinie überschreiten und die erforderlichen praktischen Schlußfolgerungen ziehen.

Gestatten Sie mir, hier an die Worte zu erinnern, die der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid I. Breshnjew, gesprochen hat, als er vor kurzem die Frage der europäischen Sicherheit berührte: "Wir waren und bleiben Anhänger der Schaffung von zuverlässigen Sicherheitssystemen in verschiedenen Gebieten der Erde. Selbstverständlich schenken wir die größte Aufmerksamkeit den Problemen der europäischen Sicherheit. Zusammen mit unseren Verbündeten streben wir tatkräftig danach, auf dem europäischen Kontinent die Entspannung zu verwirklichen und eine für alle nützliche Zusammenarbeit zu entwickeln. Darauf sind viele unserer politischen Schritte sowie die Aktionen unserer Freunde gerichtet, darunter auch der Vorschlag über die Einberufung der gesamteuropäischen Beratung".

Wie die Teilnehmer unseres Treffens wissen, hat die Initiative der sozialistischen Länder, die im Budapester Appell dargelegt worden ist, großes Interesse und weitgehende Unterstützung gefunden. Im Verlauf der Diskussion um den Vorschlag der Einberufung der gesamteuropäischen Beratung

zeichnete sich eine Reihe von Problemen ab, die erörtert werden könnten: Das ist einmal der Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen allen Staaten Europas; das sind zum anderen Wege zur Erweiterung von gegenseitig vorteilhaften ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen zwischen den europäischen Ländern; und die interessierten Staaten könnten auch einen ständigen Mechanismus für die praktische Entspannung und die Verwirklichung von vereinbarten Maßnahmen schaffen. Die sozialistischen Staaten betonen gleichzeitig, daß sie bereit sind, auch andere Vorschläge konstruktiv zu prüfen, die darauf aus sind, die Spannungen in Europa abzuschwächen.

Wenn wir über den Wunsch nach Sicherheit auf unserem Kontinent reden, dürfen wir nicht von der Realität absehen und auch jene Gefahr nicht ignorieren, die hier nach dem Krieg entstanden ist. Die Tatsachen erinnern uns daran, daß seit Ende der vierziger Jahre als Ergebnis der Schaffung des Nordatlantikkblocks in Europa eine Lage entstanden ist, die durch Labilität des Friedens gekennzeichnet ist. Die Verantwortlichen der NATO sagen, daß ihr Bündnis für die Erhaltung des Friedens geschaffen wurde. Wenn wir versuchen wollten, eine Liste derjenigen Initiativen der NATO aufzustellen, die auf die Herstellung des Friedens ausgerichtet waren, dann würden wir schnell entdecken, daß unser Papier leer bliebe. Der Nordatlantikkblock hat seit seiner Gründung keinen einzigen Schritt getan, welcher die gegenseitige Verständigung zwischen den europäischen Staaten im Interesse der Schaffung des Systems der gesamteuropäischen Sicherheit gefördert hätte.

Wenn wir jedoch eine andere Liste zusammenstellten, die die Aktionen der NATO gegen den Frieden widerspiegelte, würde eine solche Liste sehr umfangreich sein. Es genügt der Hinweis, daß die Schaffung der NATO und die Durchführung der atlantischen Politik in Europa in einem bedeutenden Maße jene Kräfte wiederbelebt hat, die weder am europäischen Frieden noch an der Anerkennung der Grenzen oder an der Schaffung des Systems der kollektiven Sicherheit in Europa interessiert sind, sondern das Gegenteil anstreben.

Gemäß dem Spruch "Amicus Plato sed magis amica veritas" - "Plato ist mir teuer, doch die Wahrheit noch teurer" - müssen wir uns an die Ausführungen des Kanzlers Adenauer erinnern, der einmal gesagt hat: Die Wiedergewinnung der verlorenen Positionen an der Oder-Neiße-Linie sei der Hauptgrund, der die westdeutsche Regierung veranlasse, für die europäische Union und für die Organisation der atlantischen Mächte einzutreten. In der Vorstellung eines so einflußreichen Staatsmannes war die NATO also kein Werkzeug des Friedens, sondern eine Waffe zur Revision der europäischen Grenzen.

Wir alle kennen allzu gut die Meilensteine jener historischen Entwicklung, die Europa durchgemacht hat. Ich werde darauf nicht eingehen. Nur soviel zur Bundeswehr: Im Westen behauptet man oft, daß die Sowjetunion Angst vor der Bundeswehr habe, was aber völlig unbegründet sei. Ich muß sagen, daß eine solche Argumentation bei uns in der Sowjetunion nur ein Lächeln hervorrufen kann. Der Gedanke wäre albern, daß eine Macht wie die UdSSR irgendwelche Befürchtungen gegenüber der Bundeswehr hege und sie etwa als eine Armee betrachte, die die Sowjetunion "überrollen" könnte. Glauben Sie mir: Unser Land, das die entscheidende Rolle bei der Erringung des Sieges im Zweiten Weltkrieg gespielt hat, braucht niemanden zu fürchten. Es geht nicht um Angst - das ist Unsinn!;- , sondern darum, daß die Bundeswehr eine Art Zündvorrichtung sein kann, welche das Pulver zur Explosion brächte. Käme es zu einem militärischen Konflikt, so ist es gar nicht so wichtig, wem die Kernwaffenrakete gehört, über die die Bundeswehr verfügt: den Amerikanern oder den Westdeutschen. Eine fremde Kernwaffenrakete kann sogar billiger sein als die eigene. Es kommt nicht darauf an, wem sie gehört, sondern darauf, daß sie eingesetzt werden kann. Hier liegt die Gefahr für den europäischen Frieden.

In der letzten Zeit kam es leider zu keinen Änderungen in der Kriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Unlängst wurde in Bonn das sogenannte "Weißbuch" veröffentlicht, das in vollem Einverständnis mit der Generalität der Bundeswehr abgefaßt ist. Beim Studium dieses Buches können wir uns leicht davon überzeugen, daß die Bundesrepublik nach wie vor große Rüstungsausgaben hat. Wie die westdeutsche Presse mitteilt, will das Verteidigungsministerium im Laufe von drei Jahren Rüstungsgüter für eine Gesamtsumme von 100 Milliarden Mark anschaffen. Wenn ich mich nicht irre, ist das ausgerechnet die gleiche Summe, die Hitler für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zur Verfügung stand.

Damit kommen wir zu dem Schluß: Die militärisch-politische Entwicklung im Rahmen der NATO war in den letzten Jahren besonders gefährlich im Hinblick auf die wachsende Teilnahme der Bundesrepublik und anderer europäischer Staaten am Wettrüsten. Und das, wohlgemerkt, zu einer Zeit, da die NATO-Leader die Kontakte der Mitgliedsstaaten mit den sozialistischen Ländern im Interesse der Sicherheit und der Zusammenarbeit keinesfalls fördern.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, die von den sozialistischen Staaten für die gesamteuropäische Beratung über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit vorgeschlagen worden ist, handelt es sich um die Erweiterung der ökonomischen, der wissenschaftlich-technischen und der kulturellen Beziehungen auf Basis der Gleichberechtigung. Diese Bestrebungen sind auf die Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gerichtet. Ich betone diesen Umstand besonders: auf die Entwicklung der ökonomischen und kulturellen Zusammenarbeit zum Zwecke der politischen Zusammenarbeit!

Wenn es kein solches Instrument der Spaltung wie die NATO gegeben hätte, wenn in Westeuropa keine geschlossene ökonomische Gruppierung - der "Gemeinsame Markt" - geschaffen worden wäre und man keine Maßnahmen ergriffen hätte, die die Normalisierung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen stören, dann wären wir heute auf dem Wege zur europäischen Sicherheit schon viel weiter. Man denke nur daran, daß die NATO im Jahre 1949 gegründet wurde, während sich die sozialistischen Länder zum Verteidigungsbündnis des Warschauer Vertrages erst im Jahre 1955, das heißt sechs Jahre später, zusammenschlossen, als die Bundesrepublik Deutschland in die NATO aufgenommen wurde.

Diese allgemein bekannten Tatsachen bestätigen, daß die sozialistischen Staaten sich ernsthaft und ehrlich bemühen, unseren Kontinent vor allen tragischen Zufälligkeiten zu schützen, die auf ihn lauern könnten.

Es muß in Europa auch noch eine weitere Realität anerkannt werden, die im Westen lange Zeit nicht anerkannt wurde, die heute aber in zunehmendem Maße und in absehbarer Zeit wohl von allen als endgültig und unwiderruflich anerkannt wird: Ich meine die Existenz zweier deutscher Staaten.

Die "Deutsche Frage" in dem Sinne, wie sie hier berührt worden ist, existiert meines Erachtens nicht. Es gibt keine Fragen über "zwei Teile Deutschlands", weil es nicht zwei Teile eines Staates, sondern zwei deutsche Staaten gibt. Beide sind selbständig, gleichberechtigt, und sie brauchen die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen auf der völkerrechtlichen Grundlage der Gleichberechtigung. Je schneller das geschieht, desto mehr werden auch die zwei deutschen Staaten und das ganze Europa davon profitieren.

Der Weg zur europäischen Sicherheit führt über die Anerkennung der bestehenden Realitäten auf diesem Kontinent einschließlich der bestehenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten und selbstverständlich der Tatsache der Existenz der beiden deutschen Staaten. Die Anerkennung und Achtung der gegenwärtigen territorialen Ordnung Europas ist ein Prüfstein für das vernünftige und konstruktive Herangehen an die Aufgabe der Festigung der Sicherheit in Europa.

In der letzten Zeit nehmen die europäischen Länder immer aktiver an der konkreten Vorbereitung der gesamteuropäischen Beratung teil. Viele westliche Teilnehmer der künftigen Beratung haben bereits die von den sozialistischen Ländern vorgeschlagenen Punkte der Tagesordnung als eine Grundlage angenommen. Es zeichnet sich auch schon die Zusammensetzung der Beratungsteilnehmer ab, und niemand ist dagegen, daß die Konferenz in der finnischen Hauptstadt Helsinki abgehalten wird.

Der Erfolg der gesamteuropäischen Beratung hängt in vielem selbstverständlich von den Themen ab, die Gegenstand jenes Gespräches sein werden. Der Realismus der sozialistischen Länder zeigt sich darin, daß sie zur Erörterung Themen vorgeschlagen haben, die den Möglichkeiten in der jetzigen Etappe der europäischen Entwicklung entsprechen und die vom Standpunkt der Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa akut sind. Dabei werden zugleich Meinungen berücksichtigt, wie sie in den westeuropäischen Ländern vertreten werden. Damit sind Perspektiven eröffnet worden, um zu einer Vereinbarung zu gelangen. Die Fragen, um die es geht, wurden auch unter Berücksichtigung von historischen Erfahrungen bei der Behandlung großer internationaler Probleme formuliert.

Wir sind keine Diplomaten und vertreten nicht unsere Regierungen. Die meisten von uns sind keine Spezialisten auf dem Gebiet des Völkerrechts. Dennoch können die Erfahrungen, die von den Staaten in konstruktiven Verhandlungen auf bilateraler und multilateraler Grundlage gesammelt wurden, für uns Vertreter des öffentlichen Lebens nicht gleichgültig sein. Diese Erfahrungen besagen, daß für die Verhandlungen vor allem jene Fragen ausgewählt werden müssen, über die wir zu irgendeiner Gemeinsamkeit der Anschauungen finden können. Wenn wir in der Diskussion Fragen behandeln, über die keine Einheit der Anschauungen bestehen kann, über die praktisch überhaupt keine Diskussion möglich ist - ich meine Fragen, die mit der inneren Ordnung unseres Landes und der anderer sozialistischer Staaten zusammenhängen;- , dann wird das Gespräch, wie Sie verstehen werden, sinnlos. Nur Illusionisten können annehmen, irgendein sozialistisches Land werde irgendjemandem erlauben, das Problem der "Änderung seiner inneren Ordnung" zu erörtern.

Aus dem Gesagten geht hervor: Jenes Problem, welches für die Erörterung auf der gesamteuropäischen Beratung vorgeschlagen ist, nämlich die Anerkennung des Prinzips der Nichtanwendung von Gewalt und der Nichtdrohung mit der Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten in Europa, ermöglicht ein fruchtbares Gespräch. Die Lösung dieses Problems würde die Gefahr eines Krieges in Europa beseitigen. Die Verankerung des Prinzips des Gewaltverzichts auf regionaler Grundlage würde nicht nur dieser Aufgabe entsprechen, sondern mit der Anerkennung anderer Verpflichtungen übereinstimmen, die in der UNO-Charta stehen, zum Beispiel mit der Forderung der Anerkennung und Nichtantastbarkeit der Grenzen aller europäischen Staaten.

Meine Damen und Herren, wir leben auf dem gleichen Kontinent, und das wird auch in Zukunft der Fall sein. Das Leben selbst erfordert, daß sich friedliche Beziehungen zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ungeachtet aller Hindernisse festigen. Insbesondere wird die Entwicklung der Wirtschaftsverbindungen die politische Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten fördern, und umgekehrt fordert die Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zur Festigung der europäischen Sicherheit den Ausbau der ökonomischen und kulturellen Beziehungen. Die Prozesse bedingen einander.

Diesen Zusammenhang begreifen auch die breiten Kreise der Öffentlichkeit immer besser. Nicht von ungefähr bestehen sie auch in den westeuropäischen Ländern auf der Lösung des kardinalen Problems der europäischen Sicherheit. Es handelt sich dabei um Gewerkschaftsverbände und Einzelgewerkschaften in Frankreich, Italien, England, der Bundesrepublik, Belgien, um; verschiedene gesellschaftliche Organisationen, die für den Frieden eintreten, religiöse Vereinigungen, Jugend- und Frauenorganisationen, es handelt sich um Konferenzen der Vertreter des öffentlichen Lebens, Konferenzen, die dem Problem der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit gewidmet sind. Kurzum: in Europa weht ein frischer Wind, und die Idee der europäischen Sicherheit schlägt immer tiefere Wurzeln.

Ich beende meine Rede mit dem Wunsch, wir möchten unser Gespräch wie Menschen führen, die einander verstehen wollen, und ich spreche die Hoffnung aus, daß unser Gespräch, obwohl wir epochale Beschlüsse weder fassen müssen noch können, von allgemeinem Nutzen sein wird.

Körber

Wir danken Herrn Grosser und Herrn Poljanow für ihre Ausführungen. Wir werden jetzt eine kurze Pause einlegen, bevor wir unter der Leitung von Herrn Poljanow in die Diskussion der in den Referaten angesprochenen Probleme übergehen.

Poljanow

Während der Pause haben Herr Körber, Herr Kogon, Herr Kotow und ich versucht, aus den Einleitungsreferaten die wesentlichsten Punkte auszuwählen, um den Rahmen für unsere Diskussion festzulegen. Ich werde diese Punkte jetzt vorlesen und dann Herrn Kogon das Wort geben, der dazu noch einige Erläuterungen geben will. Dann werde ich die Teilnehmer unserer Sitzung fragen, ob sie mit diesem Rahmen für unsere Diskussion einverstanden sind.

Erster Punkt: Die Realitäten in Europa - in Klammern: die Grenzen.

Zweiter Punkt: Wege zur stabilen Sicherheit.

Dritter Punkt: Wege der Zusammenarbeit auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene.

Vierter Punkt: Die Europäische Sicherheitskonferenz.

Kogon

Wir haben vier Diskussionspunkte formuliert. Sie können das, was Sie zur Erörterung stellen wollen, innerhalb dieser Kapitel vorbringen. Haben Sie aber bitte Verständnis dafür, daß der Diskussionsleiter vielleicht gelegentlich eine Umgruppierung vornimmt, wenn er sie für notwendig hält, damit unsere Diskussion sich sachlich in vernünftiger Weise abwickeln kann.

Fassen Sie bitte den Rahmen, der durch die Überschriften gesetzt ist, nicht zu eng. Beispielsweise "die Realitäten in Europa": Es fragt sich, ob sich dieser Punkt im wesentlichen auf die Grenzen beschränken soll, oder ob dazu weitere Fragen gehören, wie etwa die des gesamten Status quo oder die Anerkennung der Regime. Herr Poljanow neigte dazu, den Punkt eher enger zu fassen, damit die Dinge nicht überborden. Ich möchte aber darum bitten, daß man dabei auch von der Leitung aus möglichst leger verfährt und nur dann eingreift, wenn die Diskussion von der Hauptlinie weit wegführt.

Um ein Beispiel zu nennen: Die Frage des methodischen politischen Verfahrens in Europa sollte mit unter Punkt eins einbezogen werden. Wird es also ohne die vorherigen Anerkennungen in vertraglicher Form keine Zusammenarbeit geben? Der Einwand von unserer Seite dagegen lautet: Man anerkennt, und dann geschieht nichts weiter, das heißt, es kommt gar nicht zu einer Zusammenarbeit. Dieses Bedenken, das in der Bundesrepublik besteht, müßte meines Erachtens in diesem Zusammenhang erörtert werden.

Wege zur stabilen Sicherheit: Damit sind alle die Fragen gemeint, die Herr Grosser aufgeworfen hat, insbesondere die militärischen Aspekte.

Ich denke, der Typus unserer Einteilung ist klar. Wir haben viele Stunden Zeit bis morgen abend.

Kitzinger

Herr Grosser hat gute Argumente dafür gebracht, warum man die Diskussion mit der dynamischen Entwicklung, mit den Möglichkeiten der Veränderung und der Kooperation beginnen sollte und die juristischen Gegebenheiten in Europa dann aus dieser Perspektive später angreift. Ich möchte nur wissen, ob das Präsidium andere Gründe hat, jetzt wieder mit den Grenzfragen, mit den Rechtsfragen anzufangen.

Kogon

Wir dachten erstens, daß es nützlich wäre, die harten Gegebenheiten, die schwieriger zu diskutieren sind, zuerst zu erörtern.

Zweitens ging Herr Grosser selbst davon aus, daß gewisse Tatsachen erst stabilisiert werden müssen, damit Veränderungen möglich werden. Deshalb hielten wir es für besser, von den Gegebenheiten auszugehen, um zum Beispiel die Frage zu klären, was man in Europa unter Normalisierung versteht. Ist es ein dynamischer Begriff oder ein Begriff der Bestätigung dessen, was ist? Wir glaubten, im ersten Teil nicht von der Realität selbst absehen zu können, indem wir Pläne sozusagen nur in die Zukunft entwerfen.

Sommer

Wenn unter Punkt eins lediglich die Grenzfragen zu verstehen sind, dann wird damit der Begriff der Realitäten in Europa allzusehr eingeengt. Damit wäre beispielsweise eine Diskussion über Realitäten in und um Berlin ausgeschlossen.

Doernberg

Mir scheint, daß der Vorschlag, der von der Diskussionsleitung eingebracht wurde, eigentlich jedem die Möglichkeit gibt, Fragen zu diskutieren, die er für notwendig hält. Ich sehe in der Reihenfolge der Fragen auch keine Reihenfolge der Lösungen.

Ihren Vorschlag, Herr Sommer, die Grenzen nicht ausdrücklich zu nennen, werte ich nicht als prinzipiellen Einwand gegen die Tagesordnung; ich sehe in der Empfehlung vielmehr einen Hinweis darauf, daß das Problem der Grenzen eine ganz besondere Bedeutung hat; aber das heißt nicht, daß die Realitäten nur in Grenzfragen bestehen.

Gräfin Dönhoff

Ich stimme den Diskussionspunkten, die das Präsidium ausgearbeitet hat, voll zu, wenn man sich dabei ständig den Vorschlag von Herrn Grosser vor Augen hält, nämlich von zwei Stufen zu sprechen: Einmal von der Sicherung des Bestehenden - dafür hat er drei Unterpunkte genannt, die alle im ersten Abschnitt diskutiert werden können, und zwar die Grenzfrage, die zwei deutschen Staaten und Berlin - und zweitens von der Veränderung des Bestehenden.

Poljanow

Sie sind also einverstanden, daß wir den ersten Punkt unverändert lassen. Wenn wir die Grenzen in Klammern gesetzt haben, dann bedeutet das, daß es sich hier um ein wichtiges Problem handelt. Aber die Formulierung "Realitäten in Europa" gibt uns die Möglichkeit, über alle Probleme in Europa zu sprechen, und ich bitte, hier keine Einschränkung zu sehen.

Rasch

Ich habe bereits vor neun Jahren in Aufsätzen in den "Blättern für Deutsche und Internationale Politik" und in den "Deutsch-Polnischen Heften" dafür plädiert, daß die Bundesrepublik sowohl die Oder-Neiße-Grenze als auch die DDR völkerrechtlich anerkennen solle. Heute ist beides in der Sache wahrscheinlich kein großes Problem mehr, wenn man liest, was zwischen Außenminister Gromyko und Staatssekretär Bahr im sogenannten Bahr-Papier ausgehandelt wurde. In der Sache müssen diese Realitäten anerkannt werden. Die Normalisierung hat mit einer Formalisierung der Beziehungen anzufangen. Dabei möchte ich betonen, daß ich Formalisierung und Normalisierung keineswegs gleichsetze. Ich sehe die Formalisierung als einen unerläßlichen Akt an, um die Befriedung Europas zu beginnen; auf dieser Basis können sich dann allmählich die Beziehungen normalisieren.

Ich möchte ferner dafür plädieren, daß man die Frage der Anerkennung der Grenzen und der Existenz des anderen deutschen Staates nicht mit irgendwelchen Gegenleistungen verknüpft. So berechtigt mir unsere Wünsche nach Leistungen von der anderen Seite zu sein scheinen, eine formelle Verknüpfung halte ich nicht für gut. Die Befriedung Europas ist in erster Linie unser eigenes Interesse.

Grass

Wenn wir über Realitäten in Europa sprechen, dann müssen wir zunächst feststellen, daß diese Realitäten einschließlich der Grenzen das Ergebnis des von den Deutschen begonnenen und verlorenen Krieges sind. Bei einem Gespräch über Frieden und Friedenswünsche sollte bewußt sein, welche Schuld und welche Verantwortung nach wie vor auf beiden deutschen Staaten lastet. Denn beide Staaten, die Bundesrepublik und die DDR, sind die Nachfolgestaaten des Dritten Reiches.

Es wird für die Sicherheit Europas nicht allzuviel getan sein, wenn man nur einfach anerkennt, was sich aus einer mißlichen Lage heraus gebildet hat. Man käme nur wieder zu einem neuen Nationalstaatsdenken, wenn man die DDR und die Bundesrepublik um des lieben Friedens willen als zwei Staaten verstehen wollte, die sich wie Ausland zu behandeln hätten. Wir müssen doch diesen Konfliktstoff in der Mitte Europas für alle Zeit beseitigen. Das bedeutet auch, mit einem nationalen Vakuum in Deutschland zu rechnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn man mit formalen Lösungen begänne und dann die Rechnung ohne die deutsche Bevölkerung gemacht hätte. Aus einem vagen Nationalgefühl heraus könnte sich in der neuen Generation in einigen Jahren abermals so etwas wie Nationalismus entwickeln.

Deshalb wird es auch in diesem Gesprächskreis unsere Aufgabe sein, nach einer Lösung zu suchen, die speziell für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander eine besondere sein muß. Es darf nicht die alte Nationalstaatlichkeit sein. Man sollte die zwanzig Punkte von Brandt und das Ulbricht-Papier auf den Tisch legen und nicht die Bewegungsfreiheit sowie die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich im Verlauf der Verhandlungen zeigen können, von vornherein einengen, indem man glaubt, mit der Anerkennung sei alles geschafft. Brandt hat deutlich gesagt, daß eine Lösung gefunden werden muß, die auch den Anerkennungswünschen der DDR entspricht. Nur hat er immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei der Bundesrepublik und der DDR um zwei Staaten deutscher Nation handelt. Diese verbindende Klammer, die keine Machtkonzentration bedeuten darf, gilt es zu erhalten, damit in der Mitte Europas kein nationales Vakuum entsteht.

Was zur Zeit betrieben wird, kommt mir vor wie die Hinwendung zum anderen Extrem: Nachdem wir in der Bundesrepublik - und unter anderen Vorzeichen auch in der DDR - zwanzig Jahre lang eine Politik des "Alles oder Nichts" betrieben haben, etwa unter dem irrealen und anmaßenden Vorzeichen: Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937, flüchtet man sich nun ins andere Extrem. Abermals geht es um eine Maximalforderung, nämlich die Anerkennung zweier deutscher Staaten, die sich dann quasi wie Ausland zu behandeln hätten. Auch in Ihrem Referat, Herr Poljanow, klang das an als Sie sagten eine deutsche Frage gäbe es nicht; es gäbe zwei deutsche Staaten und fertig. So einfach ist es nicht. Ich bitte deshalb in dieser Diskussion die Anerkennungsfrage nicht zu einem Fetisch zu erheben.

Doernberg

Zunächst eine grundsätzliche Feststellung: Wenn wir uns die gegenwärtige Situation ansehen, dann wird mir doch niemand widersprechen, daß in der Bundesrepublik nicht jene Kräfte die Verfechter eines nationalistischen Gedankens sind, die sich - ob konsequent oder vielleicht noch nicht so ganz - zu den Realitäten in Europa bekennen, sondern jene, die eine Anerkennung, ja selbst eine Akzeptierung der Realitäten in Europa nicht hinnehmen wollen.

Die Gefahr eines Nationalismus, Herr Grass, geht also nicht von jenen Kräften aus, die sich zu den bestehenden Grenzen, zu den bestehenden Realitäten in Europa bekennen, sondern von jenen, die

diese Realitäten verändern wollen und die europäische Karte zu ihren Gunsten wieder umgestalten möchten.

Sie sagen, Herr Grass, die Anerkennung der DDR sei eine Maximalforderung; denn dadurch würden sich die beiden deutschen Staaten wie Ausland betrachten. Die gegenwärtige Situation ist doch dadurch gekennzeichnet, daß durch die Politik der vergangenen Jahrzehnte - darauf ist in den Referaten hingewiesen worden - eine prinzipielle Trennung in Europa erfolgt ist. Heute stehen die real existierenden zwei Staaten, die DDR und die BRD, nicht nur wie Ausland zueinander; die gegenwärtigen Beziehungen liegen sogar weit unter dem Niveau normaler Beziehungen zwischen Staaten.

Wenn also gesagt wird, daß sich die DDR und die BRD im Falle der Anerkennung als Ausland betrachten würden, so heißt das die Sache auf den Kopf stellen. Es sind zwei verschiedene Staaten, die, dem stimme ich zu, als Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches eine gemeinsame große Verantwortung haben, dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden und darüber hinaus von Europa überhaupt kein neuer Krieg ausgeht. Die beiden Staaten tragen eine große Verantwortung, weil sie im Herzen Europas liegen und weil ihre Grenze zugleich die Grenze zwischen den beiden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Systemen in Europa ist. Die Anerkennung der Realitäten unter diesen Umständen als eine Maximalforderung anzusehen, führt uns daher nicht weiter.

Ich begrüße es, daß heute breite Kreise, sowohl in der Bundesrepublik als auch in allen anderen europäischen Staaten - selbst wenn sie zur Zeit noch nicht bereit sind, die Realitäten anzuerkennen - doch erkannt haben und es auch aussprechen, daß die Anerkennung eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, eine Frage, die in der nächsten Zeit gelöst werden muß.

Die historischen Erfahrungen besagen übrigens, daß militärische Konflikte oftmals - man kann sogar sagen: meistens - ihre Ursachen darin hatten, daß die eine Seite die Realität und die Grenzen der anderen nicht anerkannte beziehungsweise den Gebietsstand verändern wollte. Das gilt auch in der Gegenwart. Das Vorhandensein eines oder mehrerer Unsicherheitsfaktoren in Europa, die Tatsache, daß wir überhaupt über das Problem der europäischen Sicherheit sprechen müssen, ist doch nicht in erster Linie darin begründet, daß die gegenwärtigen Formen der Zusammenarbeit auf ökonomischem, kulturellem, wissenschaftlichem und anderem Gebiet noch nicht ausreichen. Die Unsicherheit hat ihre eigentliche Ursache vielmehr darin, daß die allgemein üblichen Prinzipien des Verhaltens zwischen Völkern, und Staaten auf europäischem Boden noch nicht durchweg ihre Anwendung gefunden haben und die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze eines friedlichen Nebeneinanderlebens, einer friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Europa noch nicht in vollem Maße verwirklicht sind. Wenn wir also über die Realitäten in Europa sprechen, dann kommen wir damit auf die Hauptfrage: Wo liegen die Ursachen der heute bestehenden Konflikte?

Bei den weiteren Fragen, über die wir sprechen können und müssen, geht es darum, welche Möglichkeiten wir sehen, um durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten ein Verhältnis der Zusammenarbeit und der weiteren Gesundung des europäischen Klimas zu schaffen.

Sommer

Als Deutscher wird man in einer Stadt wie Leningrad sehr eindringlich an die Ursachen der Realitäten erinnert, über die wir heute reden; man kann dieses Gespräch, so wie es Herr Grass sagte, nur unter der Belastung der Geschichte führen, aber im Bewußtsein einer Verpflichtung gegenüber der Zukunft.

Wir sprechen hier über die Realitäten, und wir reden über die Haltung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Realitäten. Diese Haltung hat sich geändert was dankenswerterweise auch in dem Referat von Herrn Poljanow zum Ausdruck kam. Die gegenwärtige Bundesregierung hat außerdem angedeutet, daß weitere Änderungen nicht ausgeschlossen sind.

Die erste Realität, um die es hier geht, ist die der früher deutschen und vor Potsdam an die Sowjetunion abgetretenen ostpreußischen Gebiete. Diese Realität hat die Regierung Adenauer im Jahre 1955 bei der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen noch nicht anerkannt. Herr Bahr hat es jetzt in seinem Vertragsentwurf mit dem Satz getan: "Sie - die Unterzeichner - erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegeneinander haben und solche auch nicht erheben werden." Sobald dieser Vertrag in Kraft tritt, wäre damit das erste Problem der Grenzrealitäten in Europa aus der Welt geschafft.

Die zweite Realität besteht in der Tatsache, daß seit 1945 ein großer Teil der früheren deutschen Ostgebiete von Polen besiedelt und wieder aufgebaut worden ist; daß dort Menschen leben, die nach

der Vertreibung der Deutschen mit Fug und Recht diese Gebiete als ihre Heimat bezeichnen können. Die Bundesregierung ist seit einiger Zeit in Gesprächen mit Polen; diese Gespräche gehen gut, wenn ich es richtig beurteile, und wir sind dabei, uns über eine Formel zu einigen, die über das Maß an Anerkennung hinausgeht, das in der Formulierung des Görlitzer Vertrages von 1950 enthalten ist. Dort heißt es: "Die Oder-Neiße 'bildet' die Westgrenze Polens." Wir sind heute bereit, weiterzugehen und zu sagen: 'ist' die Westgrenze Polens; und wir wollen auch die Unantastbarkeit und Unverletzbarkeit dieser Grenze garantieren. Damit wird auch diese zweite Realität von der gegenwärtigen Bundesregierung und den sie tragenden Kräften anerkannt.

Die dritte Realität ist die Existenz eines zweiten deutschen Staates auf dem Boden des ehemaligen Deutschen Reiches. Auch hier hat die jetzige Bundesregierung eine Wandlung vollzogen. Sie hat Gespräche mit den Verantwortlichen des zweiten deutschen Staates gesucht; sie hat Herrn Stoph den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages angeboten sowie eines Vertrages, der auch das Verhältnis zwischen beiden Staaten im einzelnen regeln soll. Sie hat die Existenz dieses zweiten deutschen Staates im Sinne der Bukarester Erklärung vom Juli 1966 anerkannt.. Der einzige Vorbehalt - ob man ihn nun so begründet wie Herr Grass oder anders;- , den wir noch machen, bezieht sich auf die Frage, ob wir die DDR als Ausland anerkennen wollen.

Wenn ich auf meine Weise einen Satz von Willy Brandt in Kassel interpretieren darf, dann wird auch die volle völkerrechtliche Anerkennung nicht ausgeschlossen, falls die Entwicklung zwischen den beiden Staaten so verläuft, daß die Anerkennung als Ausland zu einem Verhältnis der beiden deutschen Staaten führt, bei dem sie sich gegenseitig wenigstens nicht als feindliches Ausland betrachten. Dies ist der Sinn der Brandtschen Politik gegenüber der DDR. Darüber und über die Ausgestaltung der Normalisierung als Vorphase oder als Begleitphase der Formalisierung sollte man in aller Ruhe, nüchtern, unpropagandistisch und unpolemisch miteinander reden können. Aber hinter diesem Vorbehalt verbergen sich keine Revisionsabsichten; hinter diesem Vorbehalt verbergen sich keine Annexionsabsichten, hinter diesem Vorbehalt verbirgt sich lediglich die Absicht, von der nationalen Gemeinsamkeit zwischen den existierenden beiden deutschen Staaten so viel wie möglich im Menschlichen wirksam werden zu lassen.

Außer diesen drei Realitäten, die man als "Grenzrealitäten" bezeichnen könnte, gibt es aber noch zwei andere. Die eine ist die Realität Berlin, präziser: Westberlin. Es ist die Realität des in den letzten einundzwanzig Jahren - seit 1949 - gewachsenen Status von Westberlin. Dazu gehört seine wirtschaftliche, währungspolitische und in gewisser Weise auch politische, rechtspolitische Zuordnung zur Bundesrepublik. Sie werden bemerken: Ich sage nicht Zugehörigkeit - darüber streiten die Völkerrechtler;- , ich sage Zuordnung. Neben dieser Zuordnung, die für das Überleben der Westberliner Bevölkerung nach ihrem freien Willen absolut essentiell ist, gehören auch die Zugänge zu Lande und in der Luft zu den gewachsenen Realitäten.

Wenn wir also davon reden, daß Realitäten anerkannt werden sollen, dann haben wir die Realität Westberlins miteinzubeziehen. Und darauf müssen wir Westdeutschen um so mehr insistieren, als dieses Westberlin von östlicher Seite ja schon einmal als Krisenhebel benutzt worden ist, was eine sehr gefährliche Situation heraufbeschworen hat. Auch hier liegt somit ein Sicherheitsproblem, das durch Anerkennung der Realitäten und durch Abschwörung irgendwelcher Veränderungsabsichten - einseitiger Veränderungsabsichten - gelöst werden muß.

Schließlich eine letzte Realität: die Realität der deutschen Nation. Es gibt sie noch; sie ist mehr als nur eine Sprachgemeinschaft, mehr als nur eine historische Gemeinschaft, die durch ein gemeinsames Schicksal entstanden und geprägt worden ist - das Schicksal hat uns ja in mancher Hinsicht auch wieder auseinandergeführt. Aber es gibt doch Verbindungen familiärer, menschlicher Art, die das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten anders prägen als das Verhältnis, sagen wir, zwischen Guinea und Burma. Davon müssen wir ausgehen.

Diese Realität der deutschen Nation sollte bei allem, was wir jetzt an Regelungen und Anerkennungen der Realitäten vornehmen, insoweit noch berücksichtigt werden, als damit nicht ausgeschlossen wird, daß, wenn die Deutschen auf beiden Seiten es eines Tages wollen sollten, sie sich wieder oder neu vereinigen mögen. Das ist kein Postulat für die Zukunft; das ist eine Option, die man sich offen halten kann und durch die sich niemand bedroht zu fühlen braucht. Das ist eine Überlegung, die, zumindest in der Theorie, auch die Möglichkeit eines kommunistischen Gesamtdeutschlands miteinbezieht.

Das waren die fünf Realitäten, die ich hier darlegen wollte, und wir sollten es uns nicht leisten, nur die ersten drei zu behandeln und die beiden letzten zu übersehen.

Bertsch

Zunächst einmal zu den Ausgangspositionen von Herrn Grass und Herrn Sommer. Ich teile ihre Auffassung, daß man gerade in Leningrad eindringlich an die Ursachen der Realitäten erinnert wird. Die Frage ist nur, welche Schlußfolgerungen wir daraus ziehen.

Für die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik ist die DDR durchaus bereit, "etwas zu geben" - man spricht nur nicht oft darüber, weil das schon als etwas Selbstverständliches angesehen wird: Die DDR ist nämlich ihrerseits bereit, auch die Bundesrepublik anzuerkennen. Ich hoffe nicht, daß jemand im Saal ist, der meint, daß uns das so leicht von der Zunge, von der Feder oder vom Vertragstext gehen sollte. Denn die sozialen und gesellschaftlichen Differenzen, die Sie uns gegenüber bemerken, sehen wir umgekehrt Ihnen gegenüber auch. Ich bitte, diesen Gesichtspunkt in die Berechnung mit einzubeziehen.

Herr Sommer erweckte den Eindruck, als liefe heute in den Beziehungen DDR-BRD eigentlich schon alles ganz gut. Ich weiß nicht, ob dies zutrifft, wenn ich zum Beispiel daran denke, daß die Bundesrepublik noch immer an die Pariser Verträge gebunden ist. Dort heißt es im Artikel 7, die Bundesrepublik strebe zusammen mit den Verbündeten, mit denen diese Verträge abgeschlossen wurden, ein wiedervereinigtes Deutschland an, das - ich kann es auch wörtlich zitieren, wenn es gewünscht wird - die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik hat. Soll denn das noch weiter gelten oder nicht? Wenn nicht, dann hätten wir in der Tat eine neue Lage. In Kassel hat Herr Brandt auf eine entsprechende Frage von Herrn Stoph mit dieser generellen Bemerkung geantwortet: "Diese Verträge bestehen natürlich auch weiterhin, und wir haben nicht die Absicht, daran etwas zu ändern." Das ist doch wohl keine oder zumindest keine positive Antwort.

Herr Grass sprach davon, ihm erscheine es so, als sei die - ich setze hinzu: gegenseitige - Anerkennung ein simpler und weitgehend formaler Akt. In diesem Falle wäre die Sache in der Tat einfach. Aber das eigentlich dahintersteckende politisch-ideologische Problem ist doch grundsätzlicher Natur. Ich möchte an einen Artikel von Herrn Buchheim in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 18. Januar 1968 erinnern, den Herr Sommer sicher kennt. Darin hat Buchheim - für meine Begriffe zwar völlig falsch, aber sehr einleuchtend - dargelegt, und ich zitiere dem Sinne nach genau: Wäre die DDR ein zweiter deutscher Staat - ich höre das gar nicht so gern, manche denken dann in der Rangordnung erster, zweiter ...; die DDR ist eben ein anderer Staat ...

Sommer

Ein weiterer.

Bertsch

Wäre die DDR ein zweiter deutscher Staat, sagt Buchheim, dann wäre es gar nicht so sehr schlimm, wenn auch nicht gerade leicht, ihn anzuerkennen. Das Problem bestehe aber darin, daß die DDR ein sozialistischer Staat ist. Mit der Anerkennung der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik schließe man die Möglichkeit ein, daß für Deutschland auch ein anderer Weg als der - jetzt verkürze ich etwas - des Kapitalismus möglich wäre. Deshalb fand ich die Schlußbemerkung von Herrn Sommer sehr interessant, der auch diese - andere - Möglichkeit nicht ausschließt.

Sommer

In der Theorie.

Bertsch

Gut, in der Theorie. Ich nehme ja an, daß das heute noch nicht auf der Tagesordnung steht; so, wie wir als Sozialisten ein sozialistisches Deutschland haben wollen, und zwar ganz, das ist selbstverständlich, kann ich es genauso gut verstehen, wenn Sie den Sozialismus zurückdrängen wollen. Aber entscheidend ist die Frage der Realpolitik. Ich bin der Meinung, daß eine Normalisierung, beginnend mit der Formalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, eine gute Voraussetzung sein kann, um ein positives Ergebnis für Europa zu erreichen. Denn die Anerkennung ist nicht in erster Linie ein Liebesdienst, den man der DDR erweist, sondern die Anerkennung der DDR durch die BRD und die Anerkennung der BRD durch die DDR liegt im Interesse aller europäischen Länder.

Sommer

Zwei Bemerkungen dazu: Erstens ist Herr Buchheim nicht das Sprachrohr der gegenwärtigen Regierung.

Bertsch

Sie aber auch nicht, Herr Sommer.

Kuczynski

Doch.

Sommer

Zweitens hat Willy Brandt Herrn Stoph in Kassel sehr wohl eine Antwort auf seine Frage nach dem Artikel 7 des Deutschland-Vertrages gegeben, und ich möchte ihn, da Ihnen die Bedeutung dieser Antwort offenbar nicht aufgegangen ist, zitieren - er hat gesagt: "Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf Absatz 1, Satz 1 dieses Artikels lenken. Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll." Und nun der Satz von Brandt dazu: "Dies ist die Hauptaussage dieses Artikels: ein friedliches Deutschland, das nie wieder zu einer Gefahr für den Frieden in Europa und in der Welt werden kann. Alle anderen Regelungen des Vertrages sind diesem wichtigen Ziel untergeordnet."

Bertsch

Darf ich dazu Absatz 2 dieses Artikels zitieren: "Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist." Jetzt frage ich: Welche Bedeutung hat Absatz 1 in Ihrer Version, wenn Absatz 2 eine demnach widersprüchliche Äußerung dazu enthält?

Besymenski

Ich bin kein Jurist, und es fällt mir schwer, mich jetzt auf die Diskussion über Paragraphen einzulassen. Ich möchte gerade nicht die juristische, sondern die grundsätzliche Seite der Frage unterstreichen, über die wir hier sprechen; denn die Anerkennung der Realitäten, einschließlich der völkerrechtlichen Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik, ist nicht nur eine juristische, sondern vor allem eine Frage sehr prinzipiellen Inhalts, die unmittelbar mit dem Komplex der europäischen Sicherheit zusammenhängt. Bei allem Einverständnis mit Herrn Rasch würde ich nicht nur von einer Formalisierung der Beziehungen sprechen; denn es geht nicht so sehr um die Form als vielmehr um den Inhalt der Anerkennungstatsache.

Die Darlegungen von Herrn Sommer erscheinen auf den ersten Blick sehr einleuchtend; er hat sich redliche Mühe gegeben, jene Schritte zu schildern, die von der Bundesregierung unternommen werden, um das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR zu ändern. Will man seinem Bericht Glauben schenken, so verhält sich alles zum Besten, die Probleme sind beinahe gelöst, also braucht man sich keine Sorgen zu machen. Nehmen wir einmal an, es verhalte sich tatsächlich so, wie Herr Sommer sagt, und es werden gewisse Schritte zur Normalisierung getan: In welchem Stadium befindet sich dann aber dieses Unternehmen? Man fängt doch erst damit an! Vergessen wir nicht, was bis jetzt zustande gekommen ist. Hier wurde viel geredet über den Gewaltverzichtsvertrag, über die Mission des Herrn Bahr und darüber, daß dieser Vertrag alles ändert. Aber gestatten Sie, meine Damen und Herren, der Vertrag ist noch nicht unterzeichnet worden, mehr noch: In der Bundesrepublik gibt es einflußreiche Kräfte, die ihn ablehnen; die Auseinandersetzungen um Herrn Bahr beweisen das. Der Gewaltverzichtsvertrag ist im gegenwärtigen Stadium von einem Abschluß noch weit entfernt; vorerst gelten andere Dokumente.

Ich möchte darum sagen: Während wir mit "Zukunftsmusik" eingelullt werden, sind andere Faktoren am Werk. Real ist, was bis jetzt die Regierung Adenauer und andere Regierungen der BRD faktisch getan haben, und deren Verhalten orientierte leider sich am Absatz 2 des Artikel 7 der Pariser Verträge - davon hat Herr Bertsch mit vollem Recht gesprochen - und nicht an der beruhigenden Interpretation von Herrn Sommer.

Ich spreche darüber mit gewisser persönlicher Anteilnahme, weil mein Journalistenschicksal mich in dieser Hinsicht manches gelehrt hat. So hatte ich Gelegenheit, in der "Iswestija", die von unserem verehrten Vorsitzenden mitgeleitet wird, die Aufmerksamkeit der sowjetischen und der Weltöffentlichkeit auf das zu lenken, was als "Graue Pläne" bekanntgeworden ist. Diese Pläne sind

kein Phantom, sondern eine traurige Realität jener Politik der Bundesrepublik, die auf die Liquidierung der DDR, auf die Liquidierung ihrer gesellschaftlichen Ordnung und Struktur gerichtet ist. Ich habe diese Probleme sorgfältig studiert und behauptete, daß diese Pläne viele Politiker der BRD lange Zeit inspiriert haben. Gerade dies aber hat eine große Gefahr für die Sicherheit in Europa heraufbeschworen.

Wenn Westdeutschland seine völlige Friedensliebe tatsächlich beweisen will - und ich bin durchaus überzeugt, daß die BRD ein friedliebender Staat sein kann, ja sein muß;- , dann hat sie ihren Beitrag zur europäischen Sicherheit zu leisten. In diesem Falle muß Westdeutschland in erster Linie seine Beziehungen zur DDR normalisieren und alle möglichen Befürchtungen in dieser Hinsicht ausräumen. Ich stimme meinem Kollegen aus der BRD durchaus zu, der die Tatsache der Nichtanerkennung der DDR als eine "potentielle Kriegserklärung" an dieses Land bezeichnet. Wenn die BRD auf diesen gefährlichen politischen Kurs verzichten will, dann muß sie die DDR offiziell und nicht nur formell anerkennen. Das wird kein Akt der Kapitulation und der Selbsterniedrigung sein, sondern es wird im Gegenteil das Ansehen Westdeutschlands heben.

Wir sollten im Laufe unserer Diskussion, ohne auf die juristischen Feinheiten einzugehen, unbedingt die Generallinie im Auge behalten: Den Prozeß der Schaffung der europäischen Sicherheit. Dieser Prozeß wird sich erst dann erfolgreich entwickeln, wenn zwischen den beiden deutschen Staaten normale Beziehungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung bestehen. Ich meine, daß eine solche Fragestellung uns bei der Lösung des Hauptproblems helfen wird, dessen Erörterung uns hier zusammengeführt hat.

Kuczynski

Günter Grass warnte vor einem nationalen Vakuum, und Herr Sommer sprach von der nationalen Gemeinsamkeit sowie von der Realität der deutschen Nation, die völkerrechtliche Beziehungen zwischen der DDR und der BRD unmöglich machten. Ich möchte bestreiten, daß es die Realität der deutschen Nation in dem Sinne, wie es Herr Sommer und auch der Bundeskanzler Brandt meinen, noch gibt.

Wenn Sie an: die frühen Zeiten des bürgerlichen Staates, an 1789, denken, an die berühmte Broschüre des Abbé Sieyès mit der Frage: "Was ist der Dritte Stand?" und der Antwort "C'est la nation" - der Dritte Stand ist die Nation, dann erkennen Sie, die französische Nation wurde damals durch die Bourgeoisie repräsentiert. Die neue Nation wurde von der Bourgeoisie geschaffen, und der Feudaladel galt nur noch insoweit zur Nation gehörig, als er die Interessen der Bourgeoisie mitvertrat.

Fast sechzig Jahre später, 1848, leitete Marx im Kommunistischen Manifest aus der Entwicklung des bürgerlichen Staates die Forderung ab, daß sich die Arbeiterklasse zur Nation, wie er formuliert, konstituieren sollte. Marx übernahm direkt das Wort von Sieyès und verlangte, daß die Arbeiterklasse die Macht erobert und sich als Nation - im Gegensatz zu den bürgerlichen Nationen - konstituiert.

Genau das haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik getan. In der DDR hat sich die Arbeiterklasse als Nation konstituiert. Wir sind selbstverständlich der Ansicht, daß die Bundesrepublik ebenfalls eine Art Nation darstellt - nun, nennen wir es einmal: eine Restnation, nämlich in Kontinuität des alten Deutschland, in dem die Arbeiterklasse noch nicht die Macht hatte, sondern die Großbourgeoisie oder, spezifischer, die Monopole.

Genauso wie man also von zwei Staaten sprechen muß, sollte man auch - wenn man höflich ist - von zwei deutschen Nationen oder - wenn man die Dinge real beurteilt - eben von einer neuen deutschen Nation in der DDR und einer Restnation in der BRD sprechen. Wenn man diese Auffassung hat, dann fällt natürlich das Argument, daß es eine Klammer um die beiden deutschen Staaten gibt, fort. Der ganze Begriff der "innerdeutschen Beziehungen" ist damit seines Inhaltes beraubt.

Ich möchte unsere Gesprächspartner aus der Bundesrepublik doch auffordern, über diese Problematik, die sich sowohl aus der bürgerlichen Geschichte als auch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung klar ergibt, nachzudenken, insbesondere auch darüber nachzudenken, daß Marx fast wörtlich die Formulierung von Abbé Sieyès übernahm und keineswegs eine neue Theorie entwickelte, als er der Arbeiterklasse jene Aufgabe stellte, welche die Bourgeoisie sich mit vollem Recht am Ende des 18. Jahrhunderts gestellt hatte.

Bender

In der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist aber von zwei Staaten einer Nation die Rede.

Kuczynski

Nein, nicht zwei Staaten einer Nation.

Bender

Richtig, von einem Staat deutscher Nation - aber eben deutscher Nation.

Kuczynski

Nein, von einem sozialistischen Staat deutscher Nation.

Bender

Das setzt aber immerhin eine noch bestehende Nation und nicht zwei Nationen voraus.

Kuczynski

Aber ich habe Ihnen ja die Konzession gemacht, daß Sie eine Restnation darstellen!

Schuster

Damit stellen Sie doch faktisch einen Alleinvertretungsanspruch.

Augstein

Wir könnten uns natürlich viele Tage darüber streiten, Herr Kuczynski, ob es heute noch eine Realität der deutschen Nation gibt oder nicht. Es könnte sein, daß eine Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik und vielleicht sogar eine Mehrheit der Bevölkerung in der DDR der Ansicht ist, diese Realität der deutschen Nation bestehe noch. Ich messe aber dieser Frage keine so große Bedeutung für die aktuelle Politik mehr bei.

Grass

Wenn man den Begriff der Nation weiter verwenden will, dann muß er einen neuen und konkreten Inhalt bekommen. Die "Nation" muß sachlich gefaßt sein; ihr Inhalt liegt in der Aufgabe der beiden deutschen Staaten, in der Mitte Europas den Krisenherd zu beseitigen und jede Gefahr eines neuen Krieges auszuräumen. Dies ist nur gemeinsam zu erreichen, und diese Gemeinsamkeit verbindet nach wie vor die Nation.

Bender

Der Standpunkt der Bundesregierung, daß die beiden Staaten nicht Ausland füreinander sein können, war vor zweieinhalb Jahren auch noch Standpunkt der DDR, so jedenfalls in einem Grundsatzartikel im "Neuen Deutschland". Ich frage nun: Hat sich in zweieinhalb Jahren die Situation so grundlegend verändert, daß aus einer Nation zwei wurden oder eine Nation und eine Restnation? Ist in dieser kurzen Zeit so viel geschehen, daß wir auf einmal nur noch Ausland füreinander sein können? In dem Augenblick, als die neue Regierung der Bundesrepublik den Standpunkt bezog, den auch die DDR vor zwei Jahren noch innehatte, rückte die DDR von ihrem damaligen Standpunkt ab, gab die Einheit der Nation auf, verlangte volle diplomatische Beziehungen und war nicht mehr konzessionsbereit im Hinblick auf den Austausch von "Beauftragten", sondern forderte Botschafter.

Herr Doernberg sagte nun, die Unsicherheit liege darin, daß zwischen uns Deutschen noch keine normalen Beziehungen bestünden, wie sie zwischen europäischen Staaten allgemein üblich sind. Das ist sicherlich ein Moment, das wir berücksichtigen und ändern müssen. Die Änderung, das heißt die Formalisierung, hätte zweifellos wichtige psychologische Folgen, die auch der Sicherheit Europas zugute kämen. Ich glaube aber nicht, daß dies für Sie das eigentliche Problem der europäischen Sicherheit ist. Ihr Problem besteht eher in dem, was Herr Bertsch hervorgehoben hat. Es gibt eine ganze Reihe von Bezeichnungen dafür: ideologische Diversion, schleichende Konterrevolution, Aggression auf Filzlätschen, wie immer das genannt wird. Es ist für Sie die Sorge, daß die westliche Seite auf der östlichen Seite auf irgendeine indirekte Weise die sozialistische Gesellschaftsordnung unterminieren will. Das gilt sowohl für die beiden deutschen Staaten als auch in größerem Rahmen für die beiden Teile Europas.

Die Äußerungen dazu, die ich aus sowjetischen, aus DDR- und auch aus den Zeitschriften und Erklärungen anderer sozialistischer Länder entnehme, gleichen in erstaunlichem Maße den

Erklärungen, die man Ende der fünfziger Jahre zum Beispiel von Adenauer im Hinblick auf die sowjetische Politik der "friedlichen Koexistenz" hören konnte. Es war genau das gleiche Denkschema: Dank unserer eigenen Stärke - bei Adenauer die NATO, jetzt im Osten der Warschauer Pakt - wagt der Gegner nicht mehr, uns direkt anzugreifen. Statt dessen versucht er es hintenherum; er tarnt sich als Friedensfreund, hat aber seine eigentlichen Pläne nicht aufgegeben. Folglich: der Gegner ist gefährlicher geworden, und es ist noch mehr Wachsamkeit nötig als vorher. Adenauer verwendete Ende der fünfziger Jahre fast den gleichen Wortlaut, wie er seit etwa 1966/67 in vielen sozialistischen Ländern zu finden ist.

Der eigentliche Hintergrund für dieses Verhalten der Warschauer-Pakt-Länder scheint mir nun darin zu liegen, daß aus historischen Gründen - ich betone ausdrücklich: aus historischen Gründen - die heute sozialistischen Länder insgesamt industriell weniger entwickelt sind als die westeuropäischen. Diese Tatsache hat erhebliche Konsequenzen, die bis in die praktischen Fragen des unterschiedlichen Lebensstandards hineinreichen. Daraus leiten sich auch bestimmte Unterschiede in der Innenpolitik ab, die Schwierigkeiten bereiten. Wir werden uns unter Punkt zwei und drei unserer Tagesordnung wohl noch darüber unterhalten müssen, ob und wie eine Änderung dieses Zustandes erfolgen kann.

Wir können also das Thema "europäische Sicherheit" nur dann angemessen behandeln, wenn wir den unterschiedlichen industriellen Entwicklungsgrad, der auf der östlichen Seite eine spezifische Unsicherheit schafft, in unsere Überlegungen einbeziehen und nicht nur über die Fragen der Grenzen und ähnliche Dinge sprechen.

Kraminow

Obwohl die Meinungsverschiedenheiten in unserer interessanten Diskussion nicht zu übersehen sind, klingt besonders bei den Kollegen aus der Bundesrepublik beachtlicher Optimismus durch. Sie erwecken den Eindruck, daß viele Probleme, die Europa bewegten und bewegen, praktisch bereits gelöst seien, daß die europäische Realität sozusagen schon anerkannt sei und daß wir vorwiegend nur zu berücksichtigen hätten, wie diese Realitäten im Interesse des jetzigen und des künftigen Europa geändert werden könnten.

Als Journalist, der mit den Tatsachen zu tun hat, teile ich den übermäßigen Optimismus nicht. Einerseits erkennt man die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik als eines selbständigen Staates an, und es werden Erklärungen darüber abgegeben, daß in dieser Republik Deutsche leben - ein talentvolles, fähiges und fleißiges Volk;- , andererseits werden in der offiziellen Politik die entschlossensten Maßnahmen ergriffen, um dieses gute - wie man es auch zu nennen pflegt: andere - Deutschland einer politischen Blockade auszusetzen.

Meine Kollegen Sommer, Augstein und andere Journalisten hier kennen die laufende Politik, und sie können doch feststellen, daß die Anerkennung der Realitäten mit der offiziellen politischen Linie Bonns nicht übereinstimmt, und zwar unabhängig davon, wer Bundeskanzler ist, ob ein Vertreter der Christlich-Demokratischen oder der Sozialdemokratischen Partei. Obwohl man behauptet, daß die Hausteink-Doktrin nicht mehr existiere, wird sie nach wie vor angewendet. Welche Bemühungen und Kontakte die DDR auch immer zur Regelung ihrer Beziehungen unternimmt, sie werden in erheblichem Maße durch ökonomischen und politischen Druck von Seiten Bonns blockiert. Wenn die kleinen Staaten Asiens und Afrikas die BRD um Hilfe bitten, bekommen sie zu hören, eine solche könne erst erwiesen werden, wenn sie die Existenz eines anderen fleißigen Deutschland, wie ich bereits sagte, nicht anerkennen.

Zur gleichen Zeit werden jedoch in Bonn bedeutende Anstrengungen darauf konzentriert, um zwischen der BRD und anderen sozialistischen Ländern normale gegenseitige Beziehungen herzustellen. Eine solche Heuchelei ist uns unverständlich. Warum will Bonn einerseits gute Beziehungen mit den sozialistischen Ländern herstellen und andererseits die Normalisierung seiner Beziehungen zur DDR sowie der DDR mit den anderen Staaten der bürgerlichen Welt stören? Was gewinnt Bonn denn dabei?

In der letzten Zeit versucht Brandt - und nicht Kiesinger oder Strauß - immer beharrlicher, die Teilnahme der DDR an der Weltgesundheitsorganisation zu verhindern. Warum ist die DDR, die doch einen bedeutenden Beitrag zur Bekämpfung von Krankheiten geleistet hat, immer noch nicht in diese Organisation aufgenommen? Wir können das nicht verstehen - vielleicht verstehen es unsere Kollegen aus der BRD besser. Außer Resolutionen sehen wir also keine positiven Taten der Bundesregierung.

Was das Problem der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit anlangt, so versucht jede Seite, es ihren Interessen anzupassen. Der Anerkennung von Realitäten müßten auch bestimmte Schritte in der politischen Wirklichkeit folgen. Eine gedeihliche Entwicklung der Zusammenarbeit ist aber ohne Beendigung des politischen Krieges, der in der Presse und im Rundfunk geführt wird, unmöglich.

Herr Grosser sagte in seinem Referat, es wäre nicht schlecht, wenn wir Sie und wenn Sie uns kritisieren würden, um die Systeme auf beiden Seiten zu verbessern, ohne sie grundlegend ändern zu wollen. Eine solche Kritik braucht an sich nicht negativ zu sein, denn wir alle haben es nötig, daß man uns korrigiert und unterstützt. Der Wunsch des Menschen wie auch der Gesellschaft, sich zu vervollkommen, ist durchaus berechtigt. Wenn man jedoch versucht, einen Keil zwischen das eine und das andere Volk zu treiben - und dies geschieht Monat für Monat und Jahr für Jahr;- , dann ist das keine weiterhelfende Kritik, sondern die Entfesselung der Feindschaft zwischen den Völkern; das wird unternommen, bevor man aktivere Handlungen auf ökonomischem oder politischem Gebiet beginnen will.

Unsere Kollegen aus Westdeutschland brauchen sicherlich nicht an die Berichte ihrer Sender und Zeitungen, an die Reden ihrer Parlamentsabgeordneten erinnert zu werden, die versuchten und versuchen, die Sowjetunion als eine imperialistische Macht hinzustellen, welche Osteuropa besetzt hat. Diese Propaganda wird in den Sprachen jener Länder und auch in deutscher Sprache betrieben. Wir kennen die Geschichte der nicht allzufernen Vergangenheit, als der Versuch unternommen wurde, ernsthafte Komplikationen in den Beziehungen herbeizuführen.

Ich möchte das hier nicht wieder aufgreifen, sondern lediglich sagen, daß in der letzten Zeit sogar von der Tribüne des Bundestages herab Reden gehalten wurden, die man nicht anders denn als antisowjetische Propaganda, und zwar als eine grob antisowjetische Propaganda bezeichnen kann. Sie kennen doch die Rede des in Westdeutschland nicht einflußlosen Politikers von Guttenberg. Seine durch und durch antisowjetische Rede sollte die Bevölkerung Westdeutschlands gegen die Sowjetunion aufhetzen. Deshalb hat von Guttenberg dem Generalsekretär des Zentralkomitees unserer Partei, Leonid Iljitsch Breschnjew, eine Erklärung zugeschrieben, die dieser nie abgegeben hat. Breschnjew hat nie gesagt, daß die Sowjetunion die Herrschaft in Westdeutschland, die völlige Unterwerfung Westdeutschlands unter ihren Willen anstrebe; trotzdem hat es von Guttenberg behauptet. Die Rede wurde dann in den Zeitungen des Herrn Springer voll veröffentlicht. Auch in anderen Zeitungen findet man Artikel, die man bei aller Zurückhaltung nur als vorsätzliche Hetze gegen die Sowjetunion bezeichnen kann.

Wie sie wissen, haben wir in diesem Jahr unser großes Jubiläum, den 100. Geburtstag von Wladimir Iljitsch Lenin, gefeiert. Die Mehrheit der westdeutschen Presse hat sich diesem Jubiläum gegenüber nicht nur sehr respektlos verhalten, sondern hat darüber in einer Form berichtet, die den elementaren Geboten der Höflichkeit widerspricht: Man versuchte, die Vergangenheit Lenins und auch das, was heute in der Sowjetunion geschieht, lächerlich zu machen. In dieser Hinsicht war die allgemeine westdeutsche Presse in den Tagen des Leninschen Jubiläums mit den rechtsextremen Berichten identisch, und zwar nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika, und sie stimmte ebenfalls, so seltsam das auch klingen mag, in manchem mit der chinesischen Propaganda überein.

Wenn man unsere Presse nimmt, so sind wir auch nicht ganz unschuldig; in der Hitze der Polemik kommen manchmal nicht ganz vernünftige Bemerkungen vor. Doch man muß zugeben, daß unser Anteil hier im Vergleich zu den Strömen schädlicher und falscher Propaganda, die als Berichte und Informationen in Ihren Zeitungen erscheinen, sehr gering ist. Das ärgert uns und ruft bei der deutschen Bevölkerung, beim deutschen Volk, Vorurteile gegen die Sowjetunion, gegen das Sowjetvolk hervor.

Ich meine, daß es bei der Suche eines Weges zur Verständigung und Sicherheit in Europa gut wäre, wenn wir die nationalen Werte eines Volkes, das, was ihm heilig ist, was es achtet und verehrt, mit mehr Verständnis beurteilen würden, ohne dem Ärger, der viele Artikel und Sendungen in der BRD erfüllt, Ausdruck zu geben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn dieser Strom der Hetze zurückginge natürlich können wir das nicht einfach von unseren westdeutschen Kollegen fordern. Feindselige Ausfälle werden wir entsprechend beantworten, und unsere beiden Völker werden dabei nichts gewinnen.

Augstein

Ich möchte zugunsten des Baron von und zu Guttenberg geltend machen, daß er die Meinungen, die er jüngst geäußert hat, schon zwanzig Jahre lang vertritt, was nicht bedeutet, daß es je die richtigen Meinungen gewesen wären.

Ich stimme Herrn Kraminow zu, daß die Politik der Bundesregierung in dem Punkt, den er erwähnt hat, keinen ganz konsequenten Eindruck macht. Es sollten in der Tat alle Länder, die Beziehungen zur DDR zu unterhalten wünschen, diese aufnehmen, ohne von der Bundesrepublik auf irgendeine Weise daran gehindert zu werden.

Ich halte die Idee für richtig, die der ungarische Außenminister Janosch Peter kürzlich etwa in dem Sinne geäußert hat: Beide Staaten müßten staatsrechtlich getrennt werden, um eine Plattform zu schaffen, auf der sie dann wieder miteinander kooperieren könnten. In dieser Richtung sollte man vorangehen, und wir müßten noch konsequenter werden, als es bisher der Fall war. Allerdings muß dieselbe Konsequenz dann von beiden Seiten erwartet werden. Es heißt einem Perfektionismus frönen, wenn man von uns verlangt, den Artikel 7 der Pariser Verträge sogleich außer Kraft zu setzen, wenn doch - die Freunde aus der DDR mögen mich berichtigen, aber ich glaube, der Satz lautet so - in der DDR-Verfassung steht "Berlin ist die Hauptstadt der DDR."

Bertsch

Das ist richtig.

Augstein

Dieser Satz kollidiert mit den gegenwärtigen Auffassungen, die wir in der Bundesrepublik haben, ebenfalls. Wir kämen aber überhaupt nicht weiter, wenn wir jetzt von Ihnen verlangten, Ihre Verfassung zu ändern. Sie würden das vermutlich ablehnen, und genauso wird sicherlich keine Mehrheit im westdeutschen Parlament bereit sein, den Artikel 7 der Pariser Verträge sofort zu ändern. Es mag sein, daß im Laufe der Jahre oder Jahrzehnte sowohl Sie Ihre Verfassung wie auch wir unsere Pariser Verträge abändern. Aber das braucht einige Zeit, und es hieße, den zweiten Schritt vor dem ersten tun, wenn man damit anfangen wollte.

Bei den gegenwärtigen Verhandlungen, die Herr Bahr in Moskau geführt hat, ist das Berlin-Problem natürlich im Hintergrund damit verknüpft gewesen, obwohl vielleicht gar nicht so viel darüber gesprochen werden konnte. Ich habe Zweifel, daß für Westberlin schon bald befriedigende Regelungen gefunden werden können. Aber ich meine doch, man muß auf längere Sicht ins Auge fassen, daß eine europäische Friedensordnung ohne eine solche Regelung unvollkommen wäre, oder - um es deutlicher zu sagen - sie wäre immer noch sehr gefährdet. Bei jeder derartigen Regelung müßte als eine Realität berücksichtigt werden, daß Westberlin wirtschaftliche, juristische und indirekt militärische Beziehungen zur Bundesrepublik und zu deren Bündnis-System hat. Dafür wird man irgendeine Regelung finden müssen, wobei ich gar nicht einmal sicher bin, daß dann zum Beispiel der Bundestag künftig noch in Berlin zusammentreten müßte; er tritt ja auch nicht in Hamburg oder in München zusammen. Andererseits sollte es möglich sein, daß Bundespräsident Heinemann Berlin besucht und die Beziehungen, die als Realität tatsächlich bestehen, irgendeine vertragliche Form finden. Ich hielte das jedenfalls für nötig.

Doernberg

Soweit mir bekannt, wird seitens der DDR nicht die Forderung erhoben, daß vor Abschluß eines Vertrages über die Herstellung gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik irgendwelche Verträge, einschließlich der Pariser Verträge, außer Kraft gesetzt werden müßten. Der Abschluß eines solchen Vertrages, der auch einen Gewaltverzicht zum Inhalt hätte, würde meiner Meinung nach bedeuten, daß die Bundesrepublik damit zu einem neuen Verhältnis sowohl zur DDR als auch allgemein zu den Fragen der europäischen Sicherheit kommt. Sie würde damit zum Ausdruck bringen, daß sie an den in den Pariser Verträgen enthaltenen Bestimmungen nicht weiter festhält.

Was die Verfassung der DDR angeht, so möchte ich darauf hinweisen, daß der Passus über die Hauptstadt in keiner Weise einen Anspruch auf einen Anschluß Westberlins an die DDR bedeutet, obwohl es Dokumente der Alliierten gibt - ich nenne nur einen Bericht des Alliierten Kontrollrates aus dem Jahre 1947;- , in denen klar formuliert ist, daß zur damaligen Zeit und nach den damaligen Begriffen Berlin als Ganzes zur Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gehört. Sie wissen, in dem Vertragsentwurf der DDR vom Dezember 1969 ist der Artikel enthalten, daß sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik Westberlin als eine selbständige politische Einheit betrachten sollten. Das bedeutet ein großes Zugeständnis der DDR gegenüber einem Gebiet, das auf dem Territorium und inmitten der DDR gelegen ist. Aber nur so kann man realistisch an die Entwicklung Westberlins herangehen.

Sie wissen auch, daß die DDR bereits vielfach eindeutig erklärt hat, sie erhebe keinerlei Einwände dagegen, daß Westberlin ökonomische, kulturelle und andere Beziehungen zu anderen Staaten einschließlich der Bundesrepublik unterhält. Aber - und dies ganz unmißverständlich: Militärische Beziehungen Westberlins zur Bundesrepublik wird es nie geben.

Augstein

Ich sprach vom Paktsystem und davon, daß die Bundesrepublik Westberlin gegenüber eine Verpflichtung hat.

Doernberg

Westberlin befindet sich gegenwärtig unter einem Besatzungsregime der USA, Frankreichs und Großbritanniens - eine Realität, von der wir ausgehen. Damit will ich nicht sagen, daß dieser Zustand in alle Ewigkeit so bestehen muß; ich kann mir durchaus eine bessere Lösung im Interesse der Westberliner und auch im Interesse der europäischen Sicherheit vorstellen. Aber, wie gesagt, militärische Beziehungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik wird es nicht geben; das wird weder von uns noch von unseren Verbündeten jemals zugelassen.

Rasch

Ich stimme Herrn Sommer und Herrn Augstein insoweit zu, als die gewachsenen wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu Westberlin auch Realitäten sind. Die Anerkennung der Realitäten DDR und Oder-Neiße-Grenze unterscheiden sich aber insofern von der Anerkennung der Realität Westberlin, als es sich bei den zuerst genannten um einmalige, völkerrechtlich verbindliche Rechtsakte handelt, die von uns vollzogen werden müssen, während im Falle Westberlin die Anerkennung der Realität die dauernde Respektierung der gewachsenen Beziehungen der Bundesrepublik zu Westberlin, insbesondere die dauernde Respektierung des freien Zugangs von und nach Berlin bedeutet.

Das Problem Westberlin ist auch deshalb schwieriger als die Probleme DDR und Oder-Neiße-Grenze, weil der Rechtsstatus von Berlin nicht völlig klar ist. Man spricht heute häufig von der besonderen politischen Einheit Westberlin - ein Begriff, der offenbar andeuten soll, daß niemand diesen Rechtsstatus eindeutig definieren kann; denn eine besondere politische Einheit im Sinne des heutigen Westberlin hat es völkerrechtlich bisher nicht gegeben. Die besondere Schwierigkeit des Westberlin-Problems ist auch darin zu sehen, daß Westberlin vom Territorium der DDR umgeben ist. Zur Zeit gilt für Westberlin bis zu einem gewissen Grade eine Viermächte-, im wesentlichen eine Dreimächte-Verantwortung. Darauf wies Herr Doernberg eben hin, und das ist im Grundsatz kaum umstritten. Auch in der Frage Berlin wäre es also wünschenswert, wenn man den jetzigen Rechtszustand durch neue vertragliche Regelungen weiter befrieden würde. Das könnte vielleicht im Rahmen eines allgemeinen europäischen Sicherheitsabkommens geschehen.

Schuster

Ich möchte noch etwas weitergehen: Die formale völkerrechtliche Anerkennung der DDR kann nicht erfolgen, ohne daß das Berlin-Problem miteinbezogen wird, und zwar aufgrund einer schlichten geographischen Tatsache, die Herr Rasch eben aussprach. Wenn man sagt, Berlin sei eine Insel in der DDR, dann fällt auf, daß diese Insellage in zweierlei Weise gekennzeichnet wird: Von der Sowjetregierung hat man die Formulierung gehört, Berlin liege inmitten der DDR, während man von Seiten Ostberlins immer wieder verlauten ließ, Berlin liege auf dem Territorium der DDR. Um diesen Widerspruch aufzulösen, hat man sich; offenbar in der Weise geholfen, daß die DDR erklärte, Westberlin liege inmitten und auf dem Territorium der DDR. Diese Frage, die keineswegs nur formal ist, muß geklärt werden, bevor die völkerrechtliche Anerkennung der DDR erfolgt; denn sonst weiß niemand, welche Auswirkungen die Anerkennung auf diesen unklaren Zustand haben wird. Hier besteht also ein Zwang, die Dinge zu klären, wenn man es auf beiden Seiten ehrlich meint.

Doernberg

Wenn wir über das Problem der europäischen Sicherheit sprechen, dann muß man davon ausgehen, daß die vorhandenen Unterschiede zwischen der DDR und der Bundesrepublik auch bei gesichertem europäischem Frieden größer sein werden als die aus der gemeinsamen Sprache, gemeinsamen Geschichte und auch aus familiären und anderen Bindungen herrührenden Gemeinsamkeiten. Wir würden uns alle etwas vormachen, wenn wir annähmen, daß die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik enger und freundschaftlicher sein könnten als die zwischen der DDR und der

Volksrepublik Polen oder die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Belgien oder Frankreich. Ob uns das gefällt oder nicht, spielt dabei keine Rolle, die Dinge sind nun einmal so. Die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen mit ihren Wirkungen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens haben zu einer tiefen Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten geführt. Um so wichtiger ist es, daß die Beziehungen zwischen ihnen normalisiert, das heißt auf die Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestellt werden.

Ich stimme Herrn Bender durchaus zu, wenn er sagt, daß die völkerrechtliche Anerkennung der Realitäten nicht das einzige Problem der europäischen Sicherheit ist. Es geht auch um den Abbau dessen, was man als psychologische Kriegführung, als Völkerverhetzung bezeichnet - worüber Herr Kraminow sprach;- , um auch von dieser Seite her Unsicherheitsfaktoren auszuschalten. Ich habe mir eine der letzten Nummern der "Deutschen National- und Soldatenzeitung" angesehen. In dieser Ausgabe, die sehr aktiv in die Landtagswahlen eingegriffen und eindeutig propagiert hat, man müsse die CDU/CSU unterstützen, um eine "Bolschewisierung der Bundesrepublik" zu verhindern, habe ich Ausdrücke gefunden, die mich an die Sprache des berüchtigten nazistischen Progromblattes "Der Stürmer" erinnern. Da ist die Rede vom "Warschauer Verbrecher-Regime", da heißt es in einer Forderung an die USA: "Spuckt auf die Sowjets und macht Euren Kram in Vietnam!" oder: "Mit den Kommunisten kann man durchaus angenehm und höflich sprechen, wenn man die Pistole an ihre Schläfe hält!" oder: "Wollt Ihr den totalen Ausverkauf, dann wählt am 14. Juni die SPD!"

Ich habe dies angeführt, um zu zeigen, daß noch sehr viel getan werden muß, damit eine andere Atmosphäre geschaffen und wenigstens die extremsten Äußerungen der psychologischen Kriegführung verschwinden.

Maté

Herr Grosser sprach davon, wir müßten mehr tun, um einander kennenzulernen. Dem stimme ich zu. Bei unserem Gespräch soll es sich nicht darum handeln zu entscheiden, welches System besser ist: das sozialistische oder das kapitalistische. Wir Journalisten im sozialistischen Osten sind natürlich fest davon überzeugt, daß unser System besser ist. Deshalb sprechen wir von den Vorteilen unseres Systems und auch von den Nachteilen des Systems, das im Westen herrscht. Eine andere Frage ist, wie wir die Politik der westlichen Regierungen und die politischen Ansichten der fortschrittlichen Intellektuellen des Westens betrachten und eventuell kritisieren. Sie haben in vielem sicherlich recht, und wir können weit mehr tun als bisher, um Ihre guten Erfahrungen besser kennenzulernen. Auch die Sicherheitskonferenz würde zum gegenseitigen Verstehen beitragen. Verstehen Sie aber recht: Solange die Radiosender in Westdeutschland, "Free Europe" und andere Sender, Unwahrheiten über uns verbreiten und den Kalten Krieg im Äther noch weiterführen, sind wir gezwungen, dieses zu bekämpfen. Zur europäischen Sicherheit gehört auch, daß man diese Sendungen, die, wie ich weiß, nicht mit westdeutschem Kapital finanziert werden, möglichst einstellt oder daß die Hetzereien gegen die sozialistischen Länder aufhören.

Kogon

Ich knüpfe an die Zitate von Herrn Doernberg aus der "Deutschen National- und Soldatenzeitung" und an die besorgten Äußerungen der Kollegen Kraminow und Maté an. Vor längerer Zeit hat uns eine Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees in der Bundesrepublik besucht, und der Bericht, der darüber in der PRAWDA erschien, trug die Überschrift "Zwei Ströme im Rhein". Sie alle wissen, daß die Bundesrepublik ein Land ist, in dem man sich hart bis an die Grenzen des Erträglichen publizistisch äußern kann. Man kann darüber streiten, ob es uns möglich gewesen wäre, die "Deutsche National- und Soldatenzeitung" rechtzeitig zu verbieten. Keinesfalls ist es uns aber möglich zu verhindern, daß im Bundestag noch so scharfe kritische Äußerungen gegen die Politik der Regierung vorgebracht werden. Ich sehe keine andere Möglichkeit, dem zu begegnen, als darauf zu antworten, Herr Kraminow. Diese Antworten werden sowohl im Parlament als auch außerhalb des Parlamentes gegeben.

Auch ich könnte aus Ihrer Presse sehr scharfe Äußerungen zitieren, nicht nur gegen die Bundesrepublik, sondern auch in dem Sinne, daß es zwischen den beiden Systemen keine Versöhnung geben und keine Kooperation zustande kommen könne. Solche Bemerkungen sind besonders in der letzten Zeit publiziert worden.

Grosser

Dem möchte ich hinzufügen: Ich bin mit Ihnen über die "Deutsche National- und Soldatenzeitung" völlig einig, Herr Doernberg; aber es hat auch im "Neuen Deutschland" Titel zum Beispiel über die Juden in Prag gegeben, die mich zutiefst erschreckt haben.

Jacobus

Sagen Sie bitte exakt, was Sie damit meinen.

Grosser

Im "Neuen Deutschland" stand ein Artikel mit dem Titel "Der Zionismus herrscht in Prag".

Doernberg

Den müssen Sie mir zeigen, einen solchen Artikel des "Neuen Deutschland" gibt es nicht.

Kogon

Ich möchte jetzt über den Punkt sprechen, auf den es mir in der praktischen Politik ankommt. Sie alle wissen, daß die jetzige Regierung der Bundesrepublik einen Kurswechsel in der Außenpolitik begonnen hat und daß sie den ersten Willen hat, diesen Kurswechsel durchzuhalten. Sie ist jedoch in elementaren Schwierigkeiten, und zwar sowohl was ihre Mehrheit im Bundestag hinsichtlich der Abstimmungsverhältnisse auf einem solchen Gebiet, als auch was die psychologische Situation im ganzen Land betrifft. Wir kennen noch nicht die Ursachen des Ausgangs der Landtagswahlen, die man als einen Test für die Außenpolitik der jetzigen Bundesregierung genommen hat. Das ist meines Erachtens übertrieben, aber es ist doch in gewisser Hinsicht bezeichnend, was sich dabei ergab. Unser aller Wille, Interesse und Bemühung ist es nun, der Regierung hier eine bessere, breitere Basis zu schaffen. Das liegt auch im Interesse unserer Partner.

Herr Grass hat seine Besorgnis darüber geäußert, daß nationalistische Strömungen unter dem Eindruck einer behinderten Politik rascher Versöhnung, rascher Vereinbarungen zunehmen könnten. Wir wollen das vermieden wissen. Aber das ist nicht die einzige Konsequenz, die wir befürchten, sondern es besteht auch die Gefahr, daß die abzuschließenden Verträge keine genügend sichere Grundlage besitzen, selbst wenn sie bei schwacher Mehrheit im Parlament völkerrechtlich in Ordnung sind. Die Frage ist übrigens auch, ob sie beim Verfassungsgerichtshof bestritten werden können.

Die jetzige Bundesregierung hat zuerst Kontakte zur Sowjetunion und zu Polen, dann flankierend zur DDR aufgenommen. Anders als es vor zwei Jahren initiiert wurde - wo man den Versuch machte, über Rumänien Kontakte mit dem sozialistischen Lager zu bekommen;- , wurde jetzt eine vollkommen offene Verständigungspolitik ohne machiavellistische Hintergedanken betrieben. Mit der Sowjetunion hat man eine Form gewählt, die ich als einen Hut bezeichnen möchte, unter dem sich mehrere reale Probleme verbergen. Wenn nämlich ein Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ausgehandelt wird, so weiß doch jeder Mensch in der ganzen Welt bis nach Südamerika hin, daß es die Sowjetunion ist, die darin auf etwas verzichtet, und keineswegs die Bundesrepublik, die ja gar nicht in der Lage ist, die Sowjetunion etwa in einen Krieg zu verwickeln oder ihr besonders gefährlich zu werden. Es sind also die realen Probleme unseres gegenseitigen Verhältnisses, die zu regeln sind, und dafür scheint mir der Vertrag doch ein praktikabler Weg zu sein. Den gleichen Weg gehen wir mit Polen.

Wenn diese Verträge also zustande kommen, was wir hoffen, dann ist das in Europa, diplomatisch gesehen, ein zentraler Startbeitrag, um viel weiter zu kommen, nämlich zu einer Sicherheitskonferenz mit inhaltlichen Regelungen, wie es Herr Grosser in seinem Referat ausführte.

Jetzt frage ich Herrn Doernberg und die anderen Kollegen aus der DDR, warum es nicht möglich sein sollte, so schwierig es sein mag, mit der DDR ein ähnliches Verfahren zustande zu bringen. Die DDR besteht heute aus vielen, wie mir scheint, sehr guten Gründen zuerst auf der bedingungslosen formalen Anerkennung und sagt: Erst dann können wir weiterreden. Ich habe aber schon darauf hingewiesen, daß viele Menschen in der Bundesrepublik befürchten, einer solchen Anerkennung, wenn man sie ausspricht, würden dann keine inhaltlichen Sachregelungen folgen. Nun gibt es in dem Vertragsentwurf von Ulbricht den Artikel 6, in dem es heißt: "Die Beziehungen auf Teilgebieten werden gesondert vertraglich vereinbart." Wenn man in Verhandlungen mit der Bundesrepublik im voraus inhaltlich deutlich machen könnte, was damit gemeint ist, und sich gewisse Prinzipien für solche Realeinigungen auf bestimmten Teilgebieten gemeinsam festlegen ließen, dann würde die Basis für die Bundesregierung zweifellos breiter, weil sie in diesem Fall gegenüber der Bevölkerung darauf

hinweisen könnte: Ihr seht ja, daß etwas nachfolgt und es nicht die pure, nutzlose Anerkennung ist, die wir aussprechen.

Ich frage also die Kollegen aus der DDR, ob es eine solche Möglichkeit wirklich nicht gibt. Ich frage es vor allem in Hinblick auf die Perspektive, die Herr Grosser gegeben hat, nämlich weiterzukommen, und zwar nicht allein, um das Verhältnis der zwei deutschen Staaten zueinander in jeder Hinsicht - von der formalen Anerkennung bis zu konkreten Inhalten - zu normalisieren; vielmehr sollte dies ein diplomatisches Beispiel, eine Wegbereitung sein für eine inhaltliche Europäische Sicherheitskonferenz. Denn das, was wir im Westen das deutsche Problem nennen, was Sie das Problem der beiden deutschen Staaten nennen - mit oder ohne die Frage der einheitlichen Nation;- , steht in der Tat im Wege. Ich fürchte, daß wir unter Punkt vier unserer Diskussion nur sehr theoretische Vorschläge machen werden, wenn dieses Hindernis nicht beseitigt wird. Daher ist es angebracht, daß wir gerade über die Frage der beiden deutschen Staaten so ausgiebig sprechen.

Meine Frage ist, hoffe ich, klar, Herr Doernberg. Die Schwierigkeit, in der wir uns jetzt in der Bundesrepublik befinden, ist nach dem Ausgang der Landtagswahlen enorm. Es droht uns die Gefahr, daß wir nicht nur mit der Sowjetunion eine Zeitlang nicht weiterkommen und dann auch nicht mit Polen, sondern schon gar nicht mit der DDR. Und was in der Zwischenzeit geschehen mag, ist offen. Wir sollten aber den Kurs der jetzigen Regierung fortsetzen.

Jacobus

Wollen Sie so verstanden werden, Herr Kogon, daß die Schwierigkeit Ihrer Regierung darin besteht, die Rechtskräfte möglichst nicht zu reizen?

Kogon

Es war meiner Meinung nach ein psychologischer Startfehler unserer Regierung, daß sie bei Beginn der Verhandlungen gemeint hat, sie könne die mehr oder minder weit nach rechts reichenden oder die mehr oder minder reaktionären Kräfte allmählich bannen beziehungsweise dazu bringen, daß sie nicht offen auftreten. Sie hat, wie mir scheint, leider das Gegenteil erreicht; es ist massiv angegriffen worden, unter wirklicher Entstellung der Absichten der Regierung und ihrer praktischen Politik. Jetzt befindet sich die Regierung und die Koalition in der Schwierigkeit, daß sie im Augenblick nicht abschätzen kann, wie sie die Dinge im Parlament durchbringen soll. Daher muß es die Kunst aller sein, die am Frieden interessiert sind, in Zusammenarbeit auf das gemeinsame Ziel hin - zu dem wir in Etappen gelangen müssen; denn wir können es nicht direkt erreichen - positiv zu wirken und nicht neue und vor allem nicht theoretische Hindernisse aufzubauen. Ich würde zum Beispiel das Problem, welche Bedeutung heutzutage die Nation hat, ob es jetzt zwei Nationen gibt und dergleichen mehr, für die unmittelbar notwendigen Lösungen nicht mehr ins Feld führen.

Kuczynski

Ich bin darauf eingegangen, weil Herr Grass und Herr Sommer meinten, die nationale Frage sei ein Hindernis für die völkerrechtliche Anerkennung, und dem stimme ich keineswegs zu.

Kogon

Man kann dieses Problem in den konkreten Verhandlungen miterwähnen und miterörtern; nur meine ich: nicht mehr in unserer Diskussion!

Kuczynski

Einverstanden.

Kogon

Wenn sich aus diesem Gespräch etwa die Übereinstimmung ergäbe, einen pragmatischen und nicht nur den Prinzipienweg zu gehen - durchaus unter Erklärung von Prinzipien, Herr Doernberg;- , dann wäre das für die öffentliche Meinungsbildung bei uns ein realer, für die praktische Politik nützlicher Weg.

Gräfin Dönhoff

Es wurde eingangs darauf hingewiesen, daß wir keine offiziellen Delegationen unserer Regierungen sind und daß wir nicht für diese Regierungen sprechen; aber wir sollten unsere Bescheidenheit und

unseren Individualismus nicht so weit treiben, daß wir von dem was unsere Regierungen sagen, auch keine Kenntnis nehmen.

Auf dem Tisch liegt zweierlei: Das eine ist der Brief des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 17. Dezember 1969 an Bundespräsident Heinemann. Das andere sind die zwanzig Punkte, die Bundeskanzler Brandt in Kassel vorgelegt hat. Die zwanzig Punkte bringen zunächst generell zum Ausdruck, daß wir unsere Beziehungen auf der Grundlage der Menschenrechte, der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung regeln müssen. Nach dieser generellen Feststellung werden dann ganz konkrete Vorschläge gemacht, nämlich: Laßt uns Bevollmächtigte ernennen; laßt uns über konkrete Fragen wie Verkehr, Wissenschaft, Erziehung, Informationsaustausch und so weiter reden.

Ich habe nun heute und auch sonst häufig den Eindruck gewonnen, daß man in der DDR der Meinung ist, mit der Anerkennung sei die deutsche Frage sozusagen gelöst. Das ist nicht unsere Auffassung. Es entspricht auch nicht unserer Auffassung, Herr Doernberg, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR besser sein müßten als etwa die Beziehungen zwischen uns und anderen Staaten, sondern wir wollen nur, daß unsere Beziehungen zueinander normal werden. Um sie aber aus der Unternormalität auf ein normales Niveau zu bringen, müssen eine ganze Reihe von Dingen geschehen, und zwar zunächst kleine Schritte, die jeweils so weit tragen, wie es gerade nötig ist.

Nun meine Frage, um deren Beantwortung ich wirklich sehr herzlich bitte: Angenommen, es würde morgen die optimale Anerkennung in der Form, in der Sie sie erstreben, erfolgen: welches wären die Schritte zur Normalisierung, die Sie daraufhin ergreifen würden? Würde man die Polemik einschränken? Würde es mehr Kontakte geben? Würde man Möglichkeiten zur Information erhalten, damit uns Herr Grosser nicht mehr vorwerfen kann, daß wir zu wenig über die DDR berichten, was zur Zeit unmöglich ist, weil unsere Korrespondenten nicht dorthin reisen können? Würden solche Folgen am nächsten Tag eintreten? Würden also die kleinen Schritte, die wir zuvor tun möchten, wenigstens hinterherkommen?

Kuczynski

Wenn die DDR völkerrechtlich anerkannt worden ist, dann besteht selbstverständlich von beiden Seiten aus die Möglichkeit, zu einer ganzen Reihe von Regelungen dieser und jener Art zu kommen. Wir sehen nur die völkerrechtliche Anerkennung als selbstverständliche Voraussetzung an, um dann zu allen möglichen Vereinbarungen - beide Seiten haben sicher zahlreiche Wünsche - zu kommen.

Gräfin Dönhoff

Mit dieser Antwort kann ich mich leider nicht zufrieden geben. Möglichkeiten und Wünsche sind kein Programm. Ich möchte gern wissen, was dann wirklich geschieht. Welche Maßnahmen werden ergriffen? Nicht Wünsche, Möglichkeiten und Hoffnungen.

Poljanow

Eine Frage von Herrn Kraminow ist noch nicht beantwortet worden; er bat zu erklären, warum es Unterschiede gibt zwischen allgemeinen Deklarationen über die friedlichen Absichten der Bundesrepublik einerseits und einem sehr schwachen Willen, die allgemeinen Erklärungen durch praktische Taten zu ergänzen und zu verwirklichen andererseits. Dabei wies er auf den Druck hin, den die Bundesrepublik auf Staaten ausübt, die Beziehungen zur DDR aufnehmen wollen, sowie auf den Versuch der Bundesrepublik, die DDR von der Weltgesundheitsorganisation fernzuhalten.

Schuster

Ich bin hier zwar nicht Sprecher der Bundesregierung, möchte Herrn Kraminow jedoch sagen, daß er Bundeskanzler Brandt Unrecht tut, wenn er ihm unterstellt, er wolle im Gegensatz zu seinen Worten eine Politik der Isolierung der DDR betreiben. Es gibt viele Anzeichen für eine entscheidende Wendung unserer Ostpolitik in den letzten Jahren, und ich bin davon überzeugt, daß es Brandt nicht um die Isolierung der DDR geht, sondern daß er eine Normalisierung sowohl im formalen als auch im substantiellen Sinne wünscht. Im Zuge einer solchen Normalisierung im weitesten Sinne werden dann sicher auch die letzten Restbestände der Hallstein-Doktrin beseitigt, die heute noch vorhanden sind.

Nun fragen sich viele gutwillige Menschen in der Bundesrepublik, warum denn die DDR-Regierung nicht auch ihrerseits bestimmte überholte Dinge fallenläßt und uns ein paar Schritte entgegenkommt. Es löst bei uns eine gewisse Beunruhigung aus, daß jetzt von Seiten der DDR sozusagen eine

umgekehrte Hallstein-Doktrin entwickelt wird, etwas, das zu Adenauers Zeiten nie bestanden hat. Aber seit von unserer Seite eine Politik des Entgegenkommens, eine offene Ostpolitik betrieben wird, kann man aus der DDR die Forderung hören, es dürften zwischen Bonn und einem Ostblock-Staat nur dann Beziehungen aufgenommen werden, wenn der formale Akt der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR erfolgt sei. Das nenne ich eine umgekehrte Hallstein-Doktrin. Bonn hat sie aufgegeben; in Ostberlin wird eine neue Doktrin als ein neues Hindernis errichtet.

Die Regierung Brandt hat auch, im Gegensatz zu früheren Regierungen der Bundesrepublik, den juristischen Alleinvertretungsanspruch im Sinne von Konrad Adenauer, daß die DDR kein freier Staat sei und die freie Bundesrepublik für die Menschen dort mitzusprechen habe, eindeutig aufgegeben, wie man in den zwanzig Punkten nachlesen kann. Das ist eine entscheidende Wendung. Dagegen habe ich mit Interesse vernommen, daß es offensichtlich Ansätze gibt, einen Alleinvertretungsanspruch der DDR in bezug auf die Deutsche Nation zu konstruieren, während es auf seiten der Bundesrepublik allenfalls noch eine Art "Restnation" gebe. Ich will dies nicht zu ernst nehmen, aber viele Leute fragen sich, wie es kommt, daß sich nicht beide Seiten entgegenkommen, sondern daß der eine ständig ein paar Schritte vorwärts geht, während der andere seine Forderungen immer mehr verschärft. Das ist für die Bundesrepublik ein schwieriges innenpolitisches Problem.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der formalen Anerkennung müßte also eine substantielle Normalisierung stehen, wie sie Gräfin Dönhoff erwähnt hat. Es müßte zum Beispiel eine gewisse Freizügigkeit gewährt werden, wie sie unter normalen Staaten sinnvoll und üblich ist. Ebenfalls muß die Berlin-Frage befriedigend geregelt werden, worauf ich vorhin bereits hingewiesen habe.

Grass

Wir sprechen immer noch von der Anerkennung der Realitäten. Ich will jetzt einmal nicht von den Grenzen reden, sondern auf Belastungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten hinweisen. Darin besteht das Miterbe und die Mitlast für beide Staaten, und es ist ihre Verpflichtung, diese Hypothesen abzutragen, wenn auch entsprechend ihren Gesellschaftssystemen auf unterschiedliche Weise.

Man verstehe mich nicht falsch! Ich möchte nicht die schmutzige Wäsche aus den fünfziger und sechziger Jahren waschen und den alten Adenauer wieder zum Leben erwecken. Ich will auch nicht an die Zeiten Stalins erinnern; denn alles das führt uns in der Sache nicht weiter. Aber wie schwer tun sich beide deutschen Staaten mit der Bewältigung jener Zeit. Das kommt nicht von ungefähr. Um ein Beispiel zu nennen: Man vergleiche das Bild der Nationalen Volksarmee der DDR mit dem der anderen sozialistischen Armeen. Bei kritischer Beobachtung läßt sich rasch feststellen, daß sich innerhalb der Volksarmee neben ihrem sozialistischen Überbau preußische Traditionen erneuert haben, die in Deutschland nicht gerade guten Angedenkens sind und die auf die Nachbarvölker der DDR - nicht nur im Westen, sondern auch im Osten - keinen guten Eindruck machen. Auch das ist ein Problem, das seitens der DDR gelöst werden muß, wobei ich noch einmal betone, daß ich dies keineswegs polemisch meine.

Wir in der Bundesrepublik müssen unsererseits mit den Überresten des Nationalsozialismus fertig werden. Herr Kraminow hat darauf hingewiesen, daß gelegentlich solche Töne in unserem Parlament laut werden. Aber es ist auch eine Realität, die anerkannt werden muß: Im Gegensatz zu Ihrem Gesellschaftssystem werden die Konflikte bei uns hart ausgetragen, und wir gehen nun einmal davon aus - das mögen Sie für falsch halten;- , daß zur Toleranz auch die Tolerierung der Andersdenkenden gehört. Was die "Deutsche National- und Soldatenzeitung" betrifft, so ist für mich da die Grenze erreicht, und ich wäre für ein Verbot. Es hat Leute gegeben, die für ein solches Verbot eingetreten sind, und man wird es auch weiterhin versuchen. Ich bin andererseits Gegner eines NPD-Verbots, weil ich der Meinung bin, diese Partei muß auf offenem Felde geschlagen werden, sonst bekommt sie eine Märtyrerrolle zugewiesen.

Auch ich möchte sagen, daß die in der Bundesrepublik heute bestehende Unklarheit über den Fortgang der neuen Ost- und Deutschlandpolitik die Menschen verunsichert. Das sind nicht etwa neue Nazis, sondern Menschen, die den Wunsch haben, es möge jetzt von Seiten der DDR etwas Sichtbares auf uns zukommen, damit auch in der Bundesrepublik Vertrauen in die neue Ostpolitik gewonnen werden kann. Daß Willy Brandt mit dem Angebot der zwanzig Punkte nach Kassel kam und nichts Konkretes als Antwort mit nach Hause nehmen konnte, hat eine direkte Wirkung auf den Ausgang der Wahlen in den drei Bundesländern gehabt. Es hat der Friedens- und Entspannungspolitik in Mitteleuropa nicht gedient. Damit wurde nur denjenigen geholfen, die Sie zu Recht kritisieren. Strauß wartet ja nur darauf, daß die Verständigungsbemühungen scheitern.

Hahn

In der Diskussion wurde mehrfach behauptet, bei der Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik handle es sich um juristischen Formelkram. In Wirklichkeit geht es jedoch um ein positives Konzept, das sich auch in politischen Aktionen manifestiert. Denn es reicht nicht aus, Realitäten nur zu erkennen, sondern es besteht vor allem die Verpflichtung, sie auch anzuerkennen. Diese zunächst verbale Unterscheidung ist in substantiellen politischen Fragen von großer Bedeutung.

Herr Bertsch hat bereits darauf hingewiesen, daß diese Anerkennung kein einseitiger Akt ist. Sie schließt die Verpflichtung zur Achtung jener Prinzipien in den internationalen Beziehungen ein, die aus dem Ausgang des Krieges in der Charta der Vereinten Nationen als Wunsch der Völker gesetzt worden sind. Die Existenz, die Wirksamkeit und die Gültigkeit dieser Prinzipien bestreitet wohl niemand in diesem Kreise. Wenn wir auf der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung bestehen und sie in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen, so ist dies ein notwendiger Schritt, um auch die Politik der, sagen wir, "bestimmten Unbestimmtheiten" zu beseitigen, die einem in manchen politischen Erklärungen von westdeutscher Seite als Position immer wieder entgegengehalten wird.

Es gibt beträchtliche Unterschiede in der Situation der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, sowie zwischen der UdSSR und der BRD. Das Verhältnis der Bundesrepublik zur UdSSR ist in mancher Hinsicht einfacher: Beide Staaten haben normale gleichberechtigte Beziehungen, das heißt, es besteht völlige Klarheit über die Ausgangssituation. In den Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik fehlt jedoch diese klare Ausgangsposition. Es geht bei der Anerkennung folglich nicht um eine Frage des Prestiges, sondern um ein substantielles Problem. Wir können keine Situation dulden, in der der territoriale Status quo in irgendeiner Form offengehalten wird. Daher impliziert unsere Forderung nach Anerkennung die völkerrechtliche, *expressis verbis* ausgedrückte Verpflichtung beider Seiten, den territorialen Status quo zu wahren und auch die anderen Prinzipien, die gleichberechtigten Beziehungen zugrunde liegen, zu respektieren.

Herr Kogon hat dargestellt, daß die Lage der jetzigen Bundesregierung kompliziert sei. Das ist sicherlich richtig, enthebt uns aber nicht der Verantwortung, uns deutlich von den neofaschistischen und nationalistischen Forderungen abzugrenzen, die in der Bundesrepublik erhoben werden. Es wäre sicher leichter für die Bundesregierung, wenn sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR vollziehen würde, denn man bekämpft nationalistische Strömungen nicht wirkungsvoll, indem man sie toleriert.

Ich frage Sie also, warum die Bundesrepublik und die DDR Dinge nicht tun sollen, die beiden Staaten keine anderen Verpflichtungen auferlegen, als sie auch andere Staaten in ihren internationalen Beziehungen zu tragen haben. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen hat aber nichts mit der Nation-Frage zu tun. Das Völkerrecht regelt die Prinzipien zwischen Staaten, die existieren wie die DDR und die Bundesrepublik. Diese Prinzipien allerdings sind auch nicht in der Gesamtheit der zwanzig Punkte, die Herr Brandt bei dem Gespräch in Kassel auf den Tisch legte, eindeutig geklärt.

Es wurde gefragt, was denn nach vollzogener Anerkennung von selten der DDR erfolgen würde. Die verschiedensten Schritte müßten auf den Gebieten der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit getan werden, wie sie zwischen Staaten üblich sind, die sich gegenseitig als Völkerrechtssubjekte, als Partner im internationalen Verkehr respektieren. Solche Fragen, die auch wir sicherlich in großer Anzahl aufzuwerfen haben, sollten Gegenstand der Verhandlungen sein.

Herr Grass sprach von der Schuld, die beide deutschen Staaten abzutragen haben. Hier gibt es Probleme, die sicherlich ein jeder für sich zu verantworten hat, nämlich wie man sich zu den Entwicklungen stellt, die historisch zu den Nachkriegsereignissen und -resultaten geführt haben. Zugleich müßten aber auch die Kriterien sichtbar gemacht werden, an denen nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Entstehen der Bundesrepublik die Politik ausgerichtet wurde. Eine genaue Prüfung der Fakten würde zeigen, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik jedenfalls eine Verwirklichung der Prinzipien erreicht haben, die sowohl im Potsdamer Abkommen als auch in den anderen Dokumenten der Antihitler-Koalition vereinbart worden sind. Wir haben sie als Demokratisierung, als antifaschistisch-demokratische Entwicklung und als Liquidierung der Wurzeln jener Entwicklung charakterisiert, die zur fürchterlichen Katastrophe des Krieges geführt hat. Diese Prinzipien sind völkerrechtlich verbindlich niedergelegt.

So, Herr Grass, und nicht unter dem Gesichtspunkt der militärischen Uniform, ist das Problem zu behandeln.

Jacobus

Ich hatte das Glück, aufgrund der Vorbilder, die ich fand, immer auf der Seite der Antifaschisten stehen zu dürfen, und Hunderttausende meiner Landsleute sind im Sinne derer erzogen, die hier in Leningrad den Sozialismus gegen den deutschen Faschismus verteidigten. Die völkerrechtliche Anerkennung eines sozialistischen Staates deutscher Nation, Herr Bender, oder auch eines deutschen sozialistischen Staates, wie immer Sie es nennen mögen, ist eine Sache, die dem Frieden in Europa durchaus Rechnung trägt. Auch das Zurückdrängen jener Kräfte, die in der Bundesrepublik bereits bis zum Äußersten gehen, wie ich es in Kassel selbst erleben mußte, und die vielen hier - aus welchem deutschen Staat sie auch kommen - auf unterschiedliche Weise Sorge bereiten, ist ebenfalls eine Frage der Sicherheit Europas. Der letzte Weltkrieg wurde ja nicht von Monaco oder irgendwelchen mystischen Kräften ausgelöst, sondern von einer ganz bestimmten Machtkonstellation. Und eine solche Machtkonstellation mit allen ihren politischen Auswirkungen hat sich in den letzten zwanzig Jahren nicht in der DDR, sondern in dem anderen deutschen Staat erneut gezeigt. Nicht wir beziehen uns auf Herrn Adenauer, sondern der gegenwärtige Bundeskanzler hat ihn jüngst zitiert. Wir haben uns darüber gewundert und haben es registriert. Wenn man gewisse persönliche Erfahrungen mit den Nazis machen mußte, dann ist es schwer, ruhig zu bleiben, wenn man feststellt, daß dies irgendwo verniedlicht wird; aber auch - in positivem Sinne - wenn man sieht, wie andere sich darum sorgen.

Wenn wir uns also um den Frieden in Europa sorgen, dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie man eine politische Situation bewältigt, aus der die NPD ja nur wie die Spitze eines Eisberges - eine sehr schmutzige Spitze - herausragt. Sie können mich berichtigen, aber ich habe den Eindruck, viele Leute in der Bundesrepublik sagen sich: Warum die NPD wählen, gehen wir lieber gleich zu Herrn Strauß! Derlei Einschätzungen konnte man auch in mancher Ihrer Zeitungen lesen.

Es wäre also einfältig zu sagen: Die NPD, das ist die Bundesrepublik. Es wäre auch einfältig zu sagen: Die CDU, das ist die Bundesrepublik. Nicht mehr einfältig ist es aber zu fragen, wie man zu seinem Nachbarstaat steht - da muß man darauf achten, wer sich mit wem zusammenfindet. In Kassel bekam ich ein Flugblatt in die Hand: "Die Ostpreußen an ihre Staatsführung". Darin wird davon gesprochen, ehrwürdige Begriffe wie Nation würden aufgehoben, wenn nicht Ost- und Westpreußen, Pommern, die östliche Mark und Schlesien wieder zu Deutschland gehörten. Es wird in dem Flugblatt gesagt, der heilige Begriff der Nation würde ausgehöhlt, wenn die Werra eine völkerrechtliche Grenze werde. Man könnte auch die Elbe nennen. Ich kann begreifen, daß die Landsmannschaft diese Grenzen nicht anerkennen will; es ist aber schwer zu verstehen - und hier treffe ich mich mit der Frage meines Kollegen Kraminow;- warum die gegenwärtige Bundesregierung, die doch vorgibt, eine neue Ostpolitik zu machen, ebenfalls nicht völkerrechtlich anerkennen will und dieser Landsmannschaft gleichzeitig ein Grußschreiben schickt. Sie mögen das als Äußerlichkeiten bezeichnen; was ist ein Grußschreiben, könnte man sagen. Aber es ist Ausdruck einer bestimmten Politik, von einem Grundsatz nicht abzuweichen.

Herr Ahlers sagte in Kassel zu mir: Gegen Herrn Thadden habe man keine Handhabe; denn der habe lediglich gesagt, man müßte Herrn Stoph einsperren. Daß die Fahne der DDR heruntergerissen wurde, gilt in der Bundesrepublik als Sachbeschädigung, nicht als Beschädigung des Symbols eines fremden Staates. Ich weiß nicht, als was es gegolten hätte, wenn unter den gleichen Umständen eine Fahne der USA heruntergerissen worden wäre.

Man hat keine Handhabe gegen dieses und jenes, man ist eben elastisch. Wir wünschten der Bundesrepublik die Art von Elastizität, die es erlaubt, diese gegen die Bundesregierung und auch noch gegen ganz andere Leute gerichteten Erscheinungen zu beseitigen. Damit würde man sicher viele Menschen hinter sich beringen, die man jetzt noch vor sich hat. Vielleicht hat Herr Grass recht, wenn er meint, man könne die NPD nicht verbieten, weil damit nichts erreicht werde. Das kann ich nicht beurteilen. Wenn man sie jedoch in offener Feldschlacht schlägt, wie Herr Grass es ausdrückt: Wohin schlägt man sie dann? Könnte es sein, daß man sie in die Reihen einer anderen Partei schlägt? Könnte es sein, daß man aus der Angst, man helfe Strauß, wenn man Brandts Ostpolitik kritisiert, alles das kritiklos hinnimmt, was nach wie vor gegen den sozialistischen deutschen Staat organisiert wird?

Die DDR soll sich wohlverhalten; sie soll dies tun und jenes lassen. Vorhin glaubte ich von Herrn Grass sogar zu hören, sie solle den Charakter ihrer sozialistischen Armee ändern, die sich auf Traditionen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie der internationalen Brigaden in Spanien beruft. Gleichzeitig sehen wir jedoch die Situation in der Bundesrepublik, wo man einerseits die Rechtskräfte streichelt, damit sie nicht zu stark werden, und wo man andererseits mit uns gemeinsam voller Sorge beobachtet, daß sie dennoch stärker werden. Dabei zeigen uns die historischen Erfahrungen, daß die These, die Linke fordere die Rechte heraus, falsch ist.

Wenn die Kräfte der Demokratie resolut das durchführen würden, was in Potsdam als Grundlage für eine friedliche Nachkriegsordnung festgelegt worden ist, brauchte Herr Grass gar nicht darüber zu rätseln, ob man die NPD verbieten solle oder nicht - solche Parteien und Zeitungen gäbe es dann einfach nicht, weil sie dem Potsdamer Abkommen widersprechen.

Herr Grosser sagte einleitend, es gebe Deutschland gegenüber eine Unsicherheit; die Deutschen liebten aber den Frieden. Ich frage Sie: Lieben "die" Deutschen den Frieden? Sollte man nicht besser sagen: Es gibt sehr viele Deutsche, die den Frieden lieben? Schon einmal ist ein Krieg von Deutschland ausgegangen trotz vieler Deutschen, die auch damals den Frieden liebten. Sollen wir denn die Geschichte völlig vergessen und nur über das Jahr 1970 reden? Sollte man es nicht eher aus der Sicht der Geschichte sehen, die doch sehr hart war?

Die Unsicherheit besteht nicht gegenüber Deutschland. Ich komme in manchem Land herum, und man fragt mich: Woher kommst Du? Aus welchem Deutschland - West oder Ost? Viele einfache Menschen - Sie können natürlich Gegenbeispiele anführen - sagen: Die Machtkonstellation, die uns den Krieg gebracht hat, der Tausende von Städten und Dörfern zerstörte, habt Ihr in der DDR nicht. Sie können das nicht abstreiten; die DDR bedroht niemanden. Was uns aber bedroht und besorgt - das ist keine Frage der Angst, sondern der Sorge;- ist, daß die Grenze eines souveränen Staates, mit welchen Redensarten immer - ich denke an das Flugblatt;- nicht anerkannt wird.

Man erwartet von uns, wir sollten akzeptieren, daß die zwanzig Punkte des Bundeskanzlers Willy Brandt eine reale Basis seien. Wenn wir uns wohlverhalten, dann könnte vielleicht als ein Punkt 21 oder 21 b die völkerrechtliche Anerkennung der DDR folgen. Ich bin in Erfurt und in Kassel gewesen; in Erfurt sagte der Bundeskanzler, um seine Politik zu deklarieren: Keiner dürfe für den anderen auftreten, keiner dürfe sich in die Angelegenheiten des anderen einmischen. Um das zu unterstreichen, meinte hier Herr Schuster, die Hallstein-Doktrin sei fallengelassen worden. Nun gut! Wir gingen aus Erfurt fort und dachten, jetzt wird es weitergehen; denn der Kanzler hat ja sein Credo abgegeben. Dann aber hat er Herrn Schnippenkötter in Genf angewiesen, gegen die Aufnahme der DDR in die UNO-Wirtschaftskommission für Europa zu sprechen und der DDR ihren Staatscharakter abzuspochen. So verhalten sich die Worte zu den Taten!

Außerdem gab die Bundesregierung den Auftrag, auch in der Weltgesundheitsorganisation gegen eine Aufnahme der DDR zu stimmen mit dem Argument, wir sollten zunächst zusammen mit der Bundesrepublik eine innerdeutsche Gesundheitsorganisation bilden. Lassen wir beiseite, daß die Gesundheitspolitik der DDR grundsätzlich eine ganz andere ist als die der Bundesrepublik: Im Gesundheitswesen hätte man es gern "innerdeutsch"; aber die Sache mit den Nazis in Westdeutschland, da soll sich niemand darum kümmern, wie? Kurz vor der Konferenz in Kassel bedauerte die Bundesregierung, daß Algerien und die DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Sieht so die Verwirklichung der Forderung des Bundeskanzlers aus, daß sich der eine nicht in die Angelegenheiten des anderen einmischen solle?

Die DDR ist ein Staat, ob einem das nun gefällt oder nicht. Wir sind mit unseren Freunden in den sozialistischen Ländern eng verbunden - desgleichen unsere Armee -; denen gefällt unser Staat. Uns gefällt die Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht nicht. Aber wir haben Sympathie mit manchem ihrer Bürger. Wir haben auch gemeinsame Antipathien. Die gegenseitige Anerkennung der Staaten aber ist eine Selbstverständlichkeit.

Wenn von Hypotheken die Rede ist, die abzutragen seien, dann sind es solche, die sich letztlich gegen den sozialistischen deutschen Staat richten. Es muß dafür gesorgt werden, daß durch bestimmte Sicherheitsgarantien nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen kann. Die Sicherheit Europas ist nicht durch eine Mystifikation belastet, sondern dadurch, daß es in Europa unter anderen immer noch einen Staat gibt, der die Grenzen nicht aller Staaten als souverän anerkennt. Das ist in unseren Augen eine Belastung; sie macht uns keine Furcht, aber sie macht uns Sorge.

Altmann

Die ausgezeichnete Rede, die Herr Jacobus gehalten hat, erinnerte mich an das Plädoyer eines Staatsanwalts, der uns, die wir hier aus der Bundesrepublik kommen, in die Rolle eines Angeklagten versetzen möchte, den man seiner bösen Taten überführt. Ich bin der Auffassung, daß solche Anklagereden wenig Sinn haben, wenn wir die Frage beantworten wollen, ob es Wege zur europäischen Zusammenarbeit gibt. Die Deutschen beider Staaten können sich hier nicht in einer Diskussion zusammensetzen wie die Ideologen des Mittelalters - die einen stehen bei der Reformation, die anderen bei der Gegenreformation, es kommt das Sündenbekenntnis, es kommt das Glaubensbekenntnis, es kommt die Verbrennung der Ketzler.

Jacobus

Das sind doch alles Phrasen!

Altmann

Wir müssen vielmehr versuchen, die deutsche Frage, so schwierig sie bei den bestehenden Gegensätzen auch sein mag, in die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit einzubetten.

Wenn ich nun selber der Meinung bin, daß die Frage der Anerkennung zwischen der DDR und der Bundesrepublik gelöst werden muß, dann doch wohl in dem Sinne, daß in diesem kleinen Raum Europa die Grenzen eher abgeschwächt als stärker betont werden müssen. Ohne die engere Zusammenarbeit beider deutschen Staaten im europäischen Rahmen dürfte ein solcher Weg nur schwer gefunden werden.

Wenn unser Thema Europäische Zusammenarbeit, Sicherheit, Austausch von Informationen, wirtschaftliche Kooperation lautet, dann sollten wir uns darüber im klaren sein, daß dies nicht möglich ist, wenn sich die beiden deutschen Teilstaaten vorbehalten, möglichst wenig Zusammenarbeit zu leisten. Wir müssen vielmehr davon ausgehen, daß die Deutschen, gerade in der Erinnerung an ihre Geschichte, im Interesse einer europäischen Entwicklung möglichst viel zusammenarbeiten sollten.

Es ist dem Horizont dieser Veranstaltung nicht angemessen, daß wir ständig in Form von Dogmen, Anklagen und Verdächtigungen miteinander diskutieren. Wir müssen einen Schritt weiterkommen. Wir sollten einmal versuchen, die konkreten Möglichkeiten zu prüfen, die die Deutschen in einer europäischen Zusammenarbeit haben. Es ist dabei von sekundärer Bedeutung, wer den ersten Schritt tut. Wenn Sie sagen: Bedingung einer Zusammenarbeit sei die Anerkennung, dann müssen wir dem zustimmen, aber zugleich fragen: Was kommt dann?-, und zwar im Sinne einer weiteren Entwicklung, einer Perspektive, nicht im Sinne eines Pokerspiels. Wir wollen hier nicht den Streit der Deutschen untereinander austragen, sondern die Frage einer größeren europäischen Zusammenarbeit beantworten. Es wird wesentlich davon abhängen, wie die Deutschen miteinander kooperieren, wenn es Europa gelingen soll, wieder eine größere Einheit im Sinne der modernen Welt zu werden.

Sommer

Wir sollten uns hier in der Tat nicht auf das Niveau der platten Agitation einlassen, denn wir kommen nicht weiter wenn wir endlos in den alten Mottenkisten wühlen und uns gegenseitig Dinge an den Kopf werfen, die doch lediglich Fiktionen sind. So haben wir hier eben Fragen gehört, die ich als Verunglimpfung betrachte: "Lieben denn, die Deutschen den Frieden?" Ja, wir lieben ihn wahrhaftig, obwohl wir in Westdeutschland leben. Nach dem Erfurter Treffen sind in diesem Sinne abträgliche Artikel im "Neuen Deutschland" erschienen. Der Bundeskanzler sah sich daraufhin nicht in der Lage, eine Politik voranzutreiben, wie er es sich wünschte und wie er es vielleicht gekonnt hätte.

Lassen Sie uns meinetwegen über die NPD sprechen. Ich will sie nicht verniedlichen; das hat mir immer ferngelegen. Man muß sie aber auch in der Größenordnung betrachten, die sie wirklich darstellt. Da muß man erwähnen, wie miserabel sie, Gott sei Dank, in den jetzigen Landtagswahlen abgeschnitten hat. Herr Grass hat ganz recht, wir sind mit diesem Gift auf unsere parlamentarisch-demokratische Weise so gut wie fertig geworden. Es ist töricht, uns einerseits nahezulegen, die NPD zu verbieten, andererseits aber im gleichen Atemzug zu sagen, ein derartiges Denkpotehtial erstrecke sich bis weit in die CDU hinein. Verlangen Sie denn von uns, daß wir auch die CDU verbieten? Das ist in unserem System nun einmal nicht möglich.

Wann immer hier das Potsdamer Abkommen erwähnt wird, habe ich den Eindruck, seine Verwirklichung in der Bundesrepublik hieße die Einführung von Zuständen, die mit denen in der Deutschen Demokratischen Republik identisch wären. Das kann doch nicht die Absicht derer gewesen sein, die dieses Abkommen damals geschlossen haben!

Doernberg

Halten Sie das nicht für Agitation, wie Sie jetzt argumentieren, Herr Sommer?

Sommer

Ich kehre gleich zur sachlichen Debatte zurück.

Es ist mir durchaus nicht recht gewesen, daß unsere Regierung sich nicht in der Lage gesehen hat, den Aufnahmeantrag der DDR in die Weltgesundheitsorganisation und bei den Verhandlungen in der ECE zu unterstützen.

Bender

Es ist hier der Eindruck entstanden, als würden die Zweifel und Widerstände gegen eine Völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausschließlich von den Kreisen in der Bundesrepublik getragen, die man als neofaschistisch oder als der NPD zugehörig bezeichnen kann. Die Zweifel, darauf wurde bereits hingewiesen, kommen aber zu einem erheblichen Teil von Leuten, die nichts mit Nazismus und dergleichen zu tun haben, sondern die sich fragen, ob eine Anerkennung der DDR wirklich der richtige Weg ist, auf dem wir eine Regelung zwischen den beiden deutschen Staaten für irgendeine deutsche Zukunft finden können. Ich stehe zwar auf dem Standpunkt, daß diese Zweifel unbegründet sind, aber ich muß diejenigen, die so fragen, in Schutz nehmen. Der hauptsächliche Widerstand ist mit der Frage verknüpft, die Gräfin Dönhoff vorhin stellte. Was wird aus der Anerkennung? Ist sie wirklich die Chance, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in einer vernünftigen Weise zu regeln und zu normalisieren? Die Enttäuschung derjenigen, die eine Anerkennung der DDR für nötig halten, resultiert aus der Tatsache, daß von seiten der DDR überhaupt kein Zeichen gegeben wird, das uns auch nur eine geringe Erwartung erlaubte, es werde sich daraufhin etwas Positives entwickeln. Wir hören nur allgemeine Reden darüber, worauf es wahrscheinlich hinauslaufen werde.

Jacobus

Was sollen wir als Honorar dafür bezahlen, daß seitens der Bundesregierung etwas Notwendiges nachvollzogen wird?

Bender

Sie sollen gar nichts honorieren.

Jacobus

Die Bundesregierung soll etwas Notwendiges nachvollziehen, darum geht es. Und dafür wollen Sie offenbar eine Bezahlung haben!

Bender

Es geht nicht um eine Bezahlung, sondern darum, ob die erfolgte Anerkennung tatsächlich die Basis für eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen sein kann. Die Schwierigkeiten, die der Bundesregierung daraus entstehen, sind so groß, daß diese Politik, von der wir hier vielleicht sogar in ziemlicher Übereinstimmung die Empfindung haben, sie gehe in die richtige Richtung, zu Fall gebracht werden kann, wenn nicht von der anderen Seite in irgendeiner Form eine positive Reaktion kommt. Und dann hätten wir am Ende nicht etwa die erwünschte friedliche und konstruktive Zusammenarbeit, sondern eine andere, nämlich die stillschweigende Zusammenarbeit derjenigen, die auf beiden Seiten den Standpunkt des "Alles oder Nichts" vertreten; und wir würden mit dem Ergebnis enden, eine Chance verpaßt zu haben.

Rubinski

Ihre Logik, Herr Bender, und die einiger anderer Herren ist gewissermaßen so: Wenn die Bundesrepublik Zugeständnisse an die sozialistischen Länder macht, müssen diese in den Augen der westdeutschen Bevölkerung irgendwie gerechtfertigt werden; daraus resultiere die Notwendigkeit der Gegenseitigkeit und so weiter. Sie geben zu, daß die Anerkennung der DDR unvermeidlich ist, betonen jedoch, daß Sie befürchten, die jetzige Politik werde in den Augen der westdeutschen Öffentlichkeit in Mißkredit geraten, wenn sie nicht entsprechend von der anderen Seite honoriert wird. Ähnliche Überlegungen ziehen sich wie ein roter Faden durch fast alle Beiträge der Vertreter aus der Bundesrepublik hindurch.

Das Vorhandensein einer unerbittlich gestimmten Opposition im eigenen Lande galt natürlich immer schon als ein nützliches Mittel, um auf den Partner am Verhandlungstisch Druck auszuüben. Es hat aber letztlich noch nie das moralische Prestige derjenigen verbessert, die sich dieser Methode bedienen wollten. Wirkliches Prestige kann nur im aktiven und entschlossenen Kampf für eine bestimmte Politik errungen werden, damit die Öffentlichkeit wirklich von der Richtigkeit der gewählten Politik überzeugt ist. Das ist aber erst dann möglich, wenn diese Politik bis zuletzt konsequent ist. Mir scheint, daß die Sache für die jetzige politische Führung der BRD verloren ist, wenn sie angesichts der Kritik von rechts immer eine Verteidigungs- und Entschuldigungsstellung bezieht. Damit wird sie die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik nie überzeugen können. Welche Vorteile auch immer sie erringt, sie werden ihr als "Verrat" ausgelegt.

Von unserem Standpunkt aus ist es auch wichtig, eines zu unterstreichen: Wir brauchen die Bundesrepublik nicht als Schreckgespenst. Wären die sozialistischen Länder tatsächlich an einer Politik "je schlimmer, desto besser" interessiert, so würde vieles bestimmt anders aussehen. Wir würden heute kaum an diesem Tisch zusammensitzen. Man kann nicht gleichzeitig zwei einander entgegengesetzte Politiken betreiben: einerseits Entspannung und Verhandlungen, darunter auch mit der BRD, andererseits einen Kurs der Rückkehr zur Vergangenheit. Wir haben von dieser Vergangenheit nichts vergessen, wollen aber nicht ihre Gefangenen, ihre Sklaven bleiben.

Grass

Es handelt sich hier nicht nur um Kritiker von rechts; denn in der Überzahl sind es junge Leute, die mit einer Neuordnung Mitteleuropas nicht ein nationales Ziel verbinden, die keine zwei neuen Staaten wollen, sondern etwas, das darüber hinausgeht. Diese heranwachsende Generation sucht konkrete Aufgaben, damit nicht die Gefahr entsteht, daß später wieder einmal Demagogen aus dem nationalen Lager Zulauf bekommen. Es ist eine Warnung, die ich vermittele. Es wäre allen Staaten in Europa geholfen, wenn die Deutschen eine Lösung fänden, die auch in zwanzig oder dreißig Jahren jedem neuen Nationalismus das Wasser abgraben könnte.

Schmidt

Es wird von Seiten der DDR keineswegs bestritten, daß es in der Politik der Regierung der BRD bestimmte fortschrittliche und realistische Züge gibt. Ich verweise auf eine Rede des ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der kürzlich beendeten 13. Tagung des Zentralkomitees der SED.

Darin hat er ausdrücklich hervorgehoben, daß die DDR den Gesprächen zwischen Vertretern der Regierung der Sowjetunion und der Bundesregierung über einen Gewaltverzicht und den bisherigen Ergebnissen dieser Gespräche positiv gegenübersteht. Wir würden es begrüßen, wenn man dabei entsprechende Vereinbarungen erzielte, nachdem dies zwanzig Jahre hindurch nicht möglich gewesen ist. Wir können nur wünschen, daß man den nationalistischen und anderen Kräften nicht nachgeben wird, sondern zu völkerrechtlich fixierten Ergebnissen gelangt. Darin würden wir einen Fortschritt in Richtung auf die Gewährleistung der europäischen Sicherheit sehen.

Ebenso deutlich muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß wir im Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR die gleichen Züge zum Realismus leider nicht feststellen können; denn der wichtige Schritt zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ist bisher noch nicht getan. Es wurde hier immer wieder betont, wie schwierig die Situation der jetzigen Bundesregierung gerade auch durch den Ausgang der letzten Landtagswahlen geworden sei. Dabei wollte man offensichtlich den Eindruck erwecken, als sei das mangelnde Entgegenkommen der DDR in Kassel mit schuld an diesen Wahlergebnissen. Damit stellt man aber die Dinge auf den Kopf. Natürlich wünschen wir keineswegs eine Regierung Strauß - Barzel - Kiesinger. Aber um dies zu verhindern, ist es unserer Auffassung nach nicht richtig, sich von bestimmten Erkenntnissen, zu denen man sich bereits durchgerungen hat, nämlich der Existenz zweier deutscher Staaten, wieder zu distanzieren, um auf gewisse Wählerschichten beschwichtigend einzuwirken. Es wäre besser, mit vereinten Kräften die noch bestehenden Vorbehalte abzubauen und einen Weg in der Richtung der Politik eines Rathenau zu gehen, von dem Herr Grosser gesprochen hat.

Ich gebe gern zu, daß es nicht nur die neonazistischen Kreise sind, die Vorbehalte gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR haben. Jahrelang sind diese Vorbehalte ja in die Bevölkerung hineingetragen worden. Man kann sie aber nicht dadurch überwinden, daß man dem Problem ausweicht, sondern nur, indem man klipp und klar darstellt, welche Vorteile es auch für die Bundesrepublik hätte, zu völkerrechtlichen Vereinbarungen mit der DDR zu kommen. Sie sind der Ausgangspunkt, um dann auch entsprechend Artikel 6 des Vertragsentwurfes von Walter Ulbricht zu Detailregelungen zu gelangen.

Duracinsky

Auch die Tschechoslowakei hat ein außerordentliches Interesse daran, die DDR in ihrem Bemühen um eine völkerrechtliche Anerkennung zu unterstützen. Dafür werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht.

Sommer

Bedenken Sie bitte, daß uns im Augenblick die innenpolitischen Voraussetzungen für das fehlen, was Sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik nennen. Dafür ist heute in

der westdeutschen Bevölkerung keine Mehrheit vorhanden. Wohl gibt es eine knappe Mehrheit für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze, es gibt auch eine Mehrheit für den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages mit der Sowjetunion, ebenso sind 78 bis 82 Prozent der Bevölkerung für Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten in der begonnenen Form. Aber lediglich eine Minderheit von etwa 30 Prozent würde sich heute für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR aussprechen. Damit muß gegenwärtig jeder Bundeskanzler rechnen. Wenn Sie sagen, Herr Schmidt, Ihnen sei Brandt lieber als Kiesinger-Barzel-Strauß, dann müssen Sie dies mit einberechnen. Es gibt nun einmal eine innenpolitische Situation in der Bundesrepublik, die zu berücksichtigen ist.

Bertsch

Wenn wir hier über Probleme der europäischen Sicherheit und des europäischen Friedens sprechen, dann muß - wenn es auch nicht immer ausgesprochen wird - als Voraussetzung hingenommen werden, daß es eine "Versöhnung" der Systeme in Europa nicht geben kann. Infolgedessen ist auch eine "Versöhnung" der in der DDR und der in der Bundesrepublik herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nicht möglich. Nur auf dieser sauberen Grundlage kommen wir überhaupt zu irgendeiner Lösung oder zu einer Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes. Gerade wenn man zusammenarbeiten und die existierenden Differenzen abschwächen will, muß dies von vornherein klar sein, damit uns nicht, gewollt oder ungewollt, zusätzliche Schwierigkeiten erwachsen, die dann möglicherweise positive Ansätze im Keime ersticken.

In dieser Sicht sind auch die Bemerkungen meines Freundes Jacobus zu verstehen. Wir müssen schon eine Bilanz über das aufstellen, was stört. Mit großer Befriedigung habe ich von Herrn Altmann sagen gehört, daß Schluß gemacht werden müsse - und er für seine Person Schluß gemacht habe - mit der Diskussion: Was kriegen wir dafür, wenn wir möglicherweise die DDR anerkennen? In der Tat, das Feilschen hat keinen Sinn - auch dies muß realistisch betrachtet werden; denn die DDR wird in zunehmendem Ausmaß international anerkannt. Diese Anerkennungen erfolgen entgegen der offiziellen Politik der Bundesrepublik. Wir haben es also mit einem objektiven Prozeß zu tun, der sich fortsetzt. Da ist es auch eine Frage des praktischen Verhaltens der Bundesrepublik, ob es besonders günstig ist, hier retardierend zu wirken.

Das lenkt zu der sehr realistisch gestellten Frage von Gräfin Dönhoff über, wie sich das Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik nach einer Anerkennung gestalten könnte. Möglicherweise werde sich am Tage danach nicht sehr viel ändern, so zugespitzt hört man es. Wenn wir aber die Dinge realistisch betrachten, wird sich, bevor es dazu kommt, vor allem atmosphärisch in der Bundesrepublik eine ganze Menge ändern. Denn die Stimmung jener westdeutschen Teilnehmer an unserem Kolloquium, die hier für die Anerkennung auftreten, muß doch irgendwie zu einer tragenden Strömung in der Bundesrepublik werden, was zur Zeit noch nicht der Fall ist.

In dieser Hinsicht muß ich Ihnen leider widersprechen, Herr Schuster. In der offiziellen Bundespolitik ist es bis zum heutigen Tage zu keinen bemerkenswerten Veränderungen in Richtung auf die DDR gekommen. Ich erinnere etwa an die Dienstanweisung Nr. 1 und Nr. 2 des Außenministers der Bundesrepublik - und da geht es nicht um die Periode eines verstorbenen, sondern um die des jetzt amtierenden Bundeskanzlers. In diesen Dienstanweisungen werden die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik ausdrücklich aufgefordert, energisch gegen jegliche Bestrebung zur Normalisierung der Beziehungen dritter Staaten zur DDR zu protestieren. Nach diesen Dienstanweisungen wird verfahren; das kann ich sofort auf den Tisch legen.

Wenn hier also von Herrn Altmann die Frage gestellt wird wie man zusammenarbeiten kann, dann sollte man zunächst mit diesen diskriminierenden Praktiken aufhören. Ich könnte mir zum Beispiel denken, daß eine konstruktive, auch voneinander getrennte Mitwirkung beider deutschen Staaten bei der Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz die allgemeine Atmosphäre fördern würde. Das ist sicherlich nicht viel, aber es wäre ein Anfang. Auch ein anderer Vorschlag ist schon wiederholt von unserer Seite gemacht worden, nämlich die Aufnahme beider Staaten in die Vereinten Nationen. Ich denke weiterhin an Bemühungen, gemeinsam in der UNESCO wirksam zu werden - natürlich auf Basis der Gleichberechtigung, sonst hat die ganze Geschichte keinen Zweck.

Ich kann mir also durchaus vorstellen, daß es eine Reihe von Dingen gibt, mit denen sich atmosphärisch günstigere Bedingungen schaffen ließen.

Grass

Sie haben drei Punkte genannt, Herr Bertsch: Zusammenarbeit beider deutschen Staaten bei der Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz, Mitgliedschaft in der UNO, Zusammenarbeit in der UNESCO; man könnte noch andere konstruktive Beispiele hinzufügen, etwa die langfristige

Planung gemeinsamer Projekte der Entwicklungspolitik für die Staaten der Dritten Welt. Ließe sich nun nicht mit einem solchen Programm die Anerkennung der DDR, und zwar als eine langfristige Perspektive, verbinden? Dabei sollte das, was wir wünschen, keineswegs als eine Art Preis angesehen werden, der zu zahlen wäre! Ich denke bei dieser Verbindung vielmehr an etwas, das weit in die europäische Zukunftspolitik weist. Es gilt, die Anerkennung anzureichern, damit sie nicht nur als nationalstaatliches Ziel angestrebt wird. Das wäre aus meiner Sicht ein Beitrag, den beide deutsche Staaten zur Entspannung leisten könnten.

Bertsch

Ich möchte meine Auffassung noch einmal präzisieren, Herr Grass: Beide Staaten, sowohl die BRD als auch die DDR, sollten gleichberechtigt in der UNO, in der UNESCO und in der ECE mitarbeiten - aber nicht, falls ich da falsch verstanden worden sein sollte, über eine Hilfsbrücke, indem zuerst beide zusammenarbeiten, um dann als eine spezifische Einheit in den genannten Organisationen aufzutreten. Wir müssen uns darüber einig sein, daß es nicht um eine spezifische Einheit geht, sondern um die gleichberechtigte Mitwirkung der Bundesrepublik und der DDR, wie die von Polen, Jugoslawien, Frankreich, Belgien, Luxemburg. In diesem Sinne verstehe ich auch die Mitwirkung an der Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz.

Altmann

Herr Grass meinte darüber hinaus eine bilaterale Zusammenarbeit etwa in der Entwicklungspolitik. Bilaterale Zusammenarbeit ist etwas anderes als die Gemeinsamkeit, die Sie soeben formulierten.

Grass

Ich möchte auf Konstruktionen hinaus, in denen trotz gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen eine Zusammenarbeit möglich ist. Es gibt eine ganze Reihe solcher Möglichkeiten. Ich meine dabei nicht nur die Entwicklungshilfe, sondern ich denke auch an die Verpflichtung beider deutscher Staaten dem gegenüber, was ich die deutsche Hypothek nannte.

Vielleicht könnte man sich innerhalb eines Vertrages, der die Anerkennung zweier deutscher Staaten enthält, auch dazu entschließen, eine gemeinsame Kommission zu bilden, die ihren Sitz alternierend in West- oder Ostberlin haben mag und in der die anstehenden gemeinsamen Projekte erarbeitet werden könnten. Das nenne ich einen Schritt über alles hinaus, was normalerweise unter völkerrechtlicher Anerkennung verstanden wird.

Bertsch

In Mecklenburg pflegt man im Sprichwort zu sagen: "Erst de Näs' un denn de Brill" - zu gut deutsch: Machen wir zunächst den ersten Schritt und dann den zweiten. Bevor wir uns mit Überlegungen beschäftigen, was alles machbar wäre, müssen wir uns über die Grundvoraussetzung im klaren sein, und die bleibt die Gleichberechtigung. Diese setzt immer die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung voraus; sonst geht es nicht.

Gräfin Dönhoff

Herr Bertsch vertrat eben noch einmal die Ansicht, daß die Ostpolitik der Bundesrepublik im Hinblick auf die DDR kaum wesentliche Veränderungen gebracht hätte. Natürlich sind es subjektive Auffassungen, was wenig, was wesentlich und was wichtig ist. Aber ich möchte in Erinnerung rufen, daß nur etwa zwölf Monate vergangen sind, seit ein Bundeskanzler von der DDR als einem "Phänomen" sprach, während Bundeskanzler Brandt heute von zwei deutschen Staaten spricht. Es ist noch nicht sehr lange her, daß Briefe entweder nicht beantwortet wurden oder überhaupt nicht abgeliefert werden konnten. Inzwischen hat man sich auf höchster Ebene getroffen, während es bis dahin fast unmöglich schien, daß Staatssekretäre sich trafen. Es sind also große Veränderungen erfolgt. Das sollte man nicht verkennen; denn es hat keinen Sinn, unter falschen Vorzeichen nachzudenken.

Herr Bertsch erwähnte die Weisungen an die Botschafter der Bundesrepublik als einen Beweis für seine Ansicht. Diese Weisungen hatten jedoch zum Inhalt, daß die Bundesregierung, die bis dahin alles getan hatte, um die Beziehungen dritter Staaten zur DDR zu verhindern, nunmehr von dem Prinzip ausgeht, für einen Abbau der internationalen Blockierung der DDR in dem Maße einzutreten, in dem die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR normalisiert werden. Man will jetzt eine praktische Hilfestellung leisten und keineswegs mehr etwas grundsätzlich verhindern.

Hierin zeigt sich, daß es der Bundesrepublik um die Normalisierung geht, nicht aber darum, die Anerkennung zu verhindern. Der Zustand zwischen den beiden deutschen Staaten ist aber derart anomal, daß es so einfach nicht bleiben kann. Zur Normalisierung gehören doch mindestens zwei Dinge: daß Eltern ihre Kinder besuchen können und daß an dieser Grenze nicht ständig geschossen wird - es ist die einzige Grenze, an der dies systematisch geschieht. Um diese Normalisierung geht es und nicht um die Verhinderung der Anerkennung.

Sommer

Stabilisierung ist auch unser Ziel, Herr Bertsch. Sie kann jedoch nicht bloß ein formaler Akt sein, sondern Stabilisierung setzt Pazifizierung voraus. Aber zwischen den beiden deutschen Staaten sind heute viele Probleme nicht pazifiziert, nicht beruhigt. Wir müssen etwas tun, um zu vereinbarten Regelungen zu kommen, die eine solche Pazifizierung möglich machen.

Sie stellten die These auf, Herr Bertsch, die völkerrechtliche Anerkennung müsse der erste Schritt sein, sonst gehe überhaupt nichts. Meine Gegenthese lautet, daß dies bei den gegenwärtigen innenpolitischen Strömungen in der Bundesrepublik nicht möglich ist. Es wird jedoch möglich werden, wenn man auf parallelen Schienen abfährt, und zwar einerseits in Richtung auf das, was Sie völkerrechtliche Anerkennung nennen, und andererseits in Richtung auf Annäherung oder auf die Regelung des zwischendeutschen Verhältnisses. Ich möchte herausfinden, ob es diese Möglichkeit einer gleichzeitigen Entwicklung zur Anerkennung und zur Pazifizierung gibt. Es erfordert von uns allen nur die Einsicht, daß es sich hier nicht um einen einmaligen Akt handelt, wo man eine Unterschrift leistet, mit der dann alles gelöst wäre, sondern daß man bewußt den Vorsatz hat, in einen Prozeß einzutreten und ihn in Gang zu halten.

Meine Überlegung ist da ähnlich der, die Herr Grass vorgetragen hat: Wie man nach und nach immer etwas mehr Anerkennung und immer etwas mehr Regulierung und Zusammenarbeit zustande bringt. Entschließt man sich von vornherein auf beiden Seiten dazu, die Konfrontation aufzugeben und die Kooperation zu suchen, den anderen so zu nehmen, wie er ist, seine Absichten so aufzufassen, wie sie sind, ihm nicht Dinge aus der Geschichte zu unterstellen, die uns heute nicht weiterführen - geht man also in diesem Geiste an die Aufgabe heran;- , dann ist die Sache nicht so hoffnungslos.

Besymenski

Wollen Sie damit sagen, Herr Sommer, daß wir dazu verurteilt sind, so lange zu warten, bis in der Bundesrepublik innenpolitische Bedingungen für die Anerkennung der DDR herangereift sind?

Doernberg

Staatssekretär Ahlers hat unmittelbar nach Kassel in einem Referat vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn - darüber gab es Meldungen - erklärt, daß seiner Ansicht nach eine schwache Mehrheit im Bundestag für eine Anerkennung der DDR stimmen würde. Das übertrifft ihre Schätzung von 30 Prozent nicht unerheblich, Herr Sommer.

Sind Sie der Ansicht, daß außerhalb des Bundestages die Bereitschaft zur Anerkennung der DDR durch die gegenwärtige Politik der Bundesregierung verstärkt werden kann, beziehungsweise: Welche Ostpolitik von seilen der Bundesregierung wäre notwendig, damit diese Bereitschaft erhöht wird?

Kuczynski

Sind Sie der Meinung, Herr Sommer, daß zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik Verhandlungen über kleine Schritte unter der Voraussetzung stattfinden sollten, daß die DDR als Staat nicht für voll genommen wird? Das würde doch bedeuten, daß zwei völlig verschiedene Partner miteinander verhandelten.

Sommer

Ich will versuchen, auf die gestellten Fragen im Zusammenhang zu antworten. Was das Referat von Conrad Ahlers angeht, so muß man da doch differenzieren. Ahlers sagte wörtlich: "Was den Bundestag angeht, so habe ich den Eindruck, daß eine, wenn auch nur knappe Mehrheit, sowohl für ein Abkommen mit Polen, welches die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zum Inhalt hat, als auch für ein Abkommen mit der DDR, welches die Anerkennung des zweiten deutschen Staates zum Inhalt hat, unter folgenden Voraussetzungen gegeben wäre: Einmal müssen solche Abkommen in Einklang stehen mit den internationalen Verträgen über Deutschland und Berlin und mit den Verträgen, welche die Bundesrepublik selbst abgeschlossen hat; zum zweiten müssen diese Abkommen in Einklang zu

bringen sein mit dem Grundgesetz; zum dritten müssen sie den Raum freimachen für gewisse kompensatorische Elemente und zum vierten müssen sie nach dem Willen der Beteiligten und auch nach den vorhersehbaren Umständen eine Verbesserung der Beziehungen in Folge haben sowie die Chancen für Frieden und Sicherheit in Europa erhöhen".

Was kann die Bundesregierung tun, um die innenpolitische Bereitschaft zur Anerkennung der DDR zu fördern? Es soll durchaus keine billige Retourkutsche sein, wenn ich sage: Ob ein Appell der Bundesregierung bei einer emotional dagegen eingestellten Mehrheit in der Bevölkerung Erfolg haben kann oder nicht, hängt davon ab, wie sich die DDR in den zwischendeutschen Beziehungen verhält. Es ist meine ganz persönliche Meinung, daß es in den nächsten Jahren die Aufgabe sowohl jeder Bundesregierung als auch jeder Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sein müßte, zusammen und parallel eine Politik zu verfolgen, die eine Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung im Laufe der Zeit möglich macht. Dies kann nur gelingen, wenn die DDR in ihrer täglichen Politik der Bundesregierung gegenüber von Verunglimpfungen Abstand nimmt und uns durch zu vereinbarende Programme des Zusammenwirkens den Schluß erlaubt, daß eine Anerkennung der DDR als Ausland sich im Endeffekt nicht unerträglicher ausnehmen würde als die Tatsache, daß Österreich und die Bundesrepublik heute füreinander Ausland sind. Es ist eine Frage des Inhalts und der Basis, auf der sich dieser Prozeß vollzieht.

Dabei möchte ich betonen, daß wir heute schon bereit sind, das Sicherheitsproblem, das Sie vor allem berührt, dadurch zu lösen, daß wir die Unantastbarkeit unserer gemeinsamen Grenze schriftlich ebenso verbürgen und besiegeln, wie wir bereit sind, dies Polen gegenüber zu tun. Wir wollen Ihnen also in der Substanz des Sicherheitsproblems Ihre Forderungen erfüllen.

Damit dürften implizit auch die Fragen von Herrn Kuczynski und Herrn Besymenski beantwortet sein.

Bratanov

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Ich erlaube mir, das Bergedorfer Treffen hier in Leningrad im Namen des Nationalkomitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Bulgarien und als Mitglied des Präsidiums der Wiener Konferenz zu begrüßen.

Unsere Zusammenkunft, an der Gesellschaftsfunktionäre, Wirtschaftler, Wissenschaftler, Literatur- und Kulturschaffende beteiligt sind, trägt offensichtlich eine große Verantwortung, damit konstruktive Initiativen für die europäische Sicherheit ergriffen werden können.

Die vorgelegten Fragen über die Realitäten in Europa und über die europäische Sicherheit sind mit vielen Problemen verbunden. Eine rein juristische Regelung ist dabei ungenügend. Die deutsche Frage wurde hier in ihrer ganzen Kompliziertheit behandelt. Die Anerkennung der Ergebnisse aus dem Zweiten Weltkrieg wurde prinzipiell nicht bestritten, aber die Bewertung des politischen Prozesses in der Bundesrepublik Deutschland und in Zentraleuropa wurde nuanciert. Das Positive an unserem Treffen und in unseren Gesprächen ist die feste Bestrebung, sichere Wege für den Aufbau der europäischen Sicherheit zu finden.

In unserem Nationalkomitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit sind wir der Meinung, daß wir die politischen Bemühungen der Brand-Scheel-Regierung und ihren Kampf gegen die reaktionären und revanchistischen Kräfte mit Strauß an der Spitze weder unter- noch überschätzen sollten. Die Anstrengungen der Brandt-Scheel-Regierung werden durchkreuzt von Franz-Josef Strauß, den man nicht ohne Grund "Hitler Nummer zwei" nennen könnte, und seinen Anhängern.

In der Vergangenheit hat die deutsche Frage schon mehrmals in der fortschrittlichen Öffentlichkeit Aufregung hervorgerufen. Romain Rolland zum Beispiel setzte seine Hoffnungen auf die Gruppe "Neues Vaterland", die noch vor dem Ersten Weltkrieg gegen den deutschen Militarismus kämpfte.

Bekanntlich gelang es der antimilitaristischen Bewegung in den Jahren 1931-1932 mit dem Appell von Romain Rolland und Henri Barbusse vom August 1932, einen Kongreß gegen den Krieg einzuberufen, an dem Vertreter aller europäischen Länder teilnahmen. Da wir den Charakter der europäischen Bewegung für Sicherheit bestimmen müssen, erinnere ich an die Worte Romain Hollands, die er am 12. Juli 1936 an die Jugend und die Öffentlichkeit Bulgariens richtete: "Ich bin nicht nur ein Pazifist, sondern auch ein Antifaschist und Revolutionär, und dies ist nun auf die sich erhebenden revolutionären Kräfte in Deutschland und Frankreich zurückzuführen ... "

Heute, im Jahre 1970, können wir positive Erscheinungen der friedliebenden und progressiven Kräfte in der BRD feststellen. Unter dem größten Teil der jungen Generation, der Arbeiterklasse, der Intelligenz und der Volksmassen in der BRD hat sich der Einfluß jener Politik erweitert, die eine

friedliche Regelung der Streitfragen anstrebt. Das ist eine neue Gesetzmäßigkeit in der geschichtlichen Entwicklung. Unsere Diskussionen hier mit Freunden, die Vertreter verschiedener Gesellschaftskreise in der BRD sind, bestätigen auf eindrucksvolle Weise, daß die Politik des Friedens und der Sicherheit in Europa bei der Bevölkerung der BRD Anklang findet. Wir möchten den Wunsch ausdrücken, daß die Initiative des Komitees zum Schütze des Friedens in der UdSSR und des Bergedorfer Gesprächskreises sich mit der Initiative der Wiener Konferenz vereinen und die Aktivität der breitesten Bevölkerungskreise in Europa für die Sache des Friedens und der Sicherheit anspornen möge.

Ich möchte hier noch einige Worte zur Frage der Information, die von Herrn Grosser angeschnitten wurde, sagen. Die gelbe, die Boulevard- und die reaktionäre Presse versuchen, durch verschiedene Formen der Desinformation und der Sensation die Sache der europäischen Sicherheit zu behindern und somit den Militärmonopolen und der Reaktion zu dienen. Diese Presse, die manche für "frei" halten, dient in der Tat den schwärzesten Kräften in Europa und jenseits des Ozeans. Einige Zeitungen, wie zum Beispiel "Le Monde", versuchten sogar, am Vorabend der Ereignisse vom August 1968 offene antisozialistische und antisowjetische Propaganda zu machen, und zwar in einer Artikelreihe von André Fontaine, die am 1. August 1968 und an den darauffolgenden Tagen in "Le Monde" veröffentlicht wurde und die mit "Dekolonisation des Ostens" betitelt war. Die Hauptschlußfolgerung dieser Abhandlungen war, daß das sozialistische System einem völligen Zerfall ausgesetzt ist. In diesen Berichten wurden die reaktionären Kräfte in Europa und in der Tschechoslowakei gegen eine europäische Realität, nämlich das sozialistische System in Europa aufgestachelt.

Was die Ereignisse in der Tschechoslowakei angeht, so möchte ich hervorheben, daß dieselben reaktionären Kräfte! und Apologeten des Revanchismus, die sich jetzt gegen die Politik der Brandt-Scheel-Regierung auflehnen, auch hinter der antisowjetischen und antisozialistischen Kampagne in der Tschechoslowakei standen.

Die sozialistischen Länder Europas sind eine Realität; sie werden konsequent ihren Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit auf unserem Kontinent leisten. Die Öffentlichkeit in den sozialistischen Ländern ist ebenfalls ein positiver Faktor. Unser Nationalkomitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit koordiniert die Arbeit der größten Massen- und Gesellschaftsorganisationen, der Kultur-, der wissenschaftlichen und anderer Verbände und der Funktionäre für die Sache der europäischen Sicherheit.

Ich wünsche den Vertretern der Bergedorfer Gruppe Erfolg in ihrer Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland für die Vereinigung der friedliebenden Kräfte.

Markiewicz

Herr Grosser sagte in seinem Referat, daß die Stabilisierung des Friedens einerseits die Sicherung und andererseits die Änderung des Bestehenden erforderte und wir uns diese beiden Aufgaben immer vor Augen halten müßten. Es kommt aber darauf an, daß man die beiden Aufgaben nicht vermischt.

Es wird den sozialistischen Staaten häufig unterstellt, daß sie die Anerkennung der Realitäten als Endziel betrachten, daß sie "Alles oder Nichts" wollen, mehr noch, daß sie Angst vor Veränderungen haben. Dazu will ich folgendes sagen: Die sozialistischen Länder sehen die Anerkennung der politischen Karte Europas - das muß immer wieder betont werden - als eine Ausgangsbasis für die Zusammenarbeit und für den allgemeinen Fortschritt in Europa an. Die Anerkennung ist darüber hinaus die Voraussetzung für die Veränderung jener Erscheinungen in Europa, die auch und vor allem die sozialistischen Länder für negativ halten.

Es müssen Schritte unternommen werden, um die Teilung Europas, um die Erscheinungen, die noch aus der Zeit des "Kalten Krieges" stammen, zu überwinden. Wir haben keine Angst vor Veränderungen bestimmter Erscheinungen. Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß solche Änderungen des Bestehenden die europäische Sicherheit nicht stören dürften, sondern sie im Gegenteil fördern müßten. Nur die Anerkennung der Realitäten, das heißt eine eindeutige Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, ist eine solide Grundlage für den weiteren Fortschritt in Richtung auf die europäische Sicherheit. Deshalb fordert Polen eine völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, und wir stimmen mit Bundeskanzler Brandt überein, wenn er in seinem Buch schreibt, daß es zu einer solchen Verständigung mit Polen kommen muß, die auch für die Zukunft keine Ansatzpunkte für Streitigkeiten gibt.

Das trifft ebenfalls für die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik zu. Auch in dieser Diskussion sehen wir die deutsche Frage als eine Funktion der europäischen Sicherheit an. In diesem Sinne ist

die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik und andere Staaten nicht allein eine Frage, die nur für die DDR besonders wichtig ist, sondern sie ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für die europäische Sicherheit überhaupt.

Herr Doernberg sprach davon, daß es in Zukunft bestimmte Unterschiede zwischen der DDR und der Bundesrepublik geben werde, ja geben müsse, weil es sich hierbei um zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen handle. Wenn die Bundesrepublik behauptet, die DDR nicht als Ausland betrachten zu können, so muß ich darauf hinweisen, daß "Ausland" kein völkerrechtlicher Begriff ist. Deshalb kann auch die Rede von den sogenannten "innerdeutschen" Beziehungen, die von besonderer Art sein sollen, nicht der Normalisierung der Beziehungen und der Frage der europäischen Sicherheit dienen.

Rubinski

Mir scheint, daß sich unsere Diskussion in zwei parallel verlaufenden Ebenen entwickelt, was eine Verständigung außerordentlich erschwert. Die Nichtverständigung resultiert aus der sehr unterschiedlichen Einschätzung des völkerrechtlichen Sinns der Anerkennung der bestehenden Realitäten in Europa, insbesondere der Realität der Existenz zweier gleichberechtigter und souveräner deutscher Staaten. Alle unsere westlichen Gesprächspartner, die wir bis jetzt gehört haben, erörterten dieses Problem in einer Weise, als ob die Anerkennung der Realitäten, insbesondere die der DDR, ein Trumpf im Spiel der Westmächte sei, ein Wechsel, der vom Osten eingelöst werden müsse; wobei es jetzt eigentlich nur darum gehe, den Wert dieses Wechsels im voraus inoffiziell zu bestimmen.

Ich persönlich bin jedoch davon überzeugt, daß wir in dieser Richtung weder hier noch auf höherer und verantwortungsvoller, offizieller Ebene nennenswerte Fortschritte erzielen können. Eine solche Fragestellung ist das Überbleibsel der alten, aber sehr lebensfähigen These, die im Westen weit verbreitet ist, daß nämlich die Schaffung einer "Position der Stärke" in Europa gegenüber den osteuropäischen Ländern und gegenüber der Sowjetunion ein Schlüssel ist, um das infolge des Zweiten Weltkrieges verlorengegangene europäische Gleichgewicht wiederherzustellen sowie die Spaltung des Kontinents und folglich die Spaltung Deutschlands zu überwinden, und zwar zu den Bedingungen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren postuliert wurden. Dies war die Logik des verstorbenen Kanzlers Adenauer. Ich nehme nicht an, daß er selbst damals an die Wirksamkeit einer solchen "Position der Stärke" aufrichtig geglaubt hat. Er war offenbar der Ansicht, daß die Atmosphäre des "Kalten Krieges" äußerst günstig sei, um den Einfluß der Bundesrepublik im Westen und den der CDU/CSU in Westdeutschland zu vergrößern. Kein Wunder, daß diese Epoche in Ost- und Westeuropa schwer überwindbare psychologische Barrieren des gegenseitigen Mißtrauens hinterließ.

Heute ist die Situation eine andere. Das Verdienst der gegenwärtigen Regierung und vieler Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands besteht darin, daß sie zu einer sehr wichtigen Einsicht gekommen sind: Unter den jetzigen Bedingungen in aller Welt einschließlich des Westens ist die Spannung für die Bundesrepublik eher schädlich als nützlich. Es scheint mir, daß die Erfolge der SPD bei den letzten Bundestagswahlen im vorigen Jahr zum Teil hieraus zu erklären sind.

Die Anerkennung der europäischen Realitäten kann meines Erachtens niemandem Schaden zufügen und braucht deshalb auch von niemandem bezahlt zu werden. Im Gegenteil, sie wird beiden Seiten Nutzen bringen. Ich würde sogar sagen, daß die BRD an einer solchen Anerkennung in gewissem Sinne mehr interessiert sein müßte als die DDR, weil die Stabilisierung der Grenzen die Politik der Bundesrepublik sowohl im Osten als auch im Westen entkrampfen und aus dem Zustand der politischen Lähmung herausführen würde. Das ist der einzige Weg, der dem Ansehen der BRD dient; denn damit würde sie ein für allemal aufhören, die mißliche Rolle einer Bremse in der internationalen Entspannung und der ewigen Bittstellerin zu spielen, die bei ihren westlichen Verbündeten ein "Veto-Recht" im Hinblick auf die Entwicklung ihrer Beziehungen mit dem Osten erwirken will. Die Anerkennung der DDR liegt also im Interesse der Bundesrepublik selbst. Das langwierige Feilschen darum darf nicht mehr eine Frage des Prestiges sein; die Anerkennung sollte vielmehr zu einer Frage der realen Politik werden.

Dieses Problem ist untrennbar mit dem Gewaltverzicht verbunden. Man darf nicht vergessen, daß beide deutsche Staaten, die mitten in Europa liegen, vorerst leider keine Mitglieder der UNO sind. Daraus resultiert die Notwendigkeit, daß die Leitsätze der UNO-Charta für sie im gleichen Maße Anwendung finden müssen, wie sie auch für alle anderen Staaten, die auf europäischem Boden liegen, gelten.

Ich meine schließlich, daß das Problem der sozialen Ordnung Westberlins, obwohl es auf der Tagesordnung unserer Diskussion steht, in der Praxis überhaupt nicht berührt wird. Niemand zieht das

Recht der Einwohner Westberlins in Zweifel, diejenige Sozial- und Wirtschaftsordnung zu wählen, die ihnen am besten gefällt. Wir können allerdings nicht der Forderung der politischen Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik zustimmen. Entfällt hingegen eine solche Forderung, die keinerlei Erfolgsaussichten hat, so wird die Frage der auswärtigen Beziehungen dieser Stadt, die ein besonderes Gebilde ist, in die rein praktische Ebene überwechseln und schließlich schiedlich-friedlich unter Beteiligung sowohl der DDR als auch der vier Großmächte gelöst werden. Versuche aber, den politischen Status Westberlins zu einer Vorbedingung der Anerkennung der europäischen Realitäten, - also zum Bestandteil eines einheitlichen "Paktes" zu machen, sind absolut hoffnungslos und können nur den sich bereits anbahnenden, für beide Seiten vorteilhaften Kompromiß torpedieren.

Ich möchte abschließen mit einer persönlichen Bemerkung: Alle Teilnehmer dieses Gesprächskreises wohnen zusammen in einem Hotel, das "Europa" heißt. Lassen Sie uns darin ein Symbol für die Wirklichkeit sehen: Da wir nur dieses "Haus" zum Wohnen haben, sind wir alle daran interessiert, daß darin, das heißt in unserem alten Europa, das Leben besser und komfortabler wird, als es bis jetzt ist.

Grosser

Die Entwicklung des Gesprächs entspricht weitgehend meinen Befürchtungen von heute morgen, und zwar aus folgendem Grund. Wir sprechen keineswegs über erzielbare Fortschritte. Wir sprechen von dem, was aufgerechnet wird. Das kommt größtenteils daher, daß wir in der Diskussion verschiedene Ausgangspositionen haben.

Ich möchte als ein Gegenbeispiel etwa die Gespräche anführen, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren zwischen der Bundesrepublik und Frankreich stattfanden. Dort haben wir versucht, eine gemeinsame Perspektive zu finden, um dann im eigenen Land, wenn notwendig, gegen den Strom zu schwimmen und den anderen in seinem Versuch zu unterstützen, diesen oder jenen Punkt voranzubringen. Ich hatte nie den Eindruck, daß das Maß an politischem Mut und gutem Willen, das von vielen Westdeutschen in den letzten Jahren gezeigt worden ist, nämlich gegen den Strom im eigenen Lande zu schwimmen, von der anderen Seite anerkannt worden wäre oder daß dort Ähnliches geschieht. So haben wir in Frankreich und in Deutschland zum Beispiel protestiert, als 1956 die KPD verboten wurde. Wir haben nicht geschwiegen, wenn etwas geschah, was wir nicht guthießen. Wir sind für bestimmte Leute eingetreten, wenn sie angegriffen wurden, und haben sie nicht erst dann wieder für gut befunden, nachdem sie rehabilitiert waren.

Bei unseren östlichen Gesprächspartnern aber stoßen wir immer wieder auf genau die Meinung, die zur jeweiligen Zeit gerade Regierungsmeinung ist, und wenn beim nächsten Mal eine andere Regierungsmeinung herrscht, entdecken wir eben wiederum diese veränderte Meinung. Deshalb ist unsere Diskussion ein ungleiches Gespräch; denn hier diskutieren nicht, wie unser Vorsitzender zu Beginn sagte, Persönlichkeiten miteinander, sondern auf der einen Seite werden individuelle Meinungen vorgetragen, während auf der anderen Seite eine feste Stellungnahme abgegeben wird - sie mag gut oder schlecht sein. Daraus entsteht für mich in dieser Diskussion ein Unbehagen, das ich zum Ausdruck bringen wollte.

Kraminow

Ich bin etwas überrascht über Ihre schroffe Bemerkung, Herr Grosser, daß wir kein Wort der Kritik an unserer Regierung fänden, wenn dies doch notwendig sei. Wir sehen aber keinen Anlaß für eine solche Kritik, weil unsere Vorstellungen mit der Politik unserer Regierung übereinstimmen.

In Frankreich wurde vor zwei Jahren die Regierung abgelöst, in Westdeutschland fand ebenfalls ein Regierungswechsel statt, doch haben sich die Positionen, die unser Redner erläuterte, nicht geändert. Herr Grosser hat also alles deutlich geteilt: auf der einen Seite alles Dunkle, auf der anderen Seite alles Lichte.

Poljanow

Gestatten Sie mir zum Abschluß des ersten Teils unserer Diskussion noch eine kleine Bemerkung: Der heutige Tag hat deutlich gezeigt, daß es unter den Teilnehmern unterschiedliche Meinungen gibt, und mich persönlich überrascht das keineswegs. Wir sind hierher gekommen, um unsere verschiedenen Meinungen zu vergleichen und um zu versuchen, eine gemeinsame Sprache im Hinblick auf die Probleme der europäischen Sicherheit zu finden. Sollte in Zukunft einmal ein wirklich gutes System der kollektiven Sicherheit entstehen, so bin ich der Ansicht, daß auch dann die Unterschiede in den Meinungen zwischen Ihnen und uns noch weiterbestehen werden. Es geht nicht darum, das abzuschaffen, was man nicht beseitigen kann, sondern die Frage ist gerade, daß wir trotz Beibehaltung der entgegengesetzten Standpunkte und der Unterschiede in der Mentalität, trotz der

grundsätzlichen Unterschiede in den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systemen koexistieren sowie Wege suchen und finden müssen, damit diese Koexistenz auch für die Bevölkerungen in allen europäischen Ländern vorteilhaft wird.

Ich möchte allen Rednern danken, die sich heute an der Diskussion beteiligt haben, und ich schlage vor, bis morgen eine Denkpause einzuschieben. Wir werden die Möglichkeit haben, uns während dieser Unterbrechung mit sehr angenehmen Dingen zu beschäftigen, wobei die Initiative hierfür niemandem eingeschränkt wird.

Die Diskussion wurde am zweiten Tag mit einer Erklärung des Vorsitzenden eröffnet, in der er versuchte, die Ergebnisse der vortägigen Debatte in fünf Punkten zusammenzufassen. Nach kurzer Erörterung zeigte sich jedoch, daß es nicht möglich war, Übereinstimmung in der Absicht zu erzielen, diese Erklärung als gemeinsame Stellungnahme aller Gesprächsteilnehmer anzusehen. Aus diesem Grunde wurde darauf verzichtet, sie in das Protokoll aufzunehmen.

Poljanow

Wir gehen jetzt zur Diskussion des dritten und vierten Punktes der Tagesordnung über.

Borissow

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einige neue Tendenzen in der Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Länder Westeuropas mit den Ländern Osteuropas, insbesondere mit der Sowjetunion lenken; Tendenzen, die meines Erachtens in unmittelbarer Beziehung zur Festigung der europäischen Sicherheit stehen. Erstens wächst der Außenhandelsumsatz zwischen den Ländern Ost- und Westeuropas und der Sowjetunion immer schneller. Das ist eine sehr wichtige Tatsache. Zweitens zeichnen sich heute eindeutige Bestrebungen der Staaten Westeuropas ab, mit der Sowjetunion langfristige Abkommen über fünf, zehn oder zwanzig Jahre zu schließen. Auch diese Tendenz ist eine Realität in Europa, die von erheblicher Bedeutung für die Festigung der europäischen Sicherheit ist.

Einige Hinweise mögen die beiden bereits deutlich ausgeprägten Tendenzen bestätigen. Ich möchte dazu einige Länder erwähnen. Wenn wir etwa die Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion nehmen, dann zeigt sich ein realistisches, durchaus sachliches Herangehen der bestimmenden Kreise Frankreichs an die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Verwirklicht wird die Zusammenarbeit nicht nur durch die üblichen Formen der zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern auch durch das allmählich entstehende ernsthafte Bemühen, die kommerziellen, industriellen und wissenschaftlichen Verbindungen zu erweitern. So wurde vor kurzem ein langfristiges Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion für die Jahre 1970-1974 abgeschlossen. Darin ist eine erhebliche Erweiterung des Warenaustausches für viele, sehr wichtige Erzeugnisse vorgesehen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich ferner an die sowjetisch-französische Kommission, die seit mehreren Jahren erfolgreich arbeitet und die viele Probleme der Wissenschaft, der Produktion und so weiter gelöst hat. Herr Grosser erwähnte in seinem Referat unter anderem das Farbfernsehen vom französischen System SSKA. Es wäre allerdings eine zu enge Auffassung für den Charakter unserer Beziehungen, wenn wir uns damit begnügen würden. Der Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und die Erweiterung von Verbindungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich erfolgt auf einer sehr viel breiteren Basis, über einen größeren Fragenkreis. Wir vermittelten Frankreich unsere Erfahrungen bei der Lösung von Atomproblemen, bei der Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken sowie eine Reihe anderer nützlicher Forschungsergebnisse.

Im Januar dieses Jahres schloß die UdSSR dann ein langfristiges Abkommen mit Italien. Darin ist eine wesentliche Steigerung des Warenaustausches vorgesehen, der heute schon einen bedeutenden Umfang erreicht hat und auf rund 500 Millionen Rubel geschätzt wird. Vor kurzem wurde ferner ein Abkommen über beträchtliche Lieferungen von Erdgas aus der Sowjetunion nach Italien unterzeichnet. Danach wird die Sowjetunion jährlich 6 Milliarden Kubikmeter Gas an Italien liefern. Dieses Abkommen gilt für die Dauer von 20 Jahren. Als Gegenleistung wird Italien Stahlrohre sowie verschiedene Arten von technischen Ausrüstungen in die UdSSR exportieren. Gaslieferungen in einem solchen Umfang haben einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung einer ganzen Wirtschaftsregion in Italien über eine längere Periode. Der italienische Außenhandelsminister sagte in einem Interview mit der Wochenschrift "Politica", das neue italienisch-sowjetische Abkommen werde den Handel zwischen Italien und der UdSSR während der zwanzigjährigen Periode wesentlich beeinflussen. Gerade deshalb müßten auf dem europäischen Kontinent die Voraussetzungen für wahren Frieden und wirksamen Erfahrungsaustausch geschaffen werden. Er sieht einen direkten

Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen unserer Länder und der Notwendigkeit, dauerhafte Friedensbedingungen zu erreichen.

Ich könnte weitere Beispiele dieser Art anführen, so die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit England. Der Warenaustausch zwischen der UdSSR und England nähert sich bereits einem Wert von 600 Millionen Rubel jährlich. Vor kurzem kam auch mit diesem Land ein langfristiges Abkommen zustande.

Besonders kennzeichnend in dem Sinne, in dem wir hier das Problem der europäischen Sicherheit erörtern, sind die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland. Die Wirtschaftskreise Finnlands sehen keinen sichereren Entwicklungsweg für die finnische Wirtschaft, als er durch das Abkommen zwischen der UdSSR und Finnland garantiert wird. Die finnische Industrie ist jetzt für mehrere Jahre mit Bestellungen versorgt. Ähnliche Prozesse zeigen sich auch in den Beziehungen der Sowjetunion mit den anderen skandinavischen Ländern, mit Schweden, Norwegen und Dänemark. Und die gleichen Entwicklungen charakterisieren unsere Beziehungen zu Österreich, Holland und einigen anderen Ländern.

Es ist bekannt, daß auch die Wirtschaftskreise der Bundesrepublik Deutschland immer klarer die Notwendigkeit solcher Abkommen erkennen und darauf eingehen. Unlängst schloß Westdeutschland ein Abkommen über die Lieferung von Erdgas aus der UdSSR für die Dauer von zwanzig Jahren. Das ist ein sehr wichtiges Abkommen. Als Gegenleistung wird die Sowjetunion Stahlrohre und ein umfangreiches Sortiment komplizierter technologischer Ausrüstungen für verschiedene Industriezweige bekommen. In diesem Abkommen sehen wir die praktische Verwirklichung jener Richtung, die die Festigung des Friedens und der europäischen Sicherheit gewährleistet.

Mein Beitrag wäre unvollständig, wenn ich nicht darauf hinweisen würde, daß die Außenhandelsbeziehungen nicht das einzige Gebiet für langfristige Abkommen sind. In engem Zusammenhang damit stehen die Bemühungen, die darauf gerichtet sind, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschungen zwischen den Ländern Westeuropas und der Sowjetunion zu entwickeln. Diese umfassen die wichtigsten Bereiche der Technik wie Elektronik, friedliche Nutzung der Atomenergie, Erforschung des Weltraums und viele andere Probleme mehr.

Die von mir genannten Faktoren zeugen von vielen positiven Prozessen, die in den Ländern Westeuropas vor sich gehen und die eine günstige Atmosphäre auch für die Lösung des Problems der europäischen Sicherheit schaffen. Wir Geschäftsleute der Sowjetunion glauben, daß die Tendenzen, die sich bereits in erheblichem Maße gezeigt haben, in Zukunft eine weitere Entwicklung erfahren werden. Ich möchte die Teilnehmer der heutigen Diskussion aufrufen, ihre Anstrengungen darauf zu richten, weil diese Entwicklung meines Erachtens zu den wichtigsten Aspekten jener Probleme gehört, an deren Lösung wir gemeinsam seit Jahren ernsthaft arbeiten.

Altmann

Herr Borissow weist auf die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Erweiterungen der Handelsbeziehungen hin. Zweifellos sind dabei langfristige Abkommen zwischen der Sowjetunion und westeuropäischen Ländern von großer Bedeutung. Für die Bundesrepublik geht es hier weniger um einen besonderen Osthandel als vielmehr um ihre Welthandelsbeziehungen. Ich meine auch, und zwar gar nicht als Kritik, sondern als Appell, daß die Beteiligung der sozialistischen Länder am Welthandel sehr viel stärker werden müßte, als es bis jetzt der Fall ist. Es müßte dabei die Erweiterung der multilateralen Beziehungen ins Auge gefaßt werden, damit nicht allein bilaterale Abkommen geschlossen werden. Multilaterale Beziehungen sind vor allem auch deshalb wichtig, weil unser Handlungsspielraum durch die EWG, durch den Gemeinsamen Markt, eingeschränkt ist, an den wir genauso gebunden sind, wie die sozialistischen Staaten durch den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gewisse Bindungen eingegangen sind.

Ich würde mir viel davon versprechen, wenn die Sowjetunion ihre Pläne wahr machte, möglichst bald zumindest zu einer Teilkonvertibilität des Rubels überzugehen, um damit ihre Welthandelsfähigkeit zu verbessern. Dazu gehört vielleicht auch die Teilnahme am GATT, und zwar möglichst unter der Bedingung "Alle mit allen", um die Multilateralität zu verstärken. Ich möchte hinzufügen, daß es für die sozialistischen Länder, wenn sie ihren Handel ausweiten wollen, sehr wichtig ist, sich noch mehr um eine genaue Kenntnis der westlichen Märkte zu bemühen. Wir sehen oft, daß unnötige Schwierigkeiten auftauchen, weil die genaue Kenntnis der westlichen Märkte, die außerordentlich anspruchsvoll geworden sind, fehlt.

Wir Deutschen haben zweifellos an einem raschen wirtschaftlichen Aufstieg der sozialistischen Länder ein starkes eigenes Interesse, was ich hier wohl nicht weiter zu begründen brauche. Dieses Interesse

geht jedenfalls weit über bilaterale Beziehungen hinaus und zielt in der Tat auf den Frieden. Denn wir sehen die wachsende wirtschaftliche Verflechtung mit dem Blick auf die Weltwirtschaft, mit dem Blick auf die Entwicklungspolitik, das heißt im Hinblick auf die Beziehungen zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Wir sehen in diesem Fortschritt zu einer Weltwirtschaft eine wichtige Basis für den Weltfrieden, von dem der europäische Friede nur ein Teil sein kann.

Deshalb geht es bei diesen Fragen nicht nur um Handel. Es geht vor allem auch darum, daß eine Verflechtung, wie wir sie uns vorstellen, im Rahmen der Weltwirtschaft wohl doch zu einer bewußten Relativierung der politischen Gegensätze führen muß. Man würde sich täuschen, wenn man glaubte, man käme mit der einfachen Unterscheidung zurecht: einerseits Koexistenz, das heißt Kooperation in vielen Fragen der Politik und der Wirtschaft, und andererseits Beibehaltung der ideologischen Gegensätze in voller Schärfe. Die moderne Welt verlangt eine gewisse Relativierung der politischen Gegensätze im ganzen. Ich meine das in zweifacher Hinsicht: Einmal - darauf ist vorhin hingewiesen worden - erzwingen Wirtschaft und Technik eine rasche Entwicklung aller Gesellschaften, und zwar unabhängig von ihren Ideologien und ihren Systemstrukturen. Zweitens sehen wir immer mehr, daß die nationalen Probleme nicht mehr oder nur noch teilweise national gelöst werden können; sie machen internationale Zusammenarbeit notwendig.

Wenn wir den modernen internationalen Handel, den Wirtschaftsaustausch unter diesen Aspekten sehen, so beinhaltet er in der Tat mehr als die frühere Weltwirtschaft. Er bedeutet eine stärkere Verflechtung der Nationen zur Lösung der Probleme, die nicht mehr im nationalen Raum allein gelöst werden können. Insofern halte ich das, was Herr Borissow gesagt hat, für außerordentlich wichtig. Es bedürfte nur, wofür uns hier die Zeit fehlt, einer Vertiefung mit zahlreichen wichtigen und auch schwierigen Details.

Wiles

Natürlich ist der Handel ein sehr positives Phänomen, aber er ändert wenig am Kern der Sache. Man darf sich über die politische Bedeutung wachsenden Handels nicht täuschen: Sehr oft sind zwischen Ländern Konflikte ausgebrochen, nachdem ihre Handelsbeziehungen gewachsen waren. Denken Sie nur an China und die UdSSR oder an Frankreich und die Vereinigten Staaten.; Wachsender Handel ist wahrscheinlich eher das Ergebnis als die Ursache des Friedens. Insbesondere Kapitalinvestitionen in anderen Ländern rufen neue Gefahren hervor. Als Beispiel nenne ich die gemischten Gesellschaften, sowohl sozialistische als auch kapitalistische, die viele internationale Streitigkeiten mit sich gebracht haben. Der Handel ist gut als solcher und weniger als ein Weg zum Frieden. Der entscheidende Weg zum Frieden ist die Politik.

Borissow

Ich möchte auf Ihre pessimistische Bemerkung hinsichtlich der Bedeutung des Handels antworten, Herr Wiles. Ich sprach von bestimmten Realitäten: Erstens von der ständigen Ausweitung des Handels der Länder Westeuropas mit der Sowjetunion und allen sozialistischen Ländern; zweitens von der Langfristigkeit der Abkommen - das sind keine Vermutungen, das sind Tatsachen; drittens von der Vielseitigkeit der Verbindungen, nach denen die erwähnten Länder streben. Sagen Sie bitte, wären solche Tendenzen möglich bei einer Verschlechterung der politischen Atmosphäre, oder wenn große innere Widersprüche, ja sogar Widerstände gegen diesen Prozeß auftauchen würden? Natürlich nicht. Es ist also eine Tatsache, daß im Ergebnis der Wirtschaftsverbindungen, des Handels, der Vielseitigkeit der Verbindungen eine günstige Atmosphäre für die Lösung der großen politischen Probleme entsteht. Natürlich können wir nicht von einer fernen Zukunft sprechen. Es kann sich etwas ereignen, so wie es zwischen uns und China der Fall war; das mindert jedoch nicht die Bedeutung der Wirtschafts- und Außenhandelsverbindungen als eines wichtigen Faktors zur Verbesserung der gesamten politischen Atmosphäre, als eines wichtigen Mittels zur Erreichung der Sicherheit in Europa.

Bender

Herr Wiles, da Großbritannien noch nicht in der EWG ist, sind Sie von der EWG-Ideologie frei geblieben, was sicher auch seine Vorteile hat. Aber das System der Arbeitsteilung, das hier auf lange Sicht hin gemeint ist, schafft natürlich einen Grad von gegenseitiger Abhängigkeit, der von irgendeinem Punkt an auch politische Folgen haben muß. Ich erinnere mich an einen Besuch in Polen vor etwa anderthalb Jahren, jedenfalls bevor die jetzigen deutsch-polnischen Verhandlungen anliefen, als ich meinem polnischen Gesprächspartner sagte: Unsere Handelsbeziehungen sind gut, der Handel wächst immer weiter; dagegen sind unsere politischen Beziehungen besonders schlecht - wie geht denn das eigentlich? Darauf die Antwort: "Vielleicht haben Sie recht, aber das gilt nur für den Handel, nicht mehr für eine Kooperation."

Wiles

Das ist es ja gerade, was ich sagte: Der Handel folgt dem Wandel in der politischen Atmosphäre - in bestimmten Fällen zwar mit einer gewissen Verzögerung, aber im allgemeinen verhält es sich so. Es gab keine engeren internationalen Handelsbeziehungen in der Welt als die zwischen Cuba und den Vereinigten Staaten; das war wirklich eine Verflechtung - und gerade das war die Ursache des Übels. Man darf auf die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zuviel bauen.

Grosser

Wenn Sie nicht an die aufbauende Wirkung dauernder wirtschaftlicher Beziehungen glauben, Herr Wiles, würde ich auch hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes in England einige Sorgen haben. Das Wirtschaftliche ist nicht nur eine Konsequenz des Politischen. Es kann sich gewiß nicht ohne eine bestimmte politische Atmosphäre entwickeln; aber dann gibt es eine Rückwirkung, indem die wirtschaftliche Entwicklung ihrerseits die politische Atmosphäre beeinflusst. Diese Rückwirkung kann natürlich auch negativ sein, aber die positiven Folgen überwiegen. Sonst hätten auch die wirtschaftspolitischen Aspekte in Westeuropa in den letzten zwanzig Jahren anders ausgesehen.

Wenn zum Beispiel langfristige Kooperationsverträge abgeschlossen werden - Herr Borissow nannte unter anderem Frankreich und die Sowjetunion;- , wenn also die Sowjets von deutschen Stahllieferungen abhängig werden, um Gas-Pipelines bauen zu können, und die Deutschen auf sowjetisches Gas angewiesen sind, dann halte ich das für einen Fortschritt.

Ein Rückschritt in Europa in den letzten Jahren ist es zum Beispiel, daß die beiden Deutschland kaum ein Interesse daran haben, aneinander heranzugehen. Ihre wirtschaftliche Spaltung ist fast vollkommen, und ebenso die Eingliederung jedes der beiden Deutschlande in das umfassendere System, dem sie zugeordnet sind.

Altmann

Was das mangelnde Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und DDR angeht, so stimmt Ihre Feststellung ganz sicher nicht, Herr Grosser.

Pokrowski

Ich habe den Eindruck, daß das Problem der gesamteuropäischen ökonomischen Zusammenarbeit, so wie es mein Kollege Borissow dargelegt hat, hier als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt wird. Man sollte indes nicht vergessen, daß der Prozeß der Zusammenarbeit nicht spontan ist, sondern bestimmte Eingriffe, Regelungen und Unterstützungen erfordert.

Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution führt zur beschleunigten Spezialisierung und zur weiteren Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung. Die Sowjetunion ist aktiv an diesem Prozeß beteiligt und tauscht ihre Erkenntnisse mit der ganzen Menschheit aus. Zugleich werten wir selbst die Errungenschaften des menschlichen Geistes aus anderen Ländern aus.

Wie mein Kollege Borissow sagte, gehen die westlichen Wirtschaftskreise immer realistischer an die Frage der ökonomischen Zusammenarbeit heran. Gleichzeitig gibt es jedoch bestimmte Barrieren aufgrund von Pessimismus und Mißtrauen im Hinblick auf eine fruchtbare ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen. Die Teilnehmer dieses Treffens können einen bedeutenden Beitrag zu unserer gemeinsamen Sache leisten, wenn sie dazu beitragen, diese Barriere zu überwinden.

Wenn man die großen wissenschaftlich-technischen Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder mit den Erfahrungen der Länder Westeuropas vereinigen würde, könnte das wissenschaftlich-technische Niveau Europas wesentlich angehoben werden. Insbesondere würde ein solches Zusammengehen in mancher Hinsicht auch die berüchtigte sogenannte "technologische Lücke" zwischen Europa und den Vereinigten Staaten schließen helfen. Jean Jacques Servan-Schreiber, der ein Buch über "Die amerikanische Herausforderung" geschrieben hat, sagte voraus, daß das amerikanische Kapital in Europa zur dritten Industriemacht werde. Neuerdings beschäftigt er sich mehr mit der Politik und macht nun keine so pessimistischen Prognosen mehr. Aber das Problem der technologischen Lücke besteht natürlich noch. Viele Menschen sind darüber auf die verschiedenste Weise beunruhigt. Auch Franz Josef Strauß arbeitet an Plänen zur Überwindung des technologischen Abstandes. Doch hindert ihn seine politische Rechtsposition an der Möglichkeit einer fruchtbaren gesamteuropäischen Zusammenarbeit.

Es wäre sicherlich nützlich, wenn die Teilnehmer dieses Gespräches dazu beitragen würden, die Vereinigung unserer Bemühungen zu fördern, damit diese Zusammenarbeit tatsächlich zu einer gesamteuropäischen wird, die für beide Seiten vorteilhaft wäre. Darin könnte; unser leidgeprufter alter Kontinent gewissermaßen'seine zweite Jugend auf der Grundlage der gesamteuropäischen wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit erleben.

Altmann

Im Prinzip stimme ich dem zu, was Herr Pokrowski gesagt hat, aber einige differenzierende Hinweise sind doch notwendig.

Ich glaube nicht, daß es die westlichen Geschaftsleute bisher am Willen zur Zusammenarbeit haben fehlen lassen. Vielmehr wird hier tatsächlich eine Hemmung wirksam: Die Zusammenarbeit zwischen Ländern verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme ist naturgemäß schwieriger als die Kooperation der westlichen Staaten untereinander. Hier ist als richtungs- und zukunftsweisendes Beispiel die EWG zu nennen, die heute in der Welt neben den USA den größten Markt darstellt, der sich noch erweitern wird. Gerade wir in der Bundesrepublik treten ja dafür ein, daß Großbritannien und die skandinavischen Staaten dem Gemeinsamen Markt beitreten. Es gibt noch weitere Planungen insofern, als die EWG versucht, auch in Afrika helfend wirksam zu werden.

Wir in der Bundesrepublik haben keine Sorgen wegen unseres Verhältnisses zu den USA. Wir wünschen die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, weil wir von ihrem hohen technologischen Stand nur profitieren können. In diesem Punkt bin ich nicht der Auffassung von Servan-Schreiber. Bei uns sind die Bedenken gegen die amerikanischen Investitionen in der Bundesrepublik nur gering. Was Herr Strauß hierzu ausgeführt hat, ist eine allgemeine Perspektive, der ich nicht zustimme.

Aber ich wiederhole: Wir haben ein dringendes Interesse daran, daß die Zusammenarbeit in Europa zwischen den sozialistischen Staaten und den westeuropäischen Ländern stärker und intensiver wird. Nur meine ich, Herr Pokrowski, das wird nicht mit bloßem Bilateralismus gehen. Sie müssen also - das ist keine Kritik, sondern Ihr eigener Plan - möglichst bald zur Konvertibilität des Rubels übergehen, um zu einer multilateralen Zusammenarbeit zu kommen. In dieser Hinsicht sind von der Sowjetunion schon einige Schritte nach vorn getan worden.

Emeljanow

Wir sprechen hier über zwei Typen von Realitäten: Das eine sind die statischen Realitäten, in denen die Prozesse bereits abgeschlossen sind. Zu ihnen gehören unter anderem die heute bestehenden Grenzen, die unveränderlich bleiben müssen. Eine solche statische Realität sind auch die zwei deutschen Staaten. Der zweite Typ von Realitäten sind die in der Dynamik, im Prozeß ihrer Entwicklung befindlichen. Auf sie möchte ich jetzt eingehen.

Wir leben in einer komplizierten Welt, in der einerseits ein gewaltiger Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution vor sich geht und andererseits ein nicht weniger mächtiger sozialer Prozeß. Die Wissenschaft hat den Weg zu den unvorstellbaren Kräften der Natur gebahnt. Die Nutzung der nuklearen Prozesse ist Realität geworden. Diese Prozesse kann man sowohl in der Energiewirtschaft als auch in der Produktion von Kernwaffen verwenden. Ich beschäftige mich sowohl mit dem einen als auch mit dem anderen Bereich. Wahrscheinlich bin ich unter den Anwesenden hier der einzige, der dort gewesen ist, wo Atombomben explodierten. Ich hatte auch Gelegenheit, die Atomstationen der Sowjetunion, der USA, Englands, Frankreichs und Japans zu besuchen. Ich weiß, welche Bedeutung die friedliche Nutzung der Atomenergie hat.

Ich stelle mir aber auch vor, was im Falle eines Atomkrieges geschehen würde. Ich denke an jenes Versuchsgelände zurück, wo die Atombombe erprobt wurde. Die Erde kochte dort; eine gewaltige Schicht der Erdoberfläche wurde verflüssigt. Auf jenem Boden kann sich kein Lebewesen mehr aufhalten, kann nichts mehr gedeihen.

Später habe ich zusammen mit den Wissenschaftlern anderer Länder den UNO-Bericht über die Gefahren des Atomkrieges abgefaßt. Dieser Bericht liegt vor mir. Es beteiligten sich daran die Vertreter von zwölf Ländern, und zwar Spezialisten aus den USA, England, Frankreich, der Sowjetunion, Schweden, Norwegen, Japan, Kanada, Polen, Indien, Nigerien und Mexiko. Wir werteten dafür sämtliche Materialien über Kernwaffenversuche aus. Wir haben auch die Materialien aufmerksam untersucht, die der japanische Vertreter aus Hiroshima und Nagasaki mitgebracht hatte. Der Bericht enthält ein umfangreiches statistisches Material.

Ich möchte nur auf zwei Diagramme eingehen. Das eine zeigt, was geschehen würde, wenn über London eine 15-Megatonnen-Bombe explodierte: Von London bis einschließlich Paris würde sich alles in eine tote Zone verwandeln, alles würde mit radioaktiven Stoffen verseucht sein. Auf der anderen Seite ist ein ähnliches Diagramm zu sehen, das zeigt, was geschehen würde, wenn, Gott behüte, die Bombe über Hamburg explodierte. Von Hamburg bis Ulm würde sich alles in eine Todeszone verwandeln. Hannover, Kassel und Göttingen würden in Mitleidenschaft gezogen, alles würde von Radioaktivität verseucht werden.

Wir leben heute in einer Epoche, die unter anderem dadurch gekennzeichnet ist, daß sich die ganze Welt in einem Zustand des labilen Gleichgewichtes befindet. Bei jedem System mit einem solchen metastabilen Zustand genügt eine geringe Anstrengung, um das Gleichgewicht zu ändern. Deshalb bin ich beunruhigt; denn schon eine kleine, an sich unbedeutende Anstrengung kann katastrophale Folgen heraufbeschwören.

Der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution gibt aber gleichzeitig die Möglichkeit, alle schwierigen Probleme, die man bisher durch Krieg mit Waffengewalt zu lösen versuchte, jetzt auf vernünftige Weise zu bewältigen, und wir haben viele Probleme. Vor kurzem hatte Ich Gelegenheit, einem Symposium in der Nähe von Toronto, in Scarborough, beizuwohnen. Die amerikanischen Teilnehmer dort machten mich mit einem Bericht bekannt, der noch auf Weisung Johnsons von einer größeren Gruppe amerikanischer Wissenschaftler vorbereitet worden war. Darin wurden die Ergebnisse eines Prozesses aufgezeigt, der heute in der Welt im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution und der stürmischen industriellen Entwicklung vor sich geht. Ich meine die Verunreinigung der Luft durch Kohlendioxyd und andere Abfälle der Industrie und des Verkehrswesens. Die Wissenschaftler kamen zu dem Schluß, daß in dreißig Jahren, falls dieser Prozeß nicht aufgehalten wird, eine katastrophale Änderung des Klimas auf unserem Planeten eintreten kann. Die Verseuchung der Atmosphäre ist aus diesem Grunde zu einem Problem geworden, das die ganze Menschheit betrifft. Gemeinsam könnten wir vieles tun, um diesen unheilvollen Prozeß aufzuhalten; denn die Wissenschaftler nur eines Landes sind nicht imstande, das Problem zu lösen. Das gleiche gilt für die Wasserreserven unseres Planeten. Beunruhigende Meldungen über die Verschmutzung von Flüssen, Seen und sogar Meeren kommen von überall. Französische Wissenschaftler warnten unlängst vor der großen Gefahr, daß es bald an Trinkwasser mangeln wird, weil die von uns benutzten Wasserquellen verschmutzt werden. Damit entsteht das Problem, wie man die Gewässer reinigen kann.

Im Februar dieses Jahres fand in der Akademie der Wissenschaften in Moskau eine Beratung über jene allgemeinen Probleme statt, bei denen wir alle zusammenarbeiten könnten. An der Beratung nahm auch eine Gruppe von Wissenschaftlern aus den USA teil. Dabei ging es um Fragen des Trinkwassers, des Zusammenhanges von Biosphäre und Mensch, der Erhaltung günstiger Umweltbedingungen für das Leben und die Tätigkeit der Menschen und andere Probleme mehr. Heute stehen wir vor folgender Frage: Entweder werden wir die Schrecken eines möglichen Kernwaffenkrieges erleben, oder wir konzentrieren unsere Anstrengungen auf die Lösung jener Probleme, die seit Jahrhunderten die Menschen bewegen. Wir können sie lösen; dafür müssen aber die Hindernisse beseitigt werden, die die Tätigkeit auf diesem Gebiet stören. Wir Wissenschaftler sind eifrige Anhänger solcher Aussprachen, in denen wir alle Probleme erörtern können, die uns bei der Lösung der wichtigsten Probleme der Gegenwart stören; denn nur so kann die weitere Entwicklung der Zivilisation gewährleistet werden.

Gasteyger

Herr Grosser sprach in seinem Referat von zwei Wegen, auf denen die Sicherheit in Europa verstärkt werden könne: Einmal soll die Sicherheit durch Anerkennung des Bestehenden erreicht werden. Wir alle sind uns wohl darin einig, daß der territoriale Status quo, wie er heute in Europa besteht, nicht geändert werden soll. Herr Grosser fügte dann aber sehr richtig hinzu, daß wir zugleich versuchen sollten, mehr Sicherheit durch eine Veränderung und schrittweise Verbesserung des Status quo zu erreichen. Es dürfte sicherlich auch Einigkeit darin bestehen, daß der gegenwärtige politische Status quo in Europa durchaus verbesserungswürdig und verbesserungsfähig ist, daß er uns jedenfalls nicht jene Sicherheit gibt, die wir als nötig erachten.

Die eigentliche Gefährdung der Sicherheit scheint mir nun weniger durch eine direkte Konfrontation der beiden Weltmächte gegeben zu sein, auch nicht durch eine Konfrontation der beiden Bündnissysteme. Vielmehr ist - sieht man einmal vom Sonderfall Berlin ab - in den letzten zwanzig Jahren die Sicherheit innerhalb der Bündnissysteme, und hier wiederum besonders innerhalb des Warschauer Paktes, gefährdet worden. Um ein Beispiel zu geben: Ich war vor vierzehn Tagen in der Tschechoslowakei. Die vielen Gespräche, die ich dort führen konnte, haben mich davon überzeugt,

daß heute in der CSSR das Gefühl der Unsicherheit und - im Gegensatz zu dem, was ich in den Jahren vorher in der Tschechoslowakei angetroffen habe - des Mißtrauens gegenüber der Sowjetunion! weit verbreitet ist. Das beunruhigt uns, und wir können nur hoffen, daß sich dies bald im positiven Sinne ändern wird.

Wir wollen also Veränderung und Verbesserung der Sicherheit. Dem hat auch Herr Markiewicz grundsätzlich zugestimmt. Er machte allerdings eine wichtige Einschränkung, indem er sagte, es sollten nur solche Veränderungen stattfinden, die die Sicherheit in Europa nicht gefährden. Auch darüber werden wir uns einigen können. Die Frage ist jedoch: Wer entscheidet darüber, wann und von wem die Sicherheit gefährdet ist? Darüber bestehen doch offensichtlich verschiedene Meinungen. Was für die eine Seite Veränderungen in der politischen und sozialen Lage eines Landes sind, sieht die andere Seite bereits als eine Infragestellung der bestehenden Ordnung an.

Wir werden uns weiter zu fragen haben, ob die Prinzipien der friedlichen Koexistenz - also unter anderem das Verbot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Garantie nationaler Unabhängigkeit - für alle Staaten gleichermaßen gilt. Wenn ich den "sozialistischen Internationalismus", der ja die Grundlage für die Beziehungen unter den kommunistischen Ländern bilden soll, richtig verstehe, dann ist er der "friedlichen Koexistenz" übergeordnet. Mit anderen Worten: "Friedliche Koexistenz" regelt die Beziehungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme; "sozialistischer Internationalismus" ist ein höher entwickeltes System, das unter den Warschauer-Pakt-Staaten eine viel engere Solidarität begründen soll und damit gegebenenfalls eine Intervention als "brüderliche Hilfe" rechtfertigen kann. Wenn dem so ist, dann operieren wir offenbar mit verschiedenen Wertmaßstäben, das heißt: Was wir nach den Regeln der "friedlichen Koexistenz" als Intervention bezeichnen würden, ist nach dem Verständnis des "sozialistischen Internationalismus" lediglich eine Hilfsmaßnahme zur Stützung eines gefährdeten Verbündeten; oder, weiter und allgemeiner gefaßt: was die eine Seite lediglich als Konsolidierung ihres Bündnissystems betrachtet, beurteilt die andere bereits als eine Bedrohung; was für den einen ein weiterer Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ist, grenzt für den anderen bereits an wirtschaftspolitische Subversion.

Ich will hier keine Polemik beginnen. Mir kommt es vielmehr darauf an zu fragen, ob wir uns nicht über bestimmte Grundregeln unseres gegenseitigen Verhaltens einigen oder verständigen könnten, die einen friedlichen Wandel und eine schrittweise Verbesserung des Status quo in Europa ermöglichen, ohne daß die eine oder die andere Seite dies bereits als eine Gefährdung ihrer Sicherheit anzusehen braucht. Man kann dies beispielsweise durch bilaterale oder auch multilaterale Verhandlungen in Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz tun, oder man kann sich darüber auf einer solchen Konferenz selbst unterhalten. Man kann es möglicherweise auch - ich greife hier einen Vorschlag von Herrn Rubinski auf - durch die Schaffung einer permanenten Europäischen Sicherheitskommission tun, deren Aufgabe es wäre, solche grundlegenden Regeln einer gegenseitigen Verständigung auszuarbeiten, die uns einen schrittweisen Wandel in Europa ohne "Verkehrsunfälle", Mißverständnisse und daraus folgende Spannungen ermöglichen.

Das Ziel solcher Bemühungen sollte jedenfalls vor allem darin bestehen, in das gegenwärtige Blocksystem ein Element größerer Beweglichkeit einzubauen, so daß politische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen indem einen oder anderen Land nicht sogleich als Gefährdung des Status quo angesehen werden.

Hahn

Eine der Gesetzmäßigkeiten der internationalen Zusammenarbeit besteht sicherlich darin, daß wir ihre Intensivierung im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution zu erwarten haben. Diese Prozesse werden dazu führen, daß sich langfristig - wie Herr Borissow ausgeführt hat - auch die Formen verändern werden, in denen die Beziehungen sowohl unter den sozialistischen als auch unter den kapitalistischen Staaten wie zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten vor sich gehen. In diesem Sinne verstehe ich einige Ausführungen von Herrn Grosser.

Ich sehe jedoch einen Unterschied zu jener Fragestellung, die Herr Grosser aufwarf, als er von Veränderungen auch in bezug auf die inneren Verhältnisse sprach. Die beiden Systeme, mit denen wir es zu tun haben, entwickeln sich nach unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten. Es kann nicht die Aufgabe der Zusammenarbeit sein - auch wenn sie andere Formen annimmt als heute;- , auf diese inneren Prozesse des gesellschaftlich-politischen Lebens Einfluß zu nehmen.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist es notwendig, sich darüber Gedanken zu machen, in welcher Weise wir die der Zusammenarbeit entgegenstehenden Barrieren beseitigen können, wie wir

zum Beispiel die Diskriminierungen, die heute noch in der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Rolle spielen, ausschalten können.

Wenn wir, Herr Gasteyger, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Zusammenhang mit einem europäischen Sicherheitssystem diskutieren, dann scheint mir Ihre Auffassung richtig zu sein, daß in den Beziehungen der Staaten verschiedener Systeme die Prinzipien der friedlichen Koexistenz oder - wenn dieser Begriff etwas zweideutig sein sollte - die Prinzipien, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, die Basis für die Zusammenarbeit bilden müssen. Ich stimme Ihnen auch zu, daß es einen Prozeß gibt, in dem diese allgemein anerkannten Prinzipien in den Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander bereichert worden sind, und zwar durch die Elemente, die spezifisch aus den Gesellschafts- und Staatsordnungen unserer sozialistischen Länder resultieren.

Gasteyger

Wie können aber die sich verbessernden Bedingungen eines internationalen Austausches auf die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern und vor allem auch auf die inneren Strukturen in diesen Ländern Einfluß nehmen? Sie sagen sehr richtig, Herr Hahn, daß es nicht die Aufgabe einer solchen Zusammenarbeit sein könne, in die inneren Prozesse der einzelnen Länder einzugreifen. Kann aber eine solche Zusammenarbeit nicht gewollt oder ungewollt auch die inneren Prozesse beeinflussen, und sollte das nicht sogar ihr Ziel sein? Ich persönlich bin der Meinung, daß sie das in der Tat tun sollten, denn wir müßten unsere Systeme für Veränderungen, Reformen und einen steten Wandel zu neuen, besseren Lösungen offen halten.

Sie sprechen nun von den besonderen Elementen, um die die friedliche Koexistenz im sozialistischen Lager angereichert worden sei. Ich möchte wiederum fragen: Gehen diese "angereicherten Elemente" über die Satzung der UNO und vor allem über den Artikel 2 hinaus? Gilt für sie das Prinzip der Nichteinmischung und der Nichtandrohung von Gewalt in genau dem Sinne, wie es für alle übrigen Länder außerhalb der sozialistischen Gemeinschaft gilt - oder gilt es nicht?

Rasch

Unser Tagungsthema heißt: "Europäische Sicherheit und Möglichkeiten der Zusammenarbeit". Es ließe sich auch in Form einer Frage formulieren: "Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zur Erreichung europäischer, Sicherheit gibt es?" Dazu möchte ich einige Fragen aufwerfen, die sich auf die zur Zeit diskutierte Sicherheitskonferenz aufgrund des Budapester Appells vom vorigen März beziehen, und zwar halte ich folgende für besonders wichtig: Ist auf östlicher Seite noch ein ebenso großes Interesse an dieser Sicherheitskonferenz vorhanden wie vor einem Jahr, oder würde das Interesse geringer sein, wenn es etwa zu einem Gewaltverzichtsabkommen bilateraler Art zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik käme, das die dringlichsten Probleme Mitteleuropas einbezieht?

Zweitens: Welche Themen sollten auf einer solchen Sicherheitskonferenz im einzelnen behandelt werden, beziehungsweise welche sollten nicht behandelt werden, um die Konferenz nicht von vornherein zu sehr zu belasten? Ist es beispielsweise sinnvoll, dort Abrüstungsfragen zu erörtern?

Eine dritte Frage, die mich ganz besonders interessiert: Könnten nicht die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik zur Förderung der Sicherheitskonferenz zusammenarbeiten? Ein Ergebnis der Konferenz, ja schon die Tatsache, daß beide deutschen Staaten an einer solchen Konferenz verantwortlich teilnehmen, würde zweifellos die völkerrechtliche Anerkennung für die DDR implizit mit sich bringen. Würde nicht schon die Förderung dieser Konferenz einen Fortschritt in der Richtung bringen, die wir in der Sache alle anstreben?

Viertens: Könnte man etwas tun, um zur Fortsetzung des Gespräches, das im vorigen November in Wien stattgefunden hat, auf rein privater Grundlage eine Vorkonferenz zu der von den Regierungen dann zu veranstaltenden offiziellen Sicherheitskonferenz abzuhalten? Gerade hier würde ich gute Möglichkeiten sehen, daß Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zusammenarbeiten.

Kotow

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Freunde. Gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen. Vor allem möchte ich über den Charakter unseres Treffens sprechen. Ich meine, daß unsere Zusammenkunft hier in Leningrad für uns alle gerade auch deshalb von Interesse ist, weil sämtliche Teilnehmer die Möglichkeit haben, ihren Standpunkt zu den wichtigsten Fragen der Gewährleistung der europäischen Sicherheit und der Festigung des Friedens darzulegen und dadurch einander

besser zu verstehen. Ich bin zugleich der Meinung, daß das eigentliche Ziel dieses Bergedorfer Gesprächs darin besteht, Wege für das zu finden, was uns vereint, und nicht das herauszustellen, was uns trennt.

In unserer Arbeit zeichnet sich eine sehr gute Tendenz ab: Wir sind bemüht, Wege zu finden für Aktionen, in denen wir uns im Hinblick auf die Festigung der europäischen Sicherheit vereinigen können, obwohl hier sehr verschiedene Standpunkte vertreten werden und wir unterschiedliche politische Anschauungen und Überzeugungen haben. Ich persönlich bin der Ansicht, daß wir den richtigen Weg in unserem Dialog gehen. Ich bin mit der Art und der Arbeit des Bergedorfer Gesprächskreises genügend vertraut, um zu wissen, daß die Diskussionen dort nicht um ihrer selbst willen geführt werden, sondern daß unsere Freunde ebenfalls nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit, der Verständigung zur Festigung der europäischen Sicherheit suchen.

Gestern sprachen wir davon, daß es an der Zeit ist, praktische Schritte zu unternehmen, um einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Wir haben jetzt einen Zeitpunkt erreicht, wo man von allgemeinen Erklärungen zu konkreteren Maßnahmen übergehen muß, um Entspannung zu fördern und die Entwicklung einer breiten Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu ermöglichen. In diesem Sinne gewinnt die Einberufung der gesamteuropäischen Beratung eine besondere - politische und praktische - Bedeutung; denn sie soll die erforderlichen Voraussetzungen für die gegenseitige Verständigung zwischen den europäischen Völkern schaffen. Diese Beratung kann selbstverständlich nur dann Erfolg haben und den Hoffnungen der Völker gerecht werden, wenn nicht nur die Regierungen der europäischen Länder, sondern auch sämtliche Kräfte der Öffentlichkeit, alle, denen der Friede teuer ist, zur Vorbereitung dieser wichtigen Konferenz beitragen.

Herr Rasch äußert nun die Befürchtung, ob auf unserer Seite das Interesse an dieser Beratung nicht geringer geworden sei. Dieser Auffassung bin ich keineswegs; im Gegenteil: Die Sowjetregierung und die ganze sowjetische Öffentlichkeit begrüßen die Einberufung und tun ihrerseits alles, damit die Beratung stattfindet und erfolgreich wird. Ich erinnere Sie an den Appell der Mitglieder des Warschauer Vertrages an alle europäischen Länder, die aufgerufen wurden, sich an der Vorbereitung und Durchführung dieser Beratung zu beteiligen. Seitdem haben wir unsere Bemühungen darum nicht vermindert.

Die Einberufung dieser Konferenz wäre ein historisches Ereignis im Leben unseres Kontinents. Als Voraussetzung für einen Erfolg dieser Beratung müßte ein Klima des Vertrauens geschaffen werden, und wir können in dieser Richtung noch sehr viel tun. So sollte man zum Beispiel auf alle Handlungen verzichten, die die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den Staaten vergiften. Wir können und müssen dazu beitragen, daß die Reste des "Kalten Krieges" beseitigt und gute Beziehungen zwischen allen Völkern geschaffen werden. Man muß die Bemühungen aller gesellschaftlichen Kräfte, die für den Frieden eintreten, mobilisieren und vereinigen, damit Europa nicht länger ein Schauplatz der Konfrontation einander entgegengesetzter Systeme ist, sondern zu einem Kontinent der gegenseitigen Verständigung und des Vertrauens wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Rolle der Öffentlichkeit in einzelnen Ländern hinweisen.

Wir wissen, daß in England, in Frankreich, in der BRD und in anderen europäischen Ländern viele Politiker und viele Vertreter der Öffentlichkeit in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen und mit oft unterschiedlichen politischen Anschauungen und religiösen Überzeugungen im Interesse des Friedens nach Meinungsaustausch und Zusammenarbeit streben. Ich stelle mit Freude fest, daß in den letzten Jahren solche Kontakte seitens unserer sowjetischen gesellschaftlichen Organisationen wesentlich erweitert wurden. Wir sind zu einer solchen Zusammenarbeit, zu einem Austausch von Meinungen, zu einem Dialog mit allen Vertretern der Öffentlichkeit in Europa bereit. Wir begrüßen auch die Initiative des Bergedorfer Gesprächskreises, der auf der Suche nach neuen Formen der Zusammenarbeit mit den Vertretern der Öffentlichkeit in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern, mit allen Organisationen, die für den Frieden in Europa eintreten, immer weiter geht. Wir sind bereit, solche Begegnungen wie hier in Leningrad fortzusetzen und unsere Beziehungen zu Ihnen auch weiterhin zu entwickeln.

Herr Rasch hat nun die sehr interessante Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, eine Zusammenkunft auf breiter Grundlage vorzubereiten, an der sich Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Kreise und friedliebender Kräfte in Europa beteiligen. Eine solche Idee wurde bereits bei dem Treffen in Wien unterstützt. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß auch meine Kollegen in der Friedensbewegung sowie die Vertreter aller unserer gesellschaftlichen Organisationen damit übereinstimmen, daß dieser Gedanke von großem Interesse ist und jede Unterstützung verdient. Dann könnten wir unseren Dialog auf breiterer Grundlage fortsetzen, die Zusammenarbeit der Öffentlichkeit in den verschiedenen Ländern erweitern und unsere Kontakte festigen.

Bratanov

Aus den Diskussionen hier konnten wir die ernsthaften Bemühungen der breiten Kreise der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland erkennen, die mit dem Bergedorfer Gesprächskreis in Verbindung stehen, um Wege zur europäischen Sicherheit zu ermitteln. Ich billige die grundlegenden Vorschläge von Herrn Rasch für die Schaffung einer Bewegung für europäische Sicherheit auf breitester Basis.

Nun steht vor uns die Aufgabe, nicht nur die Probleme der europäischen Sicherheit zu erörtern, sondern auch die breiten Kreise der Öffentlichkeit zu vereinigen, um die bisherige europäische Realität zu verändern und die Völker darin zu unterstützen, daß sie auf ihre Regierungen einwirken, damit eine kollektive Sicherheit auf unserem Kontinent geschaffen wird.

Die gesellschaftliche Bewegung für europäische Sicherheit steckt noch in den Kinderschuhen, doch wird sie sich mit der Zeit vertiefen und immer breitere Kreise in den verschiedenen Ländern unseres Kontinents erfassen. Der Bergedorfer Kreis ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür. Die Aktivierung der Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiges Moment im Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa. Die Erklärung, die auf Anregung von Lorenz Knorr veröffentlicht wurde und die an den Kampf gegen Neonazismus anlässlich des 25. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges appellierte, vereinigte zahlreiche hervorragende Aktivisten, Gelehrte und Kulturschaffende in Europa. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Jugend und die Intelligenz sind an den Problemen der europäischen Sicherheit interessiert.

Unser Nationalkomitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Bulgarien unterhält Beziehungen zu den Nationalkomitees für europäische Sicherheit in der DDR und in der CSSR, in Belgien - dessen Nationalkomitee eines der aktivsten in Europa ist und in dem alle Parteien, Gewerkschaften, die Jugend, die kirchlichen und anderen Organisationen vertreten sind - sowie in Italien, Frankreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, der Schweiz und in anderen Ländern.

Auf der Wieder Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, die von Ende November bis Anfang Dezember 1969 auf Anregung von M. Lambiot, Iwaskewicz und anderen Funktionären einberufen wurde, trafen mehr als 300 Vertreter aus 26 Ländern und von 56 internationalen Organisationen zusammen. Sie faßten eine Reihe von Beschlüssen und gaben die Erklärung ab, eine Bewegung für europäische Sicherheit auf breitester Grundlage ins Leben zu rufen. Es wurde ein Initiativkomitee gegründet, dem die Vorsitzenden und die Mitglieder der vier Kommissionen, ich selbst als Vorsitzender der Kommission für kulturelle Zusammenarbeit, angehören.

Ich bin der Ansicht, daß wir nach den in diesen zwei Tagen geführten nutzbringenden Diskussionen konkrete Initiativen ergreifen sollten, um eine Bewegung für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit auf breitester Grundlage zu schaffen. Das sowjetische Komitee zum Schutze des Friedens und der Bergedorfer Gesprächskreis sollten eine Verbindung mit dem Initiativkomitee der Wiener Konferenz und den Nationalkomitees für europäische Sicherheit herstellen, um ein entsprechendes Bewußtsein in den Volksmassen in Europa zu fördern. Außerdem sollten Initiativgruppen in den einzelnen Ländern geschaffen werden, um einen Kongreß der Völker Europas für Sicherheit und Zusammenarbeit auf breitester Grundlage zu fördern.

Gestern erwähnte ich den antimilitaristischen Kongreß in Amsterdam im Jahre 1932, an dem auch Georgi Dimitroff, unser unvergessener Lehrer und begeisterter Inspirator, der Kämpfer gegen den Faschismus und den Krieg, beteiligt war. Heute ist sein Geburtstag, und ich möchte an sein großes Beispiel als kühner Kämpfer und Massenorganisator beim Aufbau der Nationalen Front erinnern. Heute, im Jahre 1970, geht es darum, die öffentlichen Kräfte in allen europäischen Ländern für eine massenhafte antimilitaristische Bewegung zur Festigung der europäischen Sicherheit zu mobilisieren.

Wiles

Sie erwähnten als einen Weg zur europäischen Sicherheit Massenbewegungen im Westen, Herr Bratanov.

Bratanov

Solche Bewegungen finden tatsächlich statt.

Wiles

Nun, eine Massenbewegung im Westen, das würde Herrn Strauß bedeuten; ihn muß man dann in Kauf nehmen.

Mir scheint unter den östlichen Kollegen hier, wenn auch nicht so offen ausgesprochen, die Meinung zu herrschen, als könne man solche Dinge bei uns ohne demokratische Prozeduren, wie wir sie im Westen verstehen, arrangieren. Das ist aber nicht der Fall. Bei uns muß man die öffentliche Meinung ehrlich überzeugen, oder es endet mit einer Niederlage. Vorläufig ist in dieser Sache noch nicht viel erreicht - ich kann nicht einmal sagen, daß Sie mich schon in allem gewonnen hätten. Sie müssen uns mit Taten, nicht nur mit Worten helfen.

Bratanov

Ich sprach von öffentlichen Bewegungen für die europäische Sicherheit und nicht von Manifestationen in der Art des Herrn Strauß. In Belgien beteiligen sich zum Beispiel Kräfte aller politischen Parteien daran. Auch in England sind viele Mitglieder zum Beispiel der Labour Party an dieser Bewegung interessiert. Wir müssen positiv arbeiten, wie Herr Kotow es dargelegt hat. Was uns verbindet, müssen wir hervorheben. In dieser Richtung gibt es gegenwärtig eine Bewegung der Öffentlichkeit für die europäische Sicherheit, und diese Bewegung entwickelt sich. Alle fortschrittlichen Kräfte vereinigen sich, um dieser Sache in realistischer Einschätzung der Möglichkeiten zu dienen. Das ist keine Illusion.

Wiles

Sie haben es jetzt viel gemäßiger gesagt. Sofern alle Parteien, wie in Belgien, einig sind, geht es gewiß gut. Das ist aber zum Beispiel in der Bundesrepublik leider noch nicht der Fall; auch dort muß man die Leute überzeugen. Und sprechen Sie bitte nicht von "positiven Kräften", das klingt nach "Kaltem Krieg".

Bender

Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten wird von den sozialistischen Ländern ein kollektives Sicherheitssystem für Europa als das Mittel genannt, mit dem Sicherheit auf diesem Kontinent geschaffen werden könnte. Mitte der fünfziger Jahre machte die Sowjetunion Vorschläge zu einer Konstruktion, nach der jeder für jeden eine Garantie abgeben sollte, damit jeder gegen jeden gesichert sei.

Entspricht dieses Modell eigentlich noch den heutigen Vorstellungen? Ich bemühe mich seit langem darum, irgendeine Konkretisierung des Vorschlages für ein "Europäisches Sicherheitssystem" zu bekommen. Ich habe aber bisher keine Antwort erhalten, was mit einem solchen System, das in nahezu jeder Rede, in nahezu jedem Kommuniqué und Beschluß genannt wird, tatsächlich gemeint ist.

Gehen die Überlegungen in die Richtung, die Worte "Sicherheit" und "Zusammenarbeit" so zu verbinden, wie es im Budapester Appell der Fall war? Als Grundgedanke würde mir einleuchten, daß man sagt: Wir wollen mehr Sicherheit durch mehr Zusammenarbeit schaffen und andererseits durch mehr Sicherheit mehr Zusammenarbeit ermöglichen. Das heißt, wir wollen durch ein Netz von bilateralen Beziehungen, teilweise auch durch multilaterale Zusammenarbeit so viele Verbindungen herstellen, daß politische Katastrophen einfach nicht mehr möglich sind, so wie beispielsweise in Westeuropa allein schon wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung ein Krieg unmöglich geworden ist.

Zielen die Vorschläge über Sicherheit und Zusammenarbeit, wie sie im Budapester Appell dargelegt wurden, auf ein solches Netz von Verbindungen ab, und zwar jetzt bezogen auf den ganzen Kontinent, so daß dadurch die Militärpakte überflüssig werden könnten? Das wäre auch der einzige Weg, von der fragwürdigen Form der Sicherheit, die Herr Emeljanow erwähnt hat, wegzukommen, von der Sicherheit, die auf einem militärischen Gleichgewicht beruht, das immer die Gefahr enthält, daß einer glaubt, das Gleichgewicht bestünde nicht mehr, sondern er habe ein Übergewicht.

Ich wäre dankbar, wenn man mir einmal erklären könnte, welche Vorstellungen Sie haben, wenn Sie vom europäischen Sicherheitssystem, von Sicherheit und Zusammenarbeit sprechen.

Poljanow

Ich möchte Sie nur daran erinnern, Herr Bender, daß seit 1966, als die Bukarester Deklaration veröffentlicht wurde, die Gedanken und Vorstellungen der sozialistischen Länder über die europäische Sicherheit mehrmals konkretisiert worden sind. Diese Materialien sind leider nicht immer in der westlichen Presse publiziert worden, aber wir stellen Ihnen die deutschen Texte der Dokumente gern

zur Verfügung. Ich bin überzeugt, daß dann alle Mißverständnisse über die Vorstellungen der sozialistischen Länder hinsichtlich der europäischen Sicherheit auch bei Ihnen geklärt sein werden.

Bender

Mir sind die Bukarester und die Karlsbader Erklärung sowie der Budapester Appell sehr wohl bekannt, ebenso die Vorschläge für eine Auflösung der Blockorganisationen. Ich sehe aber auch einen Unterschied zwischen Bukarest und Karlsbad. In Karlsbad wurde sehr viel weniger vorgeschlagen, zum Beispiel behandelte man dort das Thema Truppenrückzug - im Gegensatz zu Bukarest, das in diesem Punkt sehr viel weiter ging - nur vage. Aber wie denkt man sich das weitere Vorgehen? Man spricht von einer Auflösung der Blöcke - was soll aber an deren Stelle treten? Soll überhaupt etwas an die Stelle der Blöcke treten? Wie das europäische Sicherheitssystem konkret aussehen soll, ist weder in Bukarest noch in Karlsbad und in Budapest ausgeführt worden.

Poljanow

Wenn die sozialistischen Länder einen Meinungs austausch über das System der europäischen Sicherheit vorschlagen, dann wissen sie sehr gut, wie kompliziert das Problem ist. Wir gehen in erster Linie von dem aus, was am leichtesten erreichbar ist.

Die sozialistischen Länder haben aber mehrmals davon gesprochen, daß sie bereit sind, auch andere Vorschläge zu prüfen. Meines Erachtens kann das System der europäischen Sicherheit in allen seinen Nuancen nur das Ergebnis kollektiver Bemühungen und gemeinsamer geistiger Anstrengungen sein. Wir werden hier an diesem Tisch kaum ein genaues Schema entwerfen können, welches System sich für Europa am besten eignen würde. Aber wir können genau sagen, womit man beginnen sollte, wo und in welchen Punkten wir die ersten entscheidenden Schritte auf dem Wege zu diesem System tun könnten. Über diese Punkte haben die sozialistischen Länder sehr ausführlich gesprochen, und sie haben hinzugefügt, daß sie bereit wären, auch die Vorschläge der westlichen Länder zu erörtern.

Bender

Sie sagten eben, es sei sinnvoll, mit dem Leichtesten zu beginnen. Darf ich das so verstehen, daß die Sowjetunion heute zu dem Vorschlag von Bukarest steht, die Blöcke aufzulösen und sämtliche Truppen von fremden Territorien in Europa zurückzuziehen?

Poljanow

Ich kann dazu folgendes sagen: Den europäischen Staaten liegen jetzt die im Budapester Appell gemachten Vorschläge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder vor. Diese Vorschläge wurden in den Prager Beratungen der Außenminister in der gleichen Weise formuliert, und sie sind dann in den Reden der Staatsmänner der sozialistischen Länder wiederholt worden.

Wir sollten alle ernsthaft an diese Fragen herangehen. Soviel ich weiß, ist die Regierung der Bundesrepublik im Prinzip einverstanden, daß wir eine europäische Beratung einberufen. In diesem Falle würden wir einen sehr wichtigen Schritt auf dem Wege zur europäischen Sicherheit tun.

Bender

Im Budapester Appell hat man sich auf Bukarest bezogen. Heißt das, daß die Vorschläge von Bukarest, die ich eben nannte, noch gelten?

Hahn

Man sollte wirklich darüber nachdenken, Herr Bender, wie es kommt, daß bestimmte Modellvorstellungen, die von den sozialistischen Ländern entwickelt worden sind, sich verändert haben. Ich möchte hierzu einen französischen Publizisten zitieren, der bemerkte: Man hat sich im Westen immer zwei Jahre zu spät überlegt, die Fragestellungen der sozialistischen Staaten aufzugreifen und ernsthaft zu diskutieren.

Wir bemühen uns heute um die Vorbereitung einer Sicherheitskonferenz. Wir sollten unsere Anstrengungen verstärken, um sie möglichst schnell zu realisieren.

Markiewicz

Es scheint hier der Eindruck zu entstehen, als ob die sozialistischen Staaten auf einmal von ihren früheren Vorschlägen abgingen und jetzt etwa gegen das kollektive europäische System wären. Das

ist einfach nicht wahr. Es handelt sich natürlich um eine etappenweise Lösung. Es müssen Möglichkeiten dafür geschaffen werden, damit in Zukunft an die Stelle der Militärblöcke ein kollektives Sicherheitssystem treten kann. Aber wir haben stets unterstrichen, daß dieses Problem nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Wir haben jedoch eine Vorstellung, wie ein solches System aufgebaut werden könnte. Dabei kommt es vor allem auf die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz an, auf die Lösung der Fragen, die zur Tagesordnung der Europäischen Sicherheitskonferenz gehören, entsprechend den Vorschlägen der Außenminister der sozialistischen Länder vom Oktober vorigen Jahres.

Es geht also um eine schrittweise Annäherung an jenen Zustand, bei dem ein kollektives Sicherheitssystem an die Stelle der Blöcke treten wird. In den weiteren Etappen sollte ein Konsultationsmechanismus zwischen den Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in West und Ost geschaffen werden, um im Falle einer Gefährdung des Friedens und der Sicherheit den Gefahren gemeinsam entgegenzutreten zu können. Weitere konkrete Schritte in Richtung auf die Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems könnten dann folgen.

Man muß aber, wie Herr Poljanow sagte, mit den grundlegenden Fragen beginnen, und ich meine, daß die von den sozialistischen Staaten unterbreitete Tagesordnung eine Grundlage bietet, auf der man die Vorbereitung der Sicherheitskonferenz diskutieren kann.

Lebedew

Ich beteilige mich zum ersten Mal an einem Bergedorfer Gespräch. Mir gefällt jener Geist der Aufrichtigkeit in den Reden der Teilnehmer hier, die dem Appell von Herrn Körber folgten, weniger über allgemein bekannte Dinge zu reden, dafür mehr über Fragen und Probleme, die in den offiziellen Dokumenten, Reden und Presseberichten nicht oder nur ungenügend beleuchtet werden.

Ich bin der Meinung, daß man dem Gespräch über die europäische Sicherheit und über die Wege, sie zustande zu bringen, einige methodische Bemerkungen voranschicken muß. Es sind die im Westen verbreiteten Behauptungen zu beantworten, daß die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten, die den Vorschlag zur Einberufung der gesamteuropäischen Beratung über Fragen der Festigung der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa unterbreitet haben, damit angeblich irgendwelche geheimen Ziele verfolgten. Und ferner muß darüber gesprochen werden, was wir unter der Losung "Überwindung der Spaltung Europas" verstehen.

Man braucht an sich nicht daran zu erinnern, daß das Fehlen der europäischen Sicherheit in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine der Hauptursachen der Katastrophe war, die die Welt in den Jahren 1939 bis 1945 erleben mußte und die besonders unser Land in Mitleidenschaft gezogen hat, das über zwanzig Millionen Menschen verlor. Die Folgen dieser Katastrophe waren in den ersten Nachkriegsjahren in dieser Stadt, deren Gäste wir sind, besonders deutlich zu spüren. Zu verhindern, daß sich derartiges wiederholen könnte, ist heute unser größtes Interesse.

Ich wende mich entschieden gegen die Behauptungen einiger westdeutscher Politiker und Journalisten hinsichtlich irgendwelcher geheimer Ziele der sozialistischen Länder, wenn sie zur Schaffung des Systems der europäischen Sicherheit aufrufen. Diese Initiative entspricht natürlich den Interessen der sozialistischen Länder, aber sie verfolgt damit keineswegs das Ziel, einen einseitigen Vorteil für die UdSSR herauszuholen. Jeder, der das jetzige Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt realistisch einschätzt, ist sich darüber im klaren, daß unser Land zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern über alles Notwendige verfügt, um seine Sicherheit vor den aggressiven Anschlägen irgendwelcher anderen Staaten zu schützen. Verfügen auch die westeuropäischen Staaten, darunter auch diejenigen, die der NATO angehören, über solche Möglichkeiten?

So wie die anderen sozialistischen Länder in Europa ist auch die Sowjetunion an der Schaffung der europäischen Sicherheit, an der Abwendung des Krieges interessiert. Das gleiche müßte, glaube ich, auch für die westeuropäischen Länder gelten. Ich stimme der Ansicht zu, daß das System der europäischen Sicherheit zur Überwindung der Spaltung Europas führen soll. Wir müssen alle jenem Ideal nachstreben, von dem die besten Geister Europas geträumt und geschrieben haben, nämlich der Einheit Europas. Die Aufrechterhaltung der Spaltung Europas in zwei militärische Gruppierungen, NATO und Warschauer Vertrag, ist für unseren Kontinent, ja für die ganze Welt gefährlich.

In diesem Zusammenhang muß ich mich aber gegen einen Gedanken wenden, der in den Äußerungen einiger Teilnehmer anklang, daß nämlich die Beseitigung der Spaltung Europas Hand in Hand mit gewissen sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen der sozialistischen Ordnung auf dem Wege der Konvergenz erfolgen müsse. Wir sind der Auffassung, daß es bestimmte umkehrbare Prozesse gibt. Zu diesen gehört der Prozeß, der in Europa zur Entstehung der

sozialistischen Staaten mit einer dem Kapitalismus entgegengesetzten sozial-ökonomischen und politischen Ordnung führte.

Was dagegen die Existenz der militärischen Gruppierungen anbelangt, die ja auch zu den Realitäten im gegenwärtigen Europa gehören, so handelt es sich hierbei meiner Ansicht nach nicht um eine historisch unwiderrufliche Erscheinung. Die NATO und der Warschauer Vertrag sind durch den "Kalten Krieg" ins Leben gerufen worden, den die imperialistischen Mächte gegen die sozialistischen Länder führten. Es lassen sich also prinzipielle Unterschiede zwischen den beiden Militärblöcken hinsichtlich der Gründe ihrer Entstehung und Entwicklung sowie ihrer Zielsetzungen feststellen. Auf diese Frage kann ich jetzt aus Zeitgründen nicht näher eingehen. Die Existenz der militärpolitischen Blöcke in Europa ist sicherlich nicht der politischen Weisheit letzter Schluß. Die gegenseitige nukleare Abschreckung, die im Westen als Gewähr des Friedens und der Sicherheit für die jeweiligen Staaten und für Europa insgesamt gepriesen wird, beinhaltet in Wirklichkeit die schreckliche Gefahr des Krieges. Der Friede kann nicht auf einer solchen irrationalen Grundlage ruhen.

In den letzten Jahren haben wir mehrfach unsere Bereitschaft erklärt, im Falle einer Beseitigung der NATO auch den Warschauer Vertrag aufzulösen. Es wäre jedoch sinnlos anzunehmen, daß die sozialistischen Länder schon heute zu einem allmählichen Abbau des Warschauer Vertrages bereit sind, zu einem Zeitpunkt, da die Leader der NATO keineswegs an die Auflösung dieses Blocks denken, sondern im Gegenteil seine Existenz verewigen und ihn zu einer ständigen Institution machen wollen. Nur die Schaffung des Systems der kollektiven Sicherheit kann zur Liquidierung der Militärblöcke führen.

Meine letzte Bemerkung betrifft die Wege, die zur europäischen Sicherheit führen sollen. In diesem Zusammenhang stellte Herr Rasch an die sowjetischen Teilnehmer die Frage, ob das Interesse für die Konferenz heute noch vorhanden ist oder ob sie durch Fortschritte in den zweiseitigen Verhandlungen nicht mehr so aktuell sei und also nicht mehr den gleichen Wert habe, den sie früher hatte. Ich meine, daß ein eventueller Fortschritt in den bilateralen Verhandlungen die europäische Beratung nicht stört, sondern für sie im Gegenteil günstige Bedingungen schafft. Kein zweiseitiges Abkommen kann Probleme lösen, die die Interessen von ganz Europa, von allen europäischen Staaten - nicht nur derjenigen, die den militärischen Gruppierungen angehören, sondern auch der neutralen Staaten - berühren.

Es wurde auch gefragt, was man konkret zur Verwirklichung der europäischen Sicherheit vorschlagen könnte. Für die Erörterung irgendeines Modells haben wir heute wohl kaum die Zeit; es liegt jedoch auf der Hand, daß uns das Studium der Erfahrungen der Vergangenheit, der verpaßten Möglichkeiten von früher, bei der Ausarbeitung eines stabilen Systems der kollektiven Sicherheit helfen könnte.

Es gibt im Westen auch Vorschläge, anstelle der Einberufung der gesamteuropäischen Beratung ein Komitee oder einen besonderen Ausschuß zu bilden. Ich bin der Meinung, daß man sich nicht im voraus an eine solche Formel binden sollte. Ich sehe den richtigen Weg doch in der Einberufung von Vertretern der europäischen Staaten. Diese können ihre Meinungen zu einer Reihe von Problemen austauschen, herangereifte Fragen lösen, um dann einen konkreten Beschluß darüber zu fassen, auf welchen Wegen man vorgehen muß. Möglicherweise wird die Konferenz einen besonderen Ausschuß zur Ausarbeitung des Problems der europäischen Sicherheit ins Leben rufen.

Wiles

Ich habe nur eine Frage an Herrn Lebedew, die den fundamentalen Unterschied der beiden sozialen Systeme betrifft. Wenn Sie von der Liquidierung der Blöcke sprechen, dann besagt das im Osten etwas ganz anderes als im Westen. Wie kann man innerhalb kommunistisch beherrschter Länder überhaupt von einer Blockauflösung sprechen? Natürlich ist damit der Block der Staaten gemeint, aber von einer Liquidierung der herrschenden Parteien - und ich unterstreiche das Wort "herrschenden" - wird nichts gesagt. Die internationalen Beziehungen der Parteien bleiben also bestehen, und insbesondere die des militärischen Politruks. Deshalb kann man den Ostblock prinzipiell nicht auflösen. Was ist also damit gemeint?

Lebedew

Ich glaube, mich ziemlich eindeutig ausgedrückt zu haben. Ich habe gesagt, daß wir bei der Erörterung der Frage, welche Realitäten sich nicht verändern können, Realisten sein müssen.

Kis

Es ist eine vorrangige Forderung aller Menschen in Europa, daß eine politische Atmosphäre geschaffen wird, in der Friede, Sicherheit und Vertrauen zwischen den Völkern, sowie Entspannung, Verständigung und Kooperation zwischen allen Staaten des Kontinents möglich werden, um jedem Volk die volle Nutzung der eigenen materiellen und geistigen Ressourcen zu gestatten. Das entspricht auch den Interessen eines allgemeinen Friedens. Diese Forderung kann unserer Auffassung nach durch die Schaffung eines Systems realer Sicherheit in Europa erfüllt werden.

In der letzten Zeit zeichnen sich günstige Bedingungen ab, um die Probleme der europäischen Sicherheit aus der Ebene der bloßen Wünsche in die der praktischen Aktionen zu verlagern. Es ist eine Realität, daß in Europa ein Prozeß der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Annäherung zwischen den Völkern, der Lösung schwebender Fragen mit friedlichen Mitteln vor sich geht.

Der positive Widerhall, den die Idee der Einberufung einer Konferenz der Kooperation und Sicherheit in Europa gefunden hat - bekanntlich eine von sozialistischen Staaten, darunter auch von Rumänien, gestartete Initiative;- , der aktiv angeknüpfte Dialog zwischen den Regierungen der interessierten Staaten hinsichtlich der Problematik und der Modalitäten zur Organisation der Konferenz umreißen immer klarer die Nützlichkeit und Notwendigkeit dieser Aktion. Angesichts der Tatsache, daß die europäische Sicherheit den Interessen aller Völker des Kontinents entspricht, sind wir der Meinung, daß die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz, für die gegenwärtig günstige Voraussetzungen bestehen, einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der vorrangigen Belange der Völker: Friede, Sicherheit und fruchtbare Zusammenarbeit, darstellt und einen positiven Einfluß auf das gesamte internationale Klima ausüben würde.

Die europäische Sicherheit erfordert unserer Überzeugung nach ein System fester Verpflichtungen seitens aller Staaten sowie konkrete Maßnahmen, die dazu angetan sind, Gewalt und Gewaltandrohung aus den internationalen Beziehungen auszuschließen und allen Ländern die völlige Gewähr zu bieten, daß sie vor jeder Art von Aggression sicher sind. Ein derartiges System müßte die friedliche, unbehinderte Entwicklung einer jeden Nation gewährleisten, entsprechend ihrem Willen in gegenseitiger Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der völligen Gleichberechtigung aller Staaten und Völker zu leben. Die Verwirklichung der europäischen Sicherheit müßte eine Voraussetzung und eine Folge der vielseitigen Entwicklung - auf politischer, ökonomischer, technisch-wissenschaftlicher, kultureller, sozialer Ebene - der Zusammenarbeit zwischen allen Staaten des Kontinents darstellen, ungeachtet ihrer sozialen und politischen Ordnung.

Die Öffentlichkeit unseres Landes teilt die Meinung, daß für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit alle Staaten, alle Völker unter Achtung der einhellig anerkannten Prinzipien des internationalen Rechts zusammenarbeiten müssen. Wir sind ferner der Auffassung, daß sich an der Verwirklichung der europäischen Sicherheit unmittelbar alle europäischen Staaten, ohne Diskriminierungen und Ausnahmen, sowie auch andere interessierte Staaten beteiligen müssen. Unserer Meinung nach darf die Vorbereitung der Konferenz nicht auf eine begrenzte Gruppe von Staaten beschränkt werden. Es ist nötig, daß hier ein Prozeß in Gang kommt, in dessen Verlauf die gegenwärtige Spaltung des Kontinents in einander entgegengesetzte: Militärgruppen überwunden wird, um ein Klima des Vertrauens und der Verständigung zwischen allen europäischen Ländern herbeizuführen. In diesem Sinne erfreute sich bekanntlich der Vorschlag der sozialistischen Länder, gleichzeitig den NATO-Pakt und den Warschauer Vertrag abzuschaffen, großer Popularität.

Unserer Auffassung nach erfordert die Verwirklichung der europäischen Sicherheit die Beachtung der auf dem Kontinent in der Nachkriegsperiode herausgebildeten historischen Realitäten, die Anerkennung der Unverletzbarkeit der Grenzen aller Staaten einschließlich der Oder-Neiße-Grenze. Eine unabwendbare Realität des Nachkriegseuropas ist auch das Bestehen der beiden deutschen Staaten. Für die Festigung des Friedens und der Sicherheit auf dem Kontinent ist die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik vom Standpunkt des internationalen Rechts von besonderer Bedeutung, die Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die Schaffung von Bedingungen für ihre aktive Teilnahme an der Normalisierung der Lage in Europa und an der Lösung aller internationaler Probleme. Wir sind der Meinung, daß die Veränderungen, die in Europa stattgefunden haben, einschließlich jener, die in letzter Zeit in der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet wurden, es erlauben, an diese Fragen mit mehr Erfolgsaussichten heranzugehen. Die Öffentlichkeit unseres Landes begrüßt die Kontakte, die in letzter Zeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, zwischen Polen und der Bundesrepublik und zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik stattfinden. Der Erfolg dieser Besprechungen würde einen positiven Beitrag auf dem Wege zur Normalisierung der zwischeneuropäischen Beziehungen darstellen.

Grass

Ich schließe mich gern an diesen Beitrag aus Rumänien an, weil er unter anderem auch die Beurteilung der Okkupation der Tschechoslowakei in ein anderes Licht rückt. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen. Wir im Westen haben zu viel Dreck am Stecken, um den Moralrichter abgeben zu können. Nur ein persönliches, und wenn Sie wollen, ein gesamtdeutsches Wort sei dazu gesagt: Für viele von uns war es besonders beschämend, erleben zu müssen, daß zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert deutsche militärische Einheiten bei der Besetzung der Tschechoslowakei eine Rolle gespielt haben.

Was einigt uns, was trennt uns? Wir haben das Trennende deutlich gemacht und sollten jetzt noch das Einigende herausarbeiten. Herr Bertsch sprach gestern davon, es könne keine Versöhnung zwischen den beiden Gesellschaftssystemen geben. Ich stimme ihm grundsätzlich zu, sage jedoch lieber: Es wird keine Vermischung geben. "Keine Versöhnung" ist mir zu hart, zu ausschließend. Wenn wir Koexistenz sinnvoll betreiben wollen, dann müssen wir uns darüber einigen, daß sich zwar die Systeme nicht vermischen lassen, man aber dennoch im Sinne des Friedens zusammenarbeiten kann.

Es wurde hier bereits mehrfach auf unsere gemeinsame Verantwortung den Staaten der Dritten Welt gegenüber hingewiesen. Diese Verantwortung betrifft alle Industrienationen, unabhängig von den Gesellschaftssystemen. Um das zu verdeutlichen, lassen Sie mich ein Beispiel aus den letzten Jahren anführen: Der Krieg in Nigeria und Biafra mit über zwei Millionen Toten geht auf die Verantwortung aller jener Länder zurück, die in dieses Krisengebiet Waffen geliefert haben. Er trifft Großbritannien wie die Sowjetunion, er trifft die Chinesische Volksrepublik wie Frankreich. Hier in Leningrad von zwei Millionen Toten zu sprechen bedeutet etwas. Wir sollten nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern Schlüsse aus diesem Massenmord und Massensterben ziehen. Es käme darauf an, die Entwicklungspolitik aller Industrienationen, unabhängig davon, welchem Gesellschaftssystem sie angehören, auf die Dauer zu koordinieren; Zusammenarbeit und Verständigung sollten gleichzeitig verwirklicht werden. Erst in der Praxis der Zusammenarbeit - und vermutlich gerade im Hinblick auf die nichteuropäischen Länder - wird man Wege zur Verständigung auch in Europa finden.

Ich nenne ein weiteres Beispiel, das beide Gesellschaftssysteme betrifft, nämlich Griechenland, ein Fall, der zuallererst auf das westeuropäische, auf das NATO-Konto geht. Nachdem schon Portugal innerhalb der NATO ertragen wird, belastet uns zusätzlich Griechenland. Doch merkwürdigerweise war die Sowjetunion, soviel ich weiß, das erste Land, das die Militärdiktatur in Griechenland anerkannt hat. Sie finden in den Zeitungen der sozialistischen Länder kein kritisches Wort über die Verhältnisse in Griechenland. Ich korrigiere mich gern, wenn es doch der Fall sein sollte. Auch hier besteht die Möglichkeit des Zusammenwirkens, denn der Fall Griechenland betrifft nicht nur die NATO, er betrifft Europa insgesamt.

Kraminow

Unsere Zeitschriften, Herr Grass, kritisieren das griechische Regime nach wie vor schärfer als die westdeutsche Presse, die ich aufmerksam lese. Diese Kritik wird sich auch in Zukunft fortsetzen.

Poljanow

Da auch ich Redakteur bin, möchte ich Herrn Grass die Pressestimmen aus der "Iswestija" nur von einem Monat zuschicken, in denen über die Lage in Griechenland berichtet wird. Wenn Sie gestatten, werde ich Ihnen die Auszüge zuleiten, Herr Grass.

Grass

Ich habe gesagt, daß die Sowjetunion das erste Land gewesen ist - vielleicht war es auch das zweite oder dritte;- , welches das griechische Militärregime anerkannt hat. Irre ich mich in diesem Fall?

Kotow

Es ist nicht richtig, Herr Grass, daß die Sowjetunion das Militärregime in Griechenland anerkannt hat. Ich weise Sie darauf hin, daß in der UdSSR schon seit mehreren Monaten das Sowjetische Komitee der Solidarität mit den griechischen Demokraten existiert. Dieses Komitee hat eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet und erweist den Opfern der Junta jegliche Hilfe. Es kann keine Rede davon sein, daß wir die griechische Militärjunta anerkennen - im Gegenteil: Alle Anstrengungen unserer Öffentlichkeit richten sich auf die Entlarvung der Junta. In der Sowjetunion gibt es nach wie vor eine breite Solidaritätskampagne mit den griechischen Demokraten.

Grass

Heißt das also, daß keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Griechenland bestehen?

Poljanow

Nein, das haben Sie falsch verstanden. Herr Kotow hat gesagt, daß unsere Öffentlichkeit die Junta nicht anerkennt. Unter der Junta verstehen wir die Clique der führenden Militärs, die wir in unserer Presse die "schwarzen Auguste" nennen; sie erkennt unsere Öffentlichkeit nicht an. Aber unsere Regierung hatte und hat diplomatische Beziehungen mit der Regierung Griechenlands. Wir haben die alte Regierung nicht anerkannt, und wir haben auch die neue Regierung nicht anerkannt. Wir hatten diplomatische Beziehungen, und sie bleiben als diplomatische Beziehungen bestehen. Ein Akt der Anerkennung der neuen Regierung wurde nicht vollzogen.

Truchanowski

Sie haben gesagt, Herr Grass, die NATO trage eine gewisse Verantwortung für die Entwicklung der inneren Situation in Griechenland und Portugal. Ich bin kein naives Kind und verstehe, was Sie damit gemeint haben. Aber erklären Sie mir doch bitte, wie das mit Ihrer Konzeption der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder in Einklang gebracht werden kann.

Grass

Ich kann die Frage beantworten. Bisher hat eine ganze Reihe von NATO-Staaten, voran die skandinavischen Länder - die Bundesrepublik schloß sich dem an;- , einiges dafür getan, daß Griechenland nicht mehr im Europa-Parlament vertreten ist. Ich bin allerdings strikt dagegen, daß nun eine Art militärischer Einmarsch in Griechenland stattfindet. Man sollte jedoch in den westeuropäischen Ländern die Kräfte, die zurzeit aus Griechenland emigrieren müssen, unterstützen; das geschieht tagtäglich, ich habe selbst damit zu tun.

Ich würde es außerdem begrüßen, daß Waffenlieferungen aus den NATO-Staaten nach Griechenland gestoppt werden. Dieses Thema wurde zum Beispiel auf dem letzten Parteitag der SPD in Saarbrücken diskutiert. Man ist dort übereingekommen - ein sehr dürftiger Kompromiß, ich wäre in der Sache weiter gegangen;- , daß alle bestehenden Verträge auslaufen und keine neuen Waffenlieferungen nach Griechenland durchgeführt werden sollen.

Ich glaube, daß sich dieses Vorgehen sehr von dem unterscheidet, was wir Okkupation der Tschechoslowakei nennen.

Kraminow

Die Bezeichnung "Okkupation" hinsichtlich der Ereignisse in der Tschechoslowakei ist ein Begriff, der aus der bürgerlichen, vor allem aus der westdeutschen Presse stammt. Wir können einer solchen Interpretation nicht zustimmen. Auch das deutsche Volk hat seinerzeit den Einzug der Sowjetarmee nicht als eine Okkupation, sondern als Befreiung verstanden. Es kommt darauf an, vom Standpunkt welcher Klasse aus man die Ereignisse sieht: Tut man es mit den Augen der Kapitalisten, so kann man vielleicht von einer Okkupation sprechen; wenn man es aber mit den Augen des Volkes sieht, so ist es eben Befreiung.

Duracinsky

Manche Leute im Westen bedauern, daß der "Prager Frühling erfroren" ist, wie sich Herr Grosser bereits in seinem Referat ausdrückte. Ich muß eine solche Einschätzung der politischen Entwicklung des Jahres 1968 in der Tschechoslowakei energisch ablehnen. Soweit wir diese Entwicklung beurteilen können, war es ein Glück für die Bewohner der Tschechoslowakei, daß uns die Staaten des Warschauer Vertrages geholfen haben. Wir schätzen diese Hilfe auch als einen Beitrag für eine Befriedung Europas und sind dankbar dafür.

Der sogenannte "Prager Frühling" war eine sehr schlechte Erfahrung für uns. Er war kein produktiver Weg, sondern ein Weg der Zerstörung. Herr Grosser gebrauchte eine poetische Formulierung; gestatten Sie mir, daß ich poetisch darauf antworte: Leider blühen im Frühjahr nicht nur Blumen, es schmilzt auch der Schnee, die Flüsse treten über die Ufer, das Wasser ist schmutzig. Wir werden alles tun, daß in Prag immer die Blumen blühen, jedoch ohne den Schmutz.

Ich halte es aber nicht für gut, daß hier so viel über die Tschechoslowakei gesprochen wird. Was gibt Ihnen das Recht, sich eine solche Ideologie zurechtzulegen? Herr Gasteyger sprach vorhin davon, daß er vor vierzehn Tagen in der Tschechoslowakei gewesen sei. Ich gebe ihm zu, daß er dort Leute getroffen hat, die anderer Meinung sind, als ich sie hier vertrete. Ich denke, daß er solche Leute auch noch in Zukunft treffen kann; schließlich gibt es nirgendwo eine volle Einigkeit. Ich möchte aber sagen: Wir fühlen uns jetzt in der Tschechoslowakei sicher, während wir uns im Jahr 1968 unsicher gefühlt haben.

Kis

Ich will eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Genossen Duracinsky machen: Auch unser Land ist Mitglied des Warschauer Vertrages; dennoch hat es sich nicht an dieser Aktion beteiligt.

Doernberg

Das Auftreten von Herrn Grass scheint mir nicht dazu zu führen, daß wir die Probleme, über die wir heute diskutieren, wirklich zu einer Lösung bringen. Seine Bemerkungen betreffen eine Reihe von Fragen, die eigentlich von den Hauptproblemen wegführen. Wenn Herr Grass aber schon von den Ereignissen in Biafra spricht, dann hätte ich es für wesentlich richtiger und verständlicher gehalten, wenn er etwas zur Ausdehnung der amerikanischen Aggression in Indochina gesagt hätte und zu der, so meine ich, doch sehr beschämenden Tatsache, daß der gegenwärtige Außenminister der BRD diese Ausdehnung der Aggression der USA gegen Kambodscha in Schutz genommen und sie als eine militärische Notwendigkeit hingestellt hat. Er hätte auch, meine ich, einige Worte darüber finden können, daß für den langwierigen Krieg in Vietnam, der die gesamte internationale Situation belastet, von Seiten der Bundesrepublik ökonomische und andere, vor allem auch moralische Unterstützung für die USA erteilt wurde und nach wie vor erteilt wird.

Was die Teilnahme von Einheiten der Nationalen Volksarmee an den Ereignissen in der Tschechoslowakei betrifft, so möchte ich, ohne hier auf die Problematik im einzelnen einzugehen - dafür gibt es sehr viele dokumentarische Beweise;- , auf folgendes hinweisen: Es kam bei diesen Ereignissen vor allem auch darauf an, daß die Tschechoslowakei nicht, ähnlich wie 1938, wiederum von Kräften imperialistischer Staaten benutzt werden sollte, sich dort einen Brückenkopf gegen die sozialistischen Staaten, gegen die europäische Sicherheit und gegen die sozialistische Entwicklung der Tschechoslowakei zu schaffen. Wenn im August 1968 verhindert worden ist, daß diesmal Truppen der NATO und unter ihnen wahrscheinlich auch Truppen der Bundeswehr in die Tschechoslowakei einmarschiert wären, und es gibt auch dafür eine Reihe von Beweisen, so war das ein Beitrag, der zur Stabilisierung des europäischen Friedens geführt hat.

Bei dem Problemkreis, den wir heute behandeln, kommt es aber darauf an, die verschiedenen Aspekte und Probleme zu diskutieren, wie wir von dem gegenwärtigen Zustand der Kriegslosigkeit in Europa zu einem Zustand einer stabilen Friedensordnung, eines stabilen Friedens gelangen können. Die Fragen der Europäischen Sicherheitskonferenz und vor allem die Aktivität der gesellschaftlichen Kräfte gehören dazu.

Bertsch

Darf ich mich noch mit einer Bemerkung, bei aller Freundschaft und gerade deshalb, an Herrn Grass wenden: Niemand von uns, Herr Grass, hat das Recht, ein gesamtdeutsches Wort zu sprechen - das gesamtdeutsche Wort gibt es nicht.

Schuster

Das war doch ironisch gemeint.

Bertsch

Nein, das war sehr ernst gemeint.

Ein gesamtdeutsches Wort zu sprechen, das steht weder Ihnen zu, noch steht es mir zu, noch irgendeinem anderen Deutschen. Das gibt es nicht.

Sommer

Auch nicht das Wort, daß vom deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen darf?

Bertsch

Nicht als gesamtdeutsches Wort; was die Sache betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß diese Formulierungen Gegenstand unserer Verfassung sind.

Grass

Ich habe das Wort "gesamtdeutsch" herausgehoben und es in diesem einen Fall besonders akzentuiert.

Bertsch

Aber nicht ironisiert, wie Herr Schuster meint.

Grass

Nein, ich habe gestern gesagt, daß die beiden deutschen Staaten Nachfolgestaaten des Dritten Reiches sind und eine gemeinsame Hypothek zu tragen haben. Ich habe das Wort "gesamtdeutsch" benutzt im Hinblick auf eine, ich nenne es einmal so, Scham, die ich in den Augusttagen des Jahres 1968 in vielen Gesprächen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch bei den Bürgern der DDR beobachten konnte. Diese gemeinsame Scham ist auch, ich sage es noch einmal, ein gesamtdeutscher Beitrag zur Geschichte. Ich habe das nicht polemisch gemeint; denn ich bin eigentlich froh darüber, daß man in beiden deutschen Staaten bei einem derartigen Anlaß noch Scham empfinden kann.

Maté

Es ist heute schon schwer, sich das vorzustellen:

Aber auch ich war einmal ein junger Journalist. Eines Tages fuhr ich nach Sofia und traf auf dem Wege dahin unseren ungarischen Gesandten für Bulgarien; er war schon ein alter erfahrener Mann. Ich fragte ihn: "Erzählen Sie mir etwas darüber, wie die Lage in Bulgarien ist. Ich weiß sehr wenig davon." "Na ja", antwortete er, "jetzt geht es schon gut. Aber als ich hinkam, war es fürchterlich. Drei Tage habe ich nichts gesagt und mich nur umgeschaut. Dann bin ich zum Genossen Dimitrow gegangen und habe ihm gesagt: "Mein Freund, Ihr macht es nicht gut, Ihr solltet es so und so machen." Seitdem herrscht Ordnung in Bulgarien."

Ich bin nicht so klug wie unser damaliger Gesandter; ich kann als Ungar nicht unfehlbar behaupten, was die Deutschen selbst machen müßten, um ihre großen Probleme zu lösen. Aber ich höre mit viel Freude und Optimismus dieser Diskussion zu, weil nicht nur meine Freunde und Kampfgefährten aus der DDR, sondern auch die Teilnehmer aus der Bundesrepublik eigentlich von derselben Sache sprechen und in den wichtigsten Dingen einer Meinung sind: daß man den Frieden erhalten und noch sehr viele Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens ergreifen muß. Dies macht es mir zur Pflicht, den Menschen, die in dieser Hinsicht dasselbe wollen wie ich, etwas zu erklären, das offensichtlich nicht klar ist, was nämlich die Tschechoslowakei anbelangt.

Ich will im persönlichen Stile eines Freundes zu erklären versuchen, worum es hier eigentlich geht. Stellen Sie sich vor, Sie sind im Kriege Mitglied einer kleinen Kampfgruppe, und einer Ihrer Kampfgefährten, der sich hundert Meter entfernt von Ihnen befindet, ist in großer Gefahr. Er ist verletzt; sie müssen ihm helfen, Sie wissen, daß er sonst in einigen Minuten sterben muß. Sie werden mir wohl alle zustimmen, daß ich die Pflicht habe, ihm auch dann zu helfen, wenn ich selbst dabei in Gefahr komme. Ich tue es, auch wenn es in meiner Kampfgruppe einige Kameraden gibt, die noch nicht erkennen, daß er in wirklicher Gefahr ist, und die deshalb nicht bereit sind, mit mir zu kommen, um ihn zu retten. Ich muß auf jeden Fall hinkriechen. Weshalb? Erstens ist er mein Kampfgefährte, mein Kamerad, mein Freund, dem ich unter allen Umständen helfen muß, wenn er sich in Gefahr befindet.

Aber ich muß ihn auch um meiner selbst willen retten, denn morgen kann ich in dieselbe Lage kommen. Ich rechne damit, daß dann meine Freunde mich ebenfalls retten werden. Als Ungar kann ich das mit gutem Recht sagen, denn Ungarn war schon einmal in der gleichen, schweren Lage und man hat uns geholfen.

Meine Freunde aus der Bundesrepublik, aus Frankreich und aus England: Sie müssen etwas in unseren Ländern beachten, was Sie vielleicht nicht so gut abzuschätzen wissen wie wir, die dort leben und wirken: Bei uns gibt es keine solche politische Opposition, wie in den westlichen Ländern, die ein Programm hat, deren Politiker im Parlament sitzen. Wenn sie an die Macht kommen, ändern sie

etwas, aber die Leute, die sie in der Macht ablösen, bleiben am Leben, behalten weiterhin ihr Hab und Gut. Eine solche Opposition gibt es in unserem Lande nicht: bei uns wird die "Opposition" meist aus Leuten gebildet, die nicht einfach etwas ändern wollen, die wollen uns umbringen, persönlich vernichten, und zwar nicht nur Hunderte, sondern Tausende, und nicht nur Mitglieder der Kommunistischen Partei. Das hat sich im Jahre 1956 gezeigt.

Erinnern Sie sich: Aus Ungarn hat man nach dem Krieg Zehntausende von deutschen Bauern nach Deutschland ausgewiesen. Die arbeiten jetzt in Westdeutschland. Die meisten, besonders die Älteren, wollen zurückkehren, und sie wollen ihr altes Erbe wieder haben. Dieses Erbe gehört heute ungarischen Bauern. In der Konterrevolution in Ungarn 1956 sind viele von denen nach Hause gekommen, um dies mit Waffengewalt zu erreichen. In dem Dorf, wo meine Familie lebt, hat man viele Leute umgebracht, die nichts anderes gemacht haben, als den Boden zu bearbeiten, den sie vom Staat bekommen hatten. Die Emigranten werden nie verzeihen, daß man diesen Boden ungarischen Bauern gegeben hat.

Wenn also unser Regime in Gefahr kommt, dann müssen nicht nur die Kommunisten dieses Landes das Schlimmste befürchten, sondern auch Menschen, die nicht der Partei angehören und die bei uns ihr Leben neu eingerichtet haben. Daran denken Sie, wenn Sie über die Tschechoslowakei sprechen.

Das sollten auch die Leute verstehen, die anders denken als Sie. Die Ereignisse in Ungarn und in der Tschechoslowakei beweisen: Es gibt keine Mittel, mit denen in den sozialistischen Ländern die Systeme geändert werden können. Es gibt keine andere Möglichkeit für unsere Gegner als die Annahme der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und den nichtkommunistischen Staaten. Diese Ereignisse zeigen auch, daß wir verlässliche Partner sind und unsere Versprechen halten, auch wenn wir dadurch sehr große Unannehmlichkeiten in der Welt haben.

Schuster

Das fesselnde Bild, das Herr Maté von der Gruppe im Kriege gegeben hat, die in große Gefahr kommt, so daß der eine dem anderen zu Hilfe eilt, scheint mir nicht recht zu passen, um damit so wichtige geschichtliche Vorgänge wie die Ereignisse in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 zu erklären - was die eine Seite eine militärische Intervention und die andere eine freundschaftliche oder brüderliche Hilfeleistung nennt. Es ist doch eigenartig, daß Herr Maté die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei mit einer Hilfeleistung im Krieg vergleicht. 1968 herrschte doch kein Krieg! Und damals wie heute, wenn auch die Lage verschieden ist, sind die Menschen in Europa bemüht, wie hier in diesem Kreis, sich Gedanken zu machen, wie man um jeden Preis den Frieden erhalten, ja verbessern kann, wie man einen wirklichen Frieden und nicht nur eine feindliche Koexistenz herstellen kann.

Diesem Ziel dient nicht nur unser Gesprächskreis, sondern auch die Europäische Sicherheitskonferenz, für die in der westdeutschen Öffentlichkeit ein großes Interesse besteht. Allerdings tauchen in diesem Zusammenhang auch einige Fragen auf. So möchte ich im Anschluß an das, was Herr Maté sagte, eine sehr konkrete Frage stellen und die Gesprächspartner aus der Sowjetunion und aus der DDR bitten, hierauf eine Antwort zu geben. Es gibt für die Europäische Sicherheitskonferenz einen zentralen Begriff, nämlich: "Verzicht auf Gewalt und auf Gewaltandrohung". Wie ist dieser Begriff auszulegen? Das beschäftigt viele Menschen, die weiterkommen wollen und die sich Sorgen um die Zukunft machen - sicher nicht nur in Westdeutschland.

Ich meine, es hat keinen Zweck, Verträge über zweideutige Begriffe abzuschließen; das kann die Sache im Krisenfall nur verschlimmern. Ich nehme an, wir sind darüber einig, daß über solche zentralen Begriffe Eindeutigkeit hergestellt werden müßte. Deshalb stelle ich die Frage, ob der Begriff "Verzicht auf Gewalt und auf Gewaltandrohung" innerhalb der Blöcke eine andere Bedeutung haben soll als zwischen Staaten allgemein. Um es noch deutlicher zu sagen: Wie ist der Präzedenzfall von 1968 im Lichte dieses zentralen Begriffes "Verzicht auf Gewalt und Verzicht auf Androhung von Gewalt" zu beurteilen?

Hahn

Wenn Sie die Frage aufwerfen, Herr Schuster, ob die Anwendung des Prinzips "Verzicht auf Gewalt und auf Androhung von Gewalt" für die europäische Sicherheit zutrifft, dann möchte ich Ihnen antworten, daß alle sozialistischen Staaten sowohl in Bukarest als auch in Budapest und in anderen Erklärungen eindeutig darauf hingewiesen haben, dies sei ein elementares Prinzip, das einer europäischen Friedensordnung zugrunde gelegt werden muß.

In diesem Zusammenhang stellten Sie die Frage nach den Vorgängen in der Tschechoslowakei. Wenn wir diese Frage diskutieren würden, müßten wir auch die Aktivitäten berühren, die im Verlauf der Ereignisse in der CSSR unternommen wurden, um die inneren Verhältnisse dort zu verändern, und zwar nicht nur von inneren Kräften, sondern auch von außen. Die Beweise brauchen wir heute, glaube ich, nicht zu diskutieren, aber sie sind dokumentarisch festgehalten.

Gasteyger

Die Diskussion über diese Fragen zeigt, wie groß die Meinungsverschiedenheiten über einige zentrale Probleme der europäischen Sicherheit noch sind. Was für den einen Befreiung ist, bedeutet für den anderen Okkupation; was für den einen Stabilisierung des Friedens in Europa heißt, darin sieht der andere eine Gefährdung dieses Friedens. Deshalb stimme ich Herrn Schuster zu, daß wir alles versuchen sollten, um über die zentralen politischen Begriffe Übereinstimmung zu erlangen. Solange wir uns nämlich über solche entscheidenden Begriffe nicht einig sind, werden wir es außerordentlich schwer haben, zu einer Verständigung über die europäische Sicherheit und ihre Stabilisierung zu kommen.

Augstein

Mein neuer Freund, Hans Jacobus - ich hoffe, er wird nicht allzusehr darunter leiden, wenn ich ihn so nenne - hat mir ein "Neues Deutschland" von gestern mitgebracht. Ich fand darin eine Rede des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht, die mir zwei bemerkenswerte Beispiele dafür zu enthalten scheint, einmal, wie man sich unseren Problemen nähern sollte, zum anderen aber, wie man sich ihnen nicht nähern sollte.

Herr Ulbricht sagt hier beispielsweise: "Man soll also nicht etwa denken, daß hinter dem Lärm der Rechts-Fronde von Strauß, der NPD und so weiter die Mehrheit der bürgerlichen und auch der kleinbürgerlichen Kreise Westdeutschlands steht". Ich meine, das ist eine Antwort auf manche Fragen, die hier gestern und heute gestellt wurden.

Herr Ulbricht spricht dann aber auch, und ich will dies als ein Beispiel anführen, wie wir nicht diskutieren dürfen, von "der wahnsinnigen militaristischen Politik des Herrn Helmut Schmidt." Wir haben hier mit Recht von unserem Freund aus Ungarn gehört, daß es zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Staaten keine andere Möglichkeit gibt als die der Zusammenarbeit. Dazu gehört aber dann auch, daß man die Politik des anderen weder als wahnsinnig empfindet, noch sie so nennt; denn sonst dienen wir weder der Vorbereitung einer Sicherheitskonferenz noch der friedlichen Koexistenz.

Sommer

Ich hatte an sich nicht die Absicht, mich auf eine Diskussion über die tragischen Ereignisse in der Tschechoslowakei einzulassen, aber eine Bemerkung dazu möchte ich mir nicht versagen. Was hier über Angriffs- oder Einmischungspläne der Bundeswehr unterstellt wird, ist so widersinnig und weder der Diskussion hier noch der Anbahnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz förderlich wie die Unterstellung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht über die "wahnsinnige" Politik von Helmut Schmidt.

Ich möchte jetzt sachlich über einige Voraussetzungen für eine Konferenz über die Sicherheit Europas sprechen und nach den Motiven, der Vorgeschichte und den Perspektiven dieser Konferenz fragen.

Zu den Motiven muß man zunächst einmal feststellen: Europa ist heute die sicherste Region in der ganzen Welt. Das hängt damit zusammen, daß die Verantwortlichen auf beiden Seiten die nukleare Logik begriffen haben, von der Herr Emeljanow in so bewegten Worten gesprochen hat. Die innereuropäische Trennlinie ist heute nicht eine Konfliktachse der Weltgeschichte; die würde ich anderswo sehen - sie liegt vielleicht im Nahen Osten, vielleicht an der chinesisch-sowjetischen Grenze. Die Notwendigkeit, eine Sicherheitskonferenz für Europa einzuberufen, resultiert nicht aus der Unsicherheit, sondern gerade daraus, daß die Verhältnisse auf der Grundlage eines stabilen Gleichgewichtes so sicher sind, daß wir es uns leisten können, einen Abbau der militärischen Kräfte, das heißt der Truppen und der Rüstungen, auf beiden Seiten in Angriff zu nehmen. Und wir sollten dies vielleicht auch deswegen tun, um einer möglichen künftigen Labilität der Situation vorzubeugen.

Zur Vorgeschichte dieser Konferenz ist hier mehrmals betont worden, daß die östliche Seite in den letzten vier Jahren eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet habe - von Bukarest bis Prag im vergangenen Oktober. Ich möchte dazu nur sagen: Das waren zunächst unverbindliche Appelle, meist von Parteigremien, ohne jede Relevanz für die interstaatliche Politik. Das erste offizielle Dokument waren die Verlautbarungen von Schloß Lány im vergangenen Oktober. Weder Bukarest noch der

Außenministerkonferenz ist jemals eine diplomatische Demarche gefolgt. Das ging alles ins Blaue und ins Unverbindliche. Die erste diplomatische Demarche wurde jetzt von der NATO in Rom beschlossen, es werden sich sehr bald die Botschafter in Bewegung setzen. Dies ist ein Grund, warum bei uns viele Leute für lange Zeit nicht an die Ernsthaftigkeit Ihrer Absichten geglaubt haben. Ein zweiter Grund ist, daß Sie im Laufe Ihrer internen Diskussion die Bedeutung der Sicherheitskonferenz prozedural abgeschwächt haben. Zuweilen blieb nur noch der Vorschlag eines europäischen Völkerkongresses übrig. Und es war manchmal nicht mehr ersichtlich, was denn nun auf der Tagesordnung stehen soll.

Ein dritter Grund, warum einige Leute im Westen skeptisch waren, resultiert aus der Tatsache, daß Sie im Verlauf Ihrer internen Diskussionen das, was die eigentliche Sicherheitsproblematik in Europa anbelangt, völlig aus der Tagesordnung herauseskamotierten. Sie haben die Tagesordnung auf eine Diskussion über den Gewaltverzicht reduziert, die wir auch so haben können und tatsächlich führen, sowie auf die Ausweitung des Handels, was ja auch so geschieht. Was da vorgeschlagen wird, ist eine Krautsuppe ohne Kraut. Ich meine, die Ansichten der Bundesregierung gut genug zu kennen, um zu wissen, daß wir, die wir eine Sicherheitskonferenz befürworten, dies unter der Voraussetzung tun, daß dort über ein Kernproblem gesprochen wird, welches die militärische Lage in Europa betrifft, nämlich über die gleichzeitige und ausgewogene Truppenreduktion in Ost und West. Eine Sicherheitskonferenz ohne das wäre nach meinem Gefühl eine Farce.

Ich möchte hier auch darauf aufmerksam machen, daß die neue Bundesregierung, die jetzt ein knappes dreiviertel Jahr im Amt ist, einiges dazu getan hat, um den Gedanken einer Sicherheitskonferenz über Europa in der westlichen Diskussion in positivem Sinne voranzutreiben. Auch das unterscheidet sie von früheren Regierungen. Es liegt uns daran, die Konfrontation auch auf dem militärischen Gebiet abzubauen.

Wenn ich hier einen Gedanken einschieben darf: Ich sagte vorhin, zumindest bängliche Gemüter im Westen machen sich Sorgen wegen einer künftigen Labilität des Gleichgewichtes, das uns jetzt den Frieden erhält. Das ist wahrscheinlich eine indirekte Antwort auf einiges, was in Ihrer Eröffnungsrede, Herr Vorsitzender, anklang: "Wir bedrohen niemanden, aber bängliche Gemüter bei uns fühlen sich bedroht." Es ist aber eine Tatsache, daß bei uns der Wehretat gesenkt wurde - wir haben in der letzten Woche wieder eine Milliarde DM herausgestrichen;- , daß in allen westlichen Ländern die Wehretats sinken, während gleichzeitig in allen östlichen Ländern die Verteidigungsbudgets ansteigen, und zwar bis zu sechzig Prozent. Es ist weiter eine Tatsache, daß die Sowjetunion mit ihren Verbündeten im August 1968 die größten militärischen Bewegungen veranstaltet hat, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf europäischem Boden stattgefunden haben. Es ist eine Tatsache, daß die Sowjetunion im Frühjahr dieses Jahres die größten militärischen Manöver, die Düna-Manöver, veranstaltet hat, die je seit 1945 in Europa stattgefunden haben. Es gibt hier also Dinge, die bei uns durchaus ein echtes Interesse daran erwecken, daß die Frage der Truppenreduktion auf die Tagesordnung der Sicherheitskonferenz gesetzt wird.

Wir im Westen sprechen von einer Konferenz über die Sicherheit Europas und nicht von einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß für die westliche Seite zur Gewährleistung der Sicherheit Europas die Amerikaner dazugehören und nicht ausgeschlossen werden dürfen. Zweitens gehen wir davon aus, daß in den verschiedenen bilateralen Beziehungen eine gewisse Bereinigung im Vorfeld der Konferenz notwendig ist, damit diese Erfolg haben kann. Ich war sehr erfreut, von Herrn Lebedew zu hören, daß die Sicherheitskonferenz durch Fortschritte in den bilateralen Beziehungen nicht unnötig gemacht wird, sondern daß dadurch die Voraussetzungen für sie geschaffen werden.

Ein letztes Wort: Wir sind ehrlich daran interessiert, und ich könnte das, wenn noch Zeit wäre, im einzelnen belegen, zu konkreten Regelungen zu kommen, die es beiden Seiten erlauben, ihre militärischen Lasten zu verringern. Ebenso wünscht die Bundesregierung zum Beispiel ernsthaft und aufrichtig einen Erfolg der Wiener SALT-Verhandlungen. Ich knüpfe dabei an den Gedanken an, den Herr Emeljanow aussprach: Es warten auf uns so viele Herausforderungen in unserer Umwelt, denen wir uns stellen müssen, wenn wir als Menschen in einer menschlichen Umgebung überleben wollen, daß es eine Notwendigkeit ist, die militärischen Ausgaben zu reduzieren bei Wahrung der Sicherheit durch Erhaltung des Gleichgewichtes im Prozeß dieser Verhandlungen und Maßnahmen.

Schmidt

Herr Sommer, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen - oder ist es Ihnen vielleicht auch bekannt, und Sie konnten sich nur nicht daran erinnern;- , daß die Leiter der ungarischen Auslandsvertretungen in der Zeit vom 28. März bis zum 12. April 1969 den Regierungen von achtundzwanzig europäischen Staaten sowie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, den Wortlaut des Budapester

Appells übergeben haben und daß auf ein Gesuch der Vertreter einer Gruppe der sozialistischen Staaten in der UNO der Budapester Appell als offizielles UNO-Dokument in Umlauf gesetzt wurde?

Sind Sie weiter bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß aufgrund dieser diplomatischen Demarche die Außenminister verschiedener europäischer Länder, Schwedens, Finnlands und anderer, tätig geworden sind und die finnische Regierung daraufhin die Initiative zur Einladung ergriffen hat? Ist Ihnen das bekannt?

Sommer

Das ist mir alles bekannt, Herr Schmidt, ich sehe darin nur keine diplomatische Initiative. Die eigentliche Initiative wurde von der finnischen Regierung auf der Grundlage von Vereinbarungen mit Ihrer Regierung ergriffen, deren Kenntnis sich mir im einzelnen entzieht. Tatsache ist jedoch, daß Sie das bisher vor allem propagandistisch ausgespielt haben. Sie haben keinerlei präzise Vorstellungen, die über die vagen Katalog-Allgemeinheiten von Bukarest und Karlovy Vary hinausgehen, in die internationale Diskussion eingefügt. Im Gegenteil, Sie haben inzwischen das, was damals zumindest als Themenblock mit zur Diskussion gestellt war, aus Ihrem Tagesordnungsvorschlag wieder herausgenommen.

Schmidt

In der Note, die die ungarischen Diplomaten übergeben haben, heißt es, im Namen der Unterzeichnerstaaten des Budapester Appells werde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierungen der europäischen Länder den Appell prüfen und in vollem Bewußtsein der Verantwortung ihrer Länder für den Frieden und die Sicherheit Europas die darin dargelegten Konzeptionen wirksam unterstützen. Betrachten Sie es nicht als ein diplomatisches Tätigwerden, wenn durch eine diplomatische Vertretung den Regierungen ein solches Dokument offiziell übergeben wurde? Ich halte es nicht für fair, die Dinge so zu verdrehen.

Sommer

Da unterscheidet sich offenbar unsere Auffassung von Fairness und vom handwerklichen diplomatischen Vollzug einer Demarche. Ich bin aber gern bereit, von Ihnen entgegenzunehmen, daß dies alles als ernsthaftes, drängendes und auf unmittelbare Aktionen gerichtetes Handeln zu verstehen ist.

Poljanow

Zur Präzisierung möchte ich nur sagen, daß die Regierung der Bundesrepublik den Appell der sozialistischen Länder offensichtlich als diplomatische Demarche aufgefaßt hat. Denn die Bundesregierung hat sich im Prinzip für eine Beteiligung an der gesamteuropäischen Konferenz ausgesprochen. Offenbar laufen bei Ihnen, Herr Sommer, und bei der Regierung der Bundesrepublik die Meinungen auseinander, was ich übrigens für keine Tragödie hielte.

Wenn Sie sagen, Herr Sommer, daß Sie im Budapester Appell keine diplomatische Demarche sehen, dann erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang die philosophische Bemerkung: Jeder sieht genauso viel, wie er will. Die Frage ist, ob es sich nicht lohnt, sich manchmal zu bemühen, mehr zu sehen, um einander besser zu verstehen! Das sollten wir, glaube ich, anstreben.

Sommer

Ihrer letzten Erklärung können wir sicherlich alle zustimmen, Herr Poljanow. Ich hoffe nur, daß dieses Prinzip von beiden Seiten praktiziert wird.

Was im übrigen die Reaktion der Bundesregierung angeht, so war das eine klare Antwort auf eine diplomatische Demarche, die von der finnischen Regierung kam. Der in dem Papier der ungarischen Außenhandelsvertretung enthaltenen Aufforderung zum Nachdenken sind wir durchaus gefolgt. Das hat sich inzwischen zu Initiativen der NATO verdichtet, von denen ich hoffe, daß sie auf Ihrer Seite in den nächsten Monaten ein positives Echo finden werden.

Poljanow

Damit wir uns nicht in Unklarheiten verlieren, die in unserem Gespräch aufkommen könnten, möchte ich noch eine Äußerung von Herrn Sommer über die Zunahme der Militärausgaben präzisieren. Sie sprachen von den Militärhaushalten in den östlichen und den westlichen Ländern. Soweit mir bekannt

ist, wächst der Militäretat in den USA erfolgreich weiter. Zu welchem "Erfolg" wird das führen? Das ist eine sehr ernste Frage.

Sommer

Der Militäretat der Vereinigten Staaten, für die ich nicht sprechen kann, ist in diesem Jahr von neun auf sieben Prozent des Bruttosozialproduktes gefallen.

Bertsch

Ich meine, es läßt sich heute doch eine ziemliche Übereinstimmung mit den Ergebnissen des gestrigen Tages feststellen, darin nämlich, daß für fast alle ungelösten Fragen der europäischen Sicherheit die Haltung der Bundesrepublik von wesentlicher Bedeutung war und ist.

Wir haben in dieser Hinsicht Veränderungen festzustellen. Nach der Auffassung beispielsweise von Herrn Sommer marschiert die Bundesrepublik in der Kolonne der europäischen Staaten, die auf die Entspannung zueilt, jetzt in der Spitzengruppe. Ich würde dies als erfreulich werten, wenn die Tatsachen dem vollauf entsprächen. Unbestritten ist, daß dies nicht immer der Fall war und die Bundesrepublik über lange Jahre, ja Jahrzehnte hinweg auch gar nicht den Ehrgeiz hatte, in der Spitzengruppe zu marschieren. Ich darf hier einen westdeutschen Kanzler zitieren, auf dessen Schultern auch der gegenwärtige Kanzler nach seiner eigenen Darstellung steht - Adenauer wörtlich: "Der beste Weg, den deutschen Osten wiederzuerlangen, ist die Wiederbewaffnung Deutschlands innerhalb der Europa-Armee."

Herr Sommer findet solche Hinweise jetzt langweilig. Ich bedauere, man kann sich jedoch nicht beliebig von der eigenen Geschichte distanzieren; nur in Beziehung zu ihr können - ich spreche in Ihrem Sinne - die großen Veränderungen sichtbar werden. Argumente etwa der Art: "Der Rüstungsetat der Bundesrepublik ist gesunken" - vielleicht sogar dank Ihrer Mitwirkung, Herr Sommer;- , finde ich sehr erfreulich. Nur die Selbstlosigkeit darin vermag ich noch nicht so sehr zu sehen; ich würde es gern tun. Wenn ich mir zum Beispiel überlege - ich lese hin und wieder westdeutsche Publikationen, und manches darin ist ja durchaus ernstzunehmen;- , welchen Nachholbedarf die Bundesrepublik etwa auf dem Gebiet des Bildungswesens oder auf dem Gebiet des Gesundheitswesens hat, um international wettbewerbsfähig zu sein, dann sind das Gesichtspunkte, die man in unserer Diskussion zumindest mit einbeziehen sollte. Wenn aber die Bundesrepublik aktiv wird - darüber haben wir ja gestern ausführlich gesprochen;- , der DDR die gleichberechtigte Mitwirkung in den internationalen Institutionen streitig zu machen, darin komme ich zu dem Ergebnis: Wir sollten zu klären versuchen, in welchen Punkten die Vertreter der Bundesrepublik eine Möglichkeit sehen, daran mitzuwirken, daß die hier beispielsweise von Herrn Sommer erwähnten Absichten auch realisiert werden.

Altmann

Sie haben den Bundeskanzler Adenauer zitiert, Herr Bertsch; ich weiß nicht aus welchem Jahr das Zitat stammt, es muß in den fünfziger Jahren gewesen sein ...

Bertsch

Richtig, 10. Februar 1952.

Altmann

Ich möchte Sie an ein Wort von Josef Stalin erinnern, der ja ein großer Mann gewesen ist. Das Wort ist mir so gut bekannt, weil es im Jahre 1947 auf den Plakaten stand: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt".

Bertsch

Hier gibt es offenbar ein Mißverständnis über Fakten.

Altmann

Das ist doch ein Faktum. Ist das Wort richtig oder falsch?

Bertsch

Bekanntlich ist der deutsche Staat, von dem Josef Stalin mit Recht gesprochen hat ...

Altmann

Nein, das deutsche Volk, nicht der deutsche Staat: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt" - im selben Jahr gesprochen, als das Potsdamer Abkommen geschlossen wurde.

Bertsch

Herr Altmann, darf ich bitten, exakt zu zitieren: Der genaue Wortlaut heißt: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."

Die Spaltung Deutschlands, die spätere Existenz von zwei deutschen Staaten, ist bekanntlich nicht von jenem Teil Deutschlands ausgegangen, der später die Deutsche Demokratische Republik wurde. Es ist einfach historisch falsch, wenn jemand das Gegenteil behaupten würde. Das ist keine Ansichtsfrage, sondern eine Frage von Daten und Zahlen.

Grass

Die Spaltung ist nicht allem von der Bundesrepublik ausgegangen.

Bertsch

Die Kräfte, die die Bundesrepublik gründeten, haben damit natürlich automatisch Deutschland gespalten. Das ist ein Faktum, über das, unter uns gesagt, auch zwischen westdeutschen Historikern und uns nicht die geringste Meinungsverschiedenheit besteht.

Sommer

Ich weiß nicht, mit welchen westdeutschen Historikern Sie zusammenkommen.

Bender

Ich habe das Gefühl, daß sich hier etwas außerordentlich Gesamtdeutsches ereignet, nämlich eine Verbissenheit beider Deutschen, die deutschen Dinge so sehr in den Mittelpunkt zu stellen, daß die europäischen Fragen dabei zu kurz kommen.

Rubinski

Im Mittelpunkt unserer Diskussion steht die Kardinalfrage: Wie kann der Friede mit allen Mitteln erhalten werden, unter anderem auch durch Verhandlungen über einen Gewaltverzicht? Bis jetzt kamen die Teilnehmer hier aber noch zu keiner Übereinstimmung, welchen Sinn der Begriff Gewaltverzicht hat. Die Klärung dieser Frage muß eines der zentralen Probleme auf der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz sein.

Ich stimme Herrn Sommer zu, daß die Lage in Europa gegenwärtig äußerlich stabiler ist als in anderen Teilen der Welt. Die Störung des bestehenden Gleichgewichts in Europa würde jedoch weit schwerwiegendere Folgen haben als irgendwo anders. Das erklärt sich aus der politischen und strategischen Besonderheit der europäischen Arena. Hier kann keine Seite Zweideutigkeiten dulden. Gerade aus diesem Grunde können wir uns nicht mit der grundlegenden Anomalie zufriedengeben, die auf dem europäischen Kontinent seit über zwei Jahrzehnten besteht. Das europäische Gleichgewicht beruht auf dem "nuklearen Patt", auf dem sogenannten "Gleichgewicht des Schreckens", mit anderen Worten: auf dem labilen Gleichgewicht der Streitkräfte zweier einander gegenüberstehender Militärböcke. Angesichts der Tatsache, daß es in der Welt zahlreiche Brandherde gibt, in die Mächte verwickelt sind, die mit Westeuropa durch vertragliche Beziehungen verbunden sind, kann diese Art von Stabilität keineswegs zufriedenstellen.

Im Herzen Europas haben seit mehr als zwanzig Jahren die zwei real bestehenden deutschen Staaten keinen allgemein anerkannten völkerrechtlichen Status. Es gibt keine einheitliche völkerrechtliche Grundlage für die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD sowie der BRD und der DDR. Diese Anomalie kann nicht länger geduldet werden. Die Herstellung von diplomatischen Beziehungen allein genügt hier aber nicht. Erforderlich sind "Spielregeln", die von beiden Systemen anerkannt werden. An einer solchen Regelung müssen vor allem die Deutschen selbst, und zwar beide deutsche Staaten, interessiert sein.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die westlichen Verbündeten der BRD den labilen Charakter der bestehenden Situation als ein für sie vorteilhaftes Moment, nämlich als Instrument der Kontrolle über die Außenpolitik Westdeutschlands ansehen. Zwanzig Jahre lang bezahlte die Bundesrepublik

ihr "Veto-Recht" hinsichtlich politischer Kontakte zwischen West und Ost mit dem Verzicht auf jegliche politische Initiative im Globalmaßstab.

Jetzt ändert sich die Situation objektiv. Das Gleichgewicht zwischen den beiden Systemen, auch das militärische, ist eine zu unsichere Grundlage für den Frieden in Europa, vor allem wenn man das Geschehen in Asien in die Überlegungen miteinbezieht. Deshalb sind alle europäischen Länder unter Berücksichtigung der spezifischen Situation auf dem europäischen Kontinent daran interessiert, die bestehende Sachlage vom Standpunkt eben des Gleichgewichts zu festigen. Das betrifft die Sowjetunion und die USA im Zusammenhang mit den SALT-Verhandlungen und auch die europäischen Staaten hinsichtlich der Regelung rein europäischer Probleme.

Es handelt sich darum, einen einheitlichen völkerrechtlichen Status für Europa, insbesondere für Zentraleuropa, auszuarbeiten. Darin liegt der Sinn des Gewaltverzichts. Dabei geht es nicht nur um einen rein moralischen Verzicht; vielmehr beinhaltet der Gewaltverzicht den ganzen Komplex von strittigen Problemen, darunter auch die Anerkennung der Grenzen. Es ist der Versuch, die Wirkung der Uno-Charta auf Zentraleuropa, auf die beiden souveränen deutschen Staaten auszudehnen, was bis heute im Grunde genommen noch nicht der Fall ist. Politisch würde dieser Prozeß durch den Beitritt der beiden deutschen Staaten zur UNO abgeschlossen.

Die Verankerung eines völkerrechtlich verbindlichen Status in Zentraleuropa wäre ein Schritt, um einen Mechanismus zur Einschränkung, Lokalisierung und Beilegung von Konflikten auf dem Kontinent zu schaffen, das, was man im Westen als "Krisenbeherrschung" bezeichnet. Das ist heute politisch, militärisch und rechtlich von erheblicher Bedeutung. Ein Teil dieses Mechanismus könnte das ständige Organ zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit sein, von dem Wilson und Nixon während der jüngsten Verhandlungen gesprochen haben. Ein solches Organ - eine ständige Kommission oder ein ständiges Komitee - ersetzte natürlich keineswegs die gesamteuropäische Beratung, sondern diene vielmehr als ihr Vollzugsinstrument zur Fortsetzung der Beratungen und zur Konkretisierung ihrer Beschlüsse. Das kann eine interessante Idee sein. Damit würde auf regionaler Grundlage ein Mechanismus geschaffen, der eine Zeitlang das Fehlen der beiden deutschen Staaten in der UNO ausgleichen und den Weg für sie in diese Organisation ebnen würde. Das wäre der Beginn, Regeln des gegenseitigen politischen Verhaltens festzulegen und zugleich den konkreten Rahmen für die Anwendung dieser Regeln zu schaffen, einen Rahmen, in dem die beiden Systeme einen modus vivendi finden könnten, wobei ausgeschlossen wäre, daß die eine Seite Poker, die andere aber Bridge spielt.

Es erhebt sich nun die Frage: Welche Garantien für die Einhaltung solcher Regeln, vor allem welche militärischen Garantien, gibt es? Ich meine, daß die Diskussion über die europäische Sicherheit Ende der fünfziger Jahre gerade deshalb in eine Sackgasse geraten war, weil dabei der militärische Aspekt weitgehend von den Problemen des Rechts und der politischen Stabilisierung losgelöst wurde. Damals nahm man Instrumente und Folgen der Spannungen für ihre Ursache. Außerdem darf man nicht vergessen, daß die Sowjetunion in militärischer Hinsicht eine Globalmacht und nicht nur eine europäische Macht ist. Eine militärische Lösung für Europa ist für die Sowjetunion keineswegs die Lösung ihres Sicherheitsproblems insgesamt. Die Tatsache, daß die USA in Europa militärisch präsent sind, macht nur einen Teil der globalen Stabilisierung des Kräftegleichgewichts aus. Wenn man versuchen wollte, ein rein regionales Sicherheitssystem zu schaffen - beginnend mit den militärischen Aspekten; -, dann würde man unvermeidlich in eine Sackgasse geraten.

Um einen Bereich gemeinsamer Interessen der europäischen Staaten zu schaffen, müßte man meines Erachtens damit beginnen, zunächst eine politische Basis für die Koexistenz der beiden Systeme auszuarbeiten, die ökonomische Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern, ein Klima des Vertrauens zu schaffen und erst dann zu den komplizierteren, insbesondere zu den militärischen Aspekten unserer Problematik überzugehen. Schließlich sind letztere ja nicht die Ursache, sondern die Folge der politischen Widersprüche.

Herr Grass hat in einer Hinsicht wohl recht. Außerhalb Europas kann man eine allgemeine Verhaltenslinie für alle europäischen Staaten leichter festlegen. Das wird nicht unbedingt gleich eine gemeinsame ökonomische Hilfe für die Entwicklungsländer sein. Vielleicht geht es am Anfang um den Versuch einer gemeinsamen Regelung von außereuropäischen Krisensituationen. Man könnte so Voraussetzungen für eine politische Zusammenarbeit auch innerhalb Europas vorbereiten, die dann womöglich einen Abbau der Militärblöcke zur Folge hätte. Gerade das wäre ein Element der Änderung des Status quo, von der Herr Grosser gesprochen hat - nicht im Sinne der Konvergenz von Sozialismus und Kapitalismus, sondern als Beendigung der militärischen Konfrontation zwischen ihnen.

Sommer

Haben Sie mich mißverstanden, Herr Rubinski, daß ich etwa gegen Gewaltverzichtsabkommen sei? Das war nicht der Sinn meiner Darlegungen.

Ich möchte im Anschluß an Ihre Ausführungen erstens fragen: Ist die Sowjetunion dagegen, daß auf einer Konferenz über die Sicherheit Europas über den Gewaltverzicht hinausgehend auch ein Gewaltmittelverzicht oder ein Teilverzicht auf die Mittel, mit denen Gewalt ausgeübt oder angedroht werden könnte, gefordert wird?

Zweitens: Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen einerseits den bilateralen Gewaltverzichtsverhandlungen, die die Bundesregierung beispielsweise mit der Sowjetregierung und mit der Regierung der Volksrepublik Polen führt und die sie auch der Regierung der DDR angeboten hat, und dieser allgemeinen europäischen Konferenz andererseits? Glauben Sie wirklich, daß eine Absegnung der bilateralen Regelungen, wenn wir - wie ich hoffe - dazu kommen, durch Staaten wie San Marino und andere dem noch Substanz hinzufügen würde?

Rubinski

Was den Zusammenhang zwischen den bilateralen Verhandlungen und der gesamteuropäischen Konferenz angeht, so hielte ich es für unzweckmäßig, diese beiden Maßnahmen einander gegenüberzustellen oder sie voneinander abhängig zu machen. Beide haben ihre Vorzüge und ihre Nachteile. Sie müssen parallel genutzt werden; dann kann man mit ihnen die größte Wirkung erzielen. Natürlich wäre es ein Irrtum zu erwarten, das gesamteuropäische Forum werde auf einmal alle Probleme lösen; naiv wäre aber auch die Vorstellung, die Beschränkung auf das zweiseitige Feilschen würde die Schwierigkeiten verringern. Um einen Modus vivendi auszuarbeiten, muß man zahlreiche Kanäle benutzen, ein Maximum an Elastizität an den Tag legen und die Meinungsverschiedenheiten nicht auch noch durch Streitigkeiten über das Verfahren verstärken.

Was meinen Sie übrigens mit Gewaltmittelverzicht, Herr Sommer?

Sommer

Das, was wir MBFR - Mutual Balanced Forces Réductions - nennen.

Rubinski

Es geht also darum, dem Verzicht auf Gewaltanwendung eine militärische Grundlage durch eine beiderseitige Rüstungsbeschränkung zu schaffen. Wir hatten in den fünfziger Jahren bereits begonnen, auch an dieses Problem heranzugehen. Wenn wir damals auf unüberwindbare Hindernisse stießen, dann war das, offen gesagt, nicht unsere Schuld. Es ging um Fragen der Proportionen der Waffenkürzung, der Formen der Inspektion und so weiter.

Jetzt sagen Sie, es gebe einerseits eine politische Seite des Problems, nämlich die Absage von Gewaltanwendung, auch hinsichtlich der Grenzen, und andererseits das militärische Problem, das, was Sie Gewaltmittelverzicht nennen. Sie wollen aus diesen beiden Problembereichen offensichtlich ein einheitliches Paket machen und alle Probleme gleichzeitig lösen.

Sommer

Ja, man sollte sie gleichzeitig und parallel anpacken.

Rubinski

Wenn wir einen Mechanismus für die Regelung von Konflikten in Europa schaffen wollen, dann müssen wir vor allem die politischen Probleme lösen. Wenn wir sie mit den militärischen Problemen verbinden, gehen wir das Risiko ein, sowohl die politische als auch die militärische Problematik in eine Sackgasse zu bringen. Ich würde, auch an Ihrer Stelle, das Problem der Truppenreduktion nicht zur Hauptgewähr der Sicherheit machen. Man muß mit der Verbesserung der Atmosphäre, mit der Schaffung eines gegenseitigen Interesses an der Entspannung beginnen und erst dann zu den militärischen Aspekten übergehen.

Hinzu kommt, daß zwar die Bundesrepublik das militärische Problem durchaus im Rahmen nur der europäischen Staaten sehen kann, aber für die Sowjetunion kommt es nicht auf das Kräfteverhältnis mit der Bundesrepublik Deutschland, sondern vor allem mit den Vereinigten Staaten an. Daraus folgt eindeutig, daß es unzweckmäßig ist, die militärischen Aspekte der europäischen Sicherheit in den

Vordergrund zu stellen. Damit würde das Problem sofort in die Abhängigkeit der viel umfassenderen Problematik der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geraten.

Sommer

Ich beschränke mich auf einen Satz: Die NATO ist sich darüber; im klaren, daß dies im weltweiten Rahmen gesehen werden muß, im Rahmen des Verhältnisses der beiden Supermächte zueinander. Deswegen auch der Vorschlag, der von der NATO als Allianz kommt. Wollte man sich allein auf das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion beschränken, wäre das in der Tat lächerlich.

Rubinski

Dann wird aber das Problem im Rahmen der Beziehungen zwischen den Blöcken in Europa behandelt. Wenn wir, wie Frankreich es vorschlägt, die Europäische Beratung nicht als ein Blockproblem anfassen und wenn wir einen Mechanismus zur Regelung von Konflikten in Europa schaffen, dann eben nicht einfach auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen den beiden Blöcken, sondern neben und sogar über ihnen.

Wir müssen jetzt bestimmte politische Probleme lösen, die sowohl bilateraler wie auch multilateraler Natur sein können. Vielleicht wird einmal für ganz Europa die Voraussetzung bestehen, die militärischen Blöcke zu demontieren.

Rasch

Herr Sommer sprach davon, daß Europa zur Zeit die sicherste Region der Welt darstelle, und zwar auf der Basis eines stabilen Gleichgewichts. Glücklicherweise wird hier in der Tat seit fünfundzwanzig Jahren nicht mehr geschossen. Man kann dieses Gleichgewicht aber nicht stabil nennen, vor allem deshalb nicht, weil die Waffentechnik sich ständig weiterentwickelt. Nirgendwo sind die Militärs, sofern sie nicht von den Politikern in Schach gehalten werden, an einem Gleichgewicht interessiert, sondern sie wollen dem Gegner überlegen sein und selbstverständlich jede neue technische Erfindung nutzen. Von daher droht eine erhebliche Gefahr, auch wenn bisher ein gewisses Gleichgewicht bestanden hat.

Das Gleichgewicht des Schreckens müßte durch eine bessere, durch eine vertragliche Regelung ersetzt werden. Deshalb plädiere ich für das Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz, und wir sollten alle Initiativen, sowohl von offizieller wie auch von privater Seite, die dahin zielen, unterstützen.

Ich bin auch nicht der Ansicht, daß bilaterale Verhandlungen, wie sie jetzt geführt werden, eine solche Sicherheitskonferenz überflüssig machen. Gerade das Nebeneinander ist fruchtbar; denn dadurch könnte ein friedliches und freundschaftliches Klima im allgemeinen erzeugt werden; darauf wies ja Herr Rubinski eben schon hin. Außerdem könnten an einer gesamteuropäischen Friedenskonferenz auch die neutralen Länder teilnehmen. Ich erwarte von der Schweiz, vor allem aber auch von Schweden, das ja in diesen Fragen bereits seit langem sehr gute Arbeit geleistet hat, und von Österreich aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Neutralität fruchtbare Beiträge.

Augstein

Halten Sie es für möglich, Herr Rubinski, daß eine Sicherheitskonferenz, wie Sie sie wünschen, stattfindet, ohne daß die sehr verschiedenen Standpunkte der beiden Seiten über die Zukunft von Westberlin angenähert worden sind? Es dürfte kaum möglich sein, im Verlauf einer solchen Mammutkonferenz, an der dreißig, vierzig oder fünfzig Staaten teilnehmen, substantielle Ergebnisse zu erzielen. Müssen sich also nicht die Standpunkte über Westberlin mehr einander annähern, als das bisher der Fall ist, und müßte nicht auch die Sowjetunion klarmachen, zu welchen Konzessionen sie in bezug auf Westberlin bereit ist, damit auch die westliche Seite Konzessionen machen kann?

Rubinski

Ich hoffe, daß im Verlauf des Meinungs-austausches zwischen den vier Großmächten über Berlin eine gewisse Verständigung auch hinsichtlich der militärischen Beziehungen erreicht wird, damit die Lösung dieser Frage möglich wird, um sie von jener Explosionsgefahr zu befreien, die sie leider immer noch besitzt.

Doernberg

Ich halte die Westberlin-Frage für eines der kompliziertesten Probleme, das es heute in Europa gibt, schon allein deshalb, weil damit sehr verschiedene Aspekte und sehr unterschiedliche Interessen verbunden sind. Man sollte aber die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz und Maßnahmen, die im Interesse aller europäischer Staaten liegen, nicht von der vorherigen Lösung irgendeiner Frage, einschließlich der Westberlin-Frage, abhängig machen. Ich bin der Ansicht, daß kein europäischer Staat, auch nicht mehrere europäische Staaten zusammen, auch nicht die Bundesrepublik oder die DDR, eine Art Veto-Recht für die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz haben dürfen: Kein Staat sollte darauf bestehen können, daß irgendeine Frage erst so gelöst wird, wie er das für notwendig erachtet, bevor es zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz kommen darf.

Ich begrüße aus diesem Grunde den sehr konstruktiven Gedanken der Regierung der DDR, die zwar die Bedeutung der Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen der Bundesrepublik und anderer Staaten Nord-, Süd- und Westeuropas zur DDR für die europäische Sicherheit unterstreicht, die aber die Herstellung solcher Beziehungen auch von Seiten der Bundesrepublik nicht zur Vorbedingung für die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz macht.

Um es kurz zu fassen: Wir kommen in den Fragen der europäischen Sicherheit nicht weiter, wenn wir alle Fragen, die gelöst werden müssen, zunächst durch zwei-, drei-, vier- oder fünfseitige Verhandlungen zu lösen versuchen, um uns erst dann der Europäischen Sicherheitskonferenz zuzuwenden.

Besymenski

Ich möchte Herrn Augstein beruhigen: Diese Konferenz wird nicht so riesengroß sein, wie er meint; denn es gibt in Europa keine fünfzig Staaten, sondern nur dreißig. Aber die Erfahrungen zeigen, daß auch Beratungen mit einer größeren Teilnehmerzahl durchaus erfolgreich sein können.

Ich halte es allerdings, wie Herr Doernberg, kaum für zweckmäßig, irgendein Junktim zwischen dem Problem Westberlin und der gesamteuropäischen Konferenz herzustellen. Natürlich würde es sehr nützlich sein, wenn in den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der vier Großmächte in Westberlin neue positive Methoden gefunden werden, um Westberlin in einen Raum zu verwandeln, der keine Unruhe in Europa verursacht. Ender diese Verhandlungen erfolgreich, so wird das ohne Zweifel für die gesamteuropäische Konferenz von Nutzen sein. Es wäre jedoch verfehlt, hier einen direkten Zusammenhang herzustellen.

Wiles

Wenn ich als Brite Berlin und seine Verkehrswege ich unterstreiche: und seine Verkehrswege - erwähne, dann spreche ich hier sozusagen, und Sie werden mir das Wort wohl verzeihen, als Herrscher eines Viertels dieser Stadt. Ich muß da auch etwas anerkennen, ich bin auch daran beteiligt. Wenn also die Westberlin-Frage nicht als integraler Bestandteil der gesamten Anerkennungs- und Grenzfragen gelöst wird, dann wird gar nichts gelöst werden, und es bleibt eine ständige Gefahr bestehen.

Ich bin für alle kleinen Schritte, aber der große Sprung nach vorn bleibt unvermeidlich. Das erfordert Opfer sowohl von der östlichen als auch von der westlichen Seite.

Gräfin Dönhoff

Es ist heute deutlich geworden, daß beide Seiten sehr bemüht sind, unter Wahrung der Verschiedenartigkeit ihres jeweiligen Systems die Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, zu begrenzen; darum scheint mir Herrn Rubinskis Wunsch nach Krisensteuerung die wesentlichste Aussage des heutigen Tages zu sein.

Es ist festgestellt worden, daß Europa heute die Region in der Welt ist, in der verhältnismäßige Ruhe herrscht. Der einzige Punkt, an dem sich jedoch in der Tat rasch Konflikte einstellen können, ist Berlin. Wenn ich an die hier vieldiskutierten Realitäten denke, dann möchte ich ganz präzise fragen: Sind wir uns darüber einig, daß neben den Realitäten, über die wir gestern sprachen - DDR und Oder-Neiße-Grenze;-, auch Berlin eine Realität ist, die in den Zusammenhang: "Krisenvermeidung" und alles tun, um Gefahren zu vermeiden, mithineingehört? Und sind wir uns dann darüber klar, daß dazu auch die Zugänge zu Berlin gehören und die Garantie des Zugangs?

Doernberg

Darauf gibt es eine kurze Antwort: Die Westberlin-Frage gehört selbstverständlich zu den Problemen, die mit einer Krisensteuerung und der Beseitigung von Konfliktherden verbunden sind; sie gehört zu den Fragen, die zu den Realitäten zu rechnen sind. Im Zusammenhang mit der Entwicklung Westberlins steht natürlich nicht zuletzt die vertragliche Sicherung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR; denn Westberlin liegt ja inmitten des Territoriums der DDR. Damit ist auch die Frage der Sicherung und Gestaltung der Zufahrtswege ein Problem zwischen der Regierung der DDR und Westberlin.

Gräfin Dönhoff

Wenn in Ihrer Verfassung steht: Berlin ist die Hauptstadt der DDR, wie soll dann die Selbständigkeit Westberlins und die Absicherung der Zugangswege definiert werden? Ich sehe nicht, wie das so einfach geregelt werden kann, wie Sie das gerade sagten.

Doernberg

Auch hier eine kurze Antwort: In dem Vertragsentwurf, den die DDR überreicht hat, ist bekanntlich ein Artikel enthalten, daß die DDR und die Bundesrepublik Westberlin als eine selbständige politische Einheit betrachten sollen, in deren innere Angelegenheiten sich keiner der beiden Staaten einmischt.

Gräfin Dönhoff

Aber das ist nicht die Realität von heute; darin besteht doch die Schwierigkeit. Die Realität ist nicht, daß Westberlin eine selbständige Einheit ist, sondern die Realität, wie sie sich in den letzten zwanzig Jahren herausgebildet hat, ist, wie wir alle wissen, daß es eine sehr enge Verknüpfung Westberlins mit der Bundesrepublik gibt.

Poljanow

Ich befürchte, daß wir über die Verhandlungen der vier Großmächte bezüglich Westberlins schlechter informiert sind als diese vier Großmächte selbst. Da die Verhandlungen jetzt stattfinden, würde ich raten, den vier Mächten die Möglichkeit zu geben, diese erst einmal abzuschließen. Wir wünschen ihnen Erfolg dabei. Wir können zur Besprechung dieser Frage zurückkehren, wenn wir die Ergebnisse der Verhandlungen in der Hand haben.

Grass

Natürlich, wir sind hier nicht die vier Großmächte, und wir sollten uns in unserer Diskussion auch nicht von Entschlüssen und Verhandlungen abhängig machen, auf die wir warten und denen wir einen guten Ausgang wünschen. Ich möchte hier aber eine Frage stellen, die man ohne Berücksichtigung der vier Großmächte beantworten kann. Können wir in diesem Gesprächskreis davon ausgehen, daß der Wille der Westberliner Bevölkerung für die politische Gegenwart und Zukunft Westberlins ausschlaggebend sein muß? Wenn wir nämlich von Realitäten in Europa sprechen, dann ist es auch eine Realität, daß die Westberliner Bevölkerung sich in enger Beziehung zur Bundesrepublik versteht und keine besondere politische Einheit bilden will. Dieser Wunsch der Westberliner Bevölkerung sollte bei allen Überlegungen, die Berlin betreffen, an erster Stelle stehen.

Schuster

Ich meine, daß es zu einer vorbeugenden Krisensteuerung gehört, möglichst eindeutige Begriffe zu verwenden. Es ist schon bedenklich genug, daß man einen so zentralen Begriff wie Gewaltverzicht offenbar nicht eindeutig fassen kann. Wenn es aber über andere Begriffe auch keine Klarheit gibt, kann sich die Gefahr potenzieren.

So sehe ich es im Anschluß an den Hinweis, den Gräfin Dönhoff gegeben hat, als bedenklich an, wenn in der Verfassung der DDR Berlin als die Hauptstadt der DDR genannt und in amtlichen Schriftstücken Westberlin immer wieder als auf dem Territorium der DDR liegend bezeichnet wird. Man sollte da nicht ein neues Phänomen - wenn ich so sagen darf - aufbauen.

Die jetzige Bundesregierung hat sich bemüht, nicht mehr vom "Phänomen" Sowjetzone oder DDR zu sprechen, sondern in diesem Punkt absolute Klarheit zu schaffen. Es wäre gut, wenn man auch begriffliche Klarheit schüfe, ob man Westberlin, Ostberlin oder Gesamtberlin meint.

Sommer

Eine Frage an Herrn Doernberg: Wieso glauben Sie, daß eine Europäische Sicherheitskonferenz irgendwelche Chancen hat, zu multilateralen europäischen Regelungen zu kommen, wenn nicht vorher die schwebenden schweren Probleme, die ja bilateraler Natur sind, bilateral gelöst werden beziehungsweise wenn sich nicht eine Lösung dieser Probleme auf bilateralem Wege abzeichnet, so daß die Europäische Sicherheitskonferenz nur noch die Absegnung dieser bereits bilateral angebahnten Regelungen bringt?

Doernberg

Ich habe die feste Überzeugung, daß die Völker aller europäischen Staaten, die Mehrheit der Regierungen der europäischen Staaten, ja ich möchte hoffen, die Regierungen aller europäischen Staaten ein Interesse daran haben, einen multilateralen Vertrag über Gewaltverzicht abzuschließen. Ich glaube auch, daß alle europäischen Staaten ein Interesse daran haben, Vereinbarungen über die Erweiterung und Förderung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen, auf wissenschaftlich-technischen und auf anderen Gebieten zu treffen, worüber wir heute gesprochen haben. Darum meine ich, daß eine Europäische Sicherheitskonferenz Erfolg haben kann, selbst wenn einige der bestehenden Probleme - die zum Teil bilateraler Art sind, zum Teil über den Charakter bilateraler Fragen hinausgehen - noch nicht gelöst sind. Eine solche Konferenz kann gerade dazu beitragen, auch diese Fragen zu lösen.

Natürlich wäre es gut, wenn alle Konfliktstoffe, die es in Europa gibt, vorher gelöst wären und die Regierungschefs sich nur noch an den Tisch setzen müßten, um die Ergebnisse zu besiegeln. Aber eine Beratung aller europäischen Staaten davon abhängig zu machen, daß jeder einzelne Staat seine Fragen vorher gelöst hat, wie er sie gerne lösen möchte, bedeutet, daß man den Gedanken einer Europäischen Sicherheitskonferenz im Grunde genommen doch nicht genügend unterstützt.

Gasteyger

Eine solche Konferenz ist sicherlich nicht die letzte Antwort auf die Probleme, die wir vor uns haben. Sie ist wahrscheinlich nur einer der vielen möglichen Wege, die wir einschlagen sollen und können, um die politische Lage in Europa zu verbessern. Die Konferenz würde vermutlich mehr zur Bestätigung von Ergebnissen dienen als zur Aushandlung von komplizierten Problemen.

Es gibt keine absolute Sicherheit; Sicherheit ist vielmehr ein Prozeß, der sich in einem dauernden Wandel befindet. Aus diesem Grunde sollten wir die Europäische Sicherheitskonferenz als Teil eines Prozesses betrachten, bei dem es um Änderungen geht, und zwar im Sinne derjenigen Lösungen für Europa, an denen uns allen gelegen ist. Diese Änderungen müssen sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Ländern stattfinden und schließlich auch in den neutralen oder bündnisfreien Ländern, auf die Herr Rasch vorhin bereits kurz hingewiesen hat. Möglicherweise könnte die Bündnisfreiheit einen Weg für neue Lösungen in Europa aufzeigen.

Markiewicz

Es wurde hier viel polemisiert; aber unser Gespräch hat doch gezeigt, daß es genügend Stoff für eine multilaterale Diskussion gibt. Daraus ziehe ich die Schlußfolgerung, daß es wirklich an der Zeit ist, zu konkreten Vorbereitungen im Hinblick auf die Einberufung einer multilateralen Konferenz zu kommen. Es besteht einmal die Möglichkeit und die Notwendigkeit, daß man eine multilaterale Konferenz auf der gesellschaftlichen Ebene organisiert, also im Sinne des Vorschlages von Herrn Rasch und von anderen Teilnehmern dieses Gesprächskreises; zum ändern muß man eine Konferenz auf staatlicher Ebene organisieren.

Wir waren hier ziemlich einig, daß die bilateralen Gespräche, wie sie jetzt in Europa geführt werden, einschließlich der Gespräche um Westberlin, große Bedeutung für die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz haben. Ich halte es aber nicht für richtig, daß man, wie Herr Sommer sagte, erst die Ergebnisse der bilateralen Gespräche abwarten und die Europäische Konferenz lediglich, wie er sich ausdrückte, eine "Absegnung" dieser Ergebnisse vornehmen sollte. Wir betrachten die Europäische Konferenz nicht als ein einmaliges Ereignis; vielmehr müßten dann weitere Konferenzen organisiert werden. Die Sicherheitskonferenz sollte also als eine Art ständiger Institution angesehen werden.

Aus diesem Grund sind wir jedoch sehr daran interessiert, daß die erste Konferenz mit bestimmten konkreten Resultaten endet und nicht den Weg zu weiteren Konferenzen versperrt, sondern ihn im Gegenteil sehr breit öffnet. Deshalb haben wir eine Tagesordnung vorgeschlagen, die manche für sehr bescheiden halten, die aber bestimmte Möglichkeiten gibt, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Auch in dieser Diskussion werden wichtige Probleme aufgeworfen, die ebenfalls auf der

Tagesordnung der Konferenz stehen könnten. Ich denke dabei etwa an das, was Herr Emeljanow über den Naturschutz gesagt hat. Das sind konkrete Aufgaben, vor denen heute die ganze Menschheit steht, und die westliche Seite ist nicht imstande, sie allein zu lösen; diese Probleme können nur gemeinsam bewältigt werden. Man könnte bestimmte Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und der kulturellen Beziehungen konkretisieren sowie auf einer ersten Konferenz dieser Art auch über Probleme sprechen, die zwar nicht auf der Tagesordnung stehen, die aber doch von großer Bedeutung sind. Solche Probleme könnten dann in Kommissionen weiter erörtert werden, und ich würde es für richtig halten, wenn diese erste Konferenz solche Kommissionen ins Leben rief.

Grass

Könnten Sie sich vorstellen, Herr Markiewicz, daß auch der, wie ich meine, konstruktive Vorschlag der letzten NATO-Konferenz in Rom, der auf Abrüstung zielt, auf die Tagesordnung gesetzt wird?

Markiewicz

Ich möchte hier nicht zu den Beschlüssen der NATO-Konferenz Stellung nehmen. Ich habe aber gesagt, daß man auf der ersten Konferenz auch über bestimmte Fragen sprechen könnte, die nicht auf der Tagesordnung stehen, weil es sich hierbei um Probleme handelt, die schwer zu lösen sind. Man könnte sich aber darüber einigen, daß auch solche schwierigen Probleme in das Gespräch einbezogen und dann in bestimmten Kommissionen - sagen wir in einer Kommission für Fragen der Sicherheit - weiter erörtert werden.

Truchanowski

Ich bin Historiker, und vielleicht bin ich aus diesem Grunde der Ansicht, daß es kaum produktiv wäre, Probleme, die uns interessieren, lediglich im Rahmen des Zeitabschnittes zwischen Erfurt und Kassel zu erörtern. Ich möchte deshalb einige Begebenheiten in einer etwas weiteren historischen Perspektive betrachten.

Hier wurde viel über die Realitäten in Europa gesprochen. Zu den Realitäten, die sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung gebildet haben, gehört auch, daß es zwei Europa gibt. Deshalb hat Churchill einmal gesagt, daß "es nicht jenes Europa ist, für das wir gekämpft haben". Es gibt ein sozialistisches und, sagen wir, ein westliches Europa. Wenn wir diese Realität nicht als einen Faktor von größter Bedeutung berücksichtigen, wird es kaum möglich sein, die Probleme zu lösen, über die wir hier sprechen. Wie kann man die Sicherheit in Europa bei der Existenz der beiden Staatensysteme gewährleisten? Wir schlagen das Prinzip der friedlichen Koexistenz vor, und wir sind davon überzeugt, daß dieses Prinzip, wenn man es ernsthaft prüft, auch für Westeuropa von Vorteil ist.

Eine weitere historische Realität ist es, daß sich im Verlaufe der Zeit alles ändert. Was ändert sich aber, und welche Tendenzen zeigen sich dabei? Wären zum Beispiel die Verhandlungen in Erfurt und Kassel vor fünfzehn Jahren denkbar gewesen? Die Antwort ist Ihnen bekannt. Hätte vor fünfzehn Jahren ein solches Treffen in Leningrad stattfinden können? Auch darauf ist Ihnen die Antwort klar. Vor fünfzehn Jahren gab es die Haustein-Doktrin und vieles andere mehr. Heute hat sich vieles verändert, manches ist möglich geworden. Wir sitzen gemeinsam an einem Tisch, und Sie geben zu, daß man Vereinbarungen erzielen, normale gegenseitige Beziehungen herstellen, gemeinsame Wege zur Lösung von Problemen suchen muß.

Wir werden nicht imstande sein, an die Lösung der uns interessierenden Probleme heranzugehen, wenn wir die objektiven Tendenzen ignorieren, die darin bestehen, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt ändert. In der Bundesrepublik werden heute Millionen Tonnen Stahl erzeugt, was manchen Leuten in Westeuropa Sorgen bereitet. Wir verstehen das. Man muß aber auch die Stabilität des sozialistischen Systems während der vergangenen Jahre hervorheben; diese Tendenz, ob sie gefällt oder nicht, ist für alle klar. Sie hat uns hier zusammengeführt und die Treffen von Erfurt und Kassel ermöglicht.

Von westlicher Seite wurde hier mehrfach der Gedanke geäußert, um den Weg zur europäischen Sicherheit zu ebnen, seien bestimmte Veränderungen innerhalb der sozialistischen Länder nötig. Dazu will ich ganz offen und direkt sagen: Wenn unsere Gäste aus dem Westen glauben, daß die sozialistischen Länder bereit seien, ihre Zustimmung zu einem System der gesamteuropäischen Sicherheit zu erkaufen, und zwar auf Kosten von inneren Veränderungen in den sozialistischen Ländern, so wie wir es hier schon seit zwei Tagen hören, dann täuschen Sie sich. Ich bin völlig davon überzeugt, daß sich damit weder die Völker meines Landes noch die Völker der anderen sozialistischen Länder einverstanden erklären werden. Ich will jetzt nicht darüber sprechen, warum

das so ist, aber ich betone, daß es so ist. Man darf sich darüber keine Illusionen machen; denn Illusionen stören die Lösung wichtiger Fragen.

Ich las gestern in den Zeitungen, daß Bundeskanzler Brandt davon gesprochen hat, die jetzigen Grenzen würden auch weiterhin bestehen, und sie sollten unverletzlich sein. Er sprach also über sehr wichtige Dinge und übernahm für seine Worte die volle Verantwortung. Es ist weiterhin bekannt, daß die deutschen Geschäftsleute mit Vertretern des sowjetischen Außenhandels einen Kontrakt über zwanzig Jahre geschlossen haben, und zwar über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik.

Ich bin kein Kaufmann und in finanziellen Angelegenheiten nicht so bewandert wie meine Frau, dennoch ist es für mich klar, daß es in Westdeutschland keine dummen Geschäftsleute gibt, denn die wären schon am nächsten Tag ruiniert. Kein kluger Geschäftsmann würde einen Kontrakt für zwanzig Jahre unterzeichnen, wenn er nicht die Überzeugung gewonnen hätte, daß er während dieser Zeit gegen den Kontrahenten keinen Krieg führen wird. Für mich ist das eine erfreuliche Mitteilung. Dagegen bleiben wir Vertreter der Öffentlichkeit, die eigentlich den Regierungen und den Geschäftsleuten vorangehen müßten, in unseren Diskussionen hinter diesen zurück. Ich gebe zu, daß mich das betrübt hat.

Herr Sommer meinte: Wozu eine Konferenz über Europa, wenn sie keine Sicherheit gewährleisten wird? Das werde eine Kohlsuppe ohne Kohl. Wir sind der Ansicht, daß der Weg zur Sicherheit lang und schwierig sein wird. Die europäische Beratung ist erst der Anfang dieses Weges. Wenn man den Standpunkt vertritt, daß sie nicht nötig ist und Abkommen über Gewaltverzicht ausreichen, wozu hat man sich dann überhaupt hier versammelt?

Was die Kohlsuppe ohne Kohl anbelangt, so gilt in Rußland sogar eine Suppe mit Kohl noch nicht als Kohlsuppe. Eine richtige Kohlsuppe muß mit Schweinefleisch zubereitet werden. Herr Sommer behauptete, daß wir sowjetischen Vertreter selbst nicht an der europäischen Beratung interessiert seien. Das ist ein neues Argument gegen die Beratung. Um Klarheit zu schaffen, schlage ich vor, eine richtige russische Kohlsuppe - bei uns Stschi genannt - zu kochen. Lassen Sie uns ein Kommuniqué annehmen, das folgende Feststellung enthält: Wir und Sie sprechen uns alle dafür aus, daß die Beratung mit einer bestimmten Zielsetzung stattfindet. Wenn die sowjetischen Vertreter sich dann weigern, das Kommuniqué zu verabschieden, haben Sie recht; wenn sie zustimmen, dann müssen Sie schon andere Argumente gegen die Beratung über die europäische Sicherheit finden.

Kitzinger

Herr Emeljanow sprach vom Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution. Dabei geht es jedoch nicht nur um Fragen der Technologie, sondern auch um Änderungen im menschlichen Bewußtsein. Die gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die den Vorrang haben sollen, stehen nicht fest. Ich frage mich, ob in Anbetracht der Dynamik in der modernen Welt objektive Sicherheit nicht überhaupt illusorisch ist - von der subjektiven Sicherheit ganz zu schweigen. Es verändert sich so vieles in der Welt - davon sprach eben auch Herr Truchanowski;- , daß jede noch so perfekte Formulierung, ob sie nun auf Konferenzen oder auf anderen diplomatischen Wegen entsteht, immer zu starr und deshalb zerbrechlich sein wird und den lebendigen Kräften der Veränderung stets vergebens entgegenstehen würde. Der Friede kann also nie eine endgültige Formel sein, über die ein für allemal eine Abmachung zu treffen wäre, sondern er muß als eine ständige Aufgabe, die uns immer wieder von neuem auferlegt sein wird, verstanden werden.

Ich bin aber der Meinung, daß wir uns in den Bemühungen, in dem fortwährenden Kampf um den Frieden gegenseitig sehr viel zu bieten haben. Der Handel mag nützlich sein; aber mit Waren allein ist es nicht getan. Bei den großen gemeinsamen Aufgaben der Bezwingung des Hungers und der Krankheiten, der Bevölkerungspolitik in der Welt, der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen und so weiter müssen wir am gleichen Strang ziehen, ob es sich nun um die Bewirtschaftung des Meeres, um die Wetterbeeinflussung oder um die Krebsforschung handelt. Aber an diesen Aufgaben - und das dürfen wir ebenfalls nicht vergessen - haben nicht nur die Europäer zu arbeiten, sondern alle, die auf diesem kleinen Raumschiff Erde einen Beitrag leisten können, ob sie nun Japaner, Amerikaner oder wer sonst sind.

Ferner muß die Frage nach den gesellschaftlichen Prioritäten gestellt werden. Einige Dinge, über die wir noch nicht gesprochen haben, gehören zu den Voraussetzungen gemeinsamen Fortschritts. Ich vermisse es zum Beispiel, daß wir die neuen technologischen Möglichkeiten nicht genügend zur gegenseitigen Information und zum gegenseitigen Ideenaustausch nützen. Wir haben hier eine Simultananlage, wir haben riesige Flugzeuge, wir haben Fernsehsatelliten - aber nur wenige östliche Studenten sehen wir an westlichen Universitäten. Warum? Nur wenige westliche Studenten studieren

an östlichen Universitäten. Warum? Wie klein ist die Zahl der Touristen, die von einem Land ins andere gehen, um sich dort einmal unabhängig von der Propaganda auf beiden Seiten die Realitäten anzusehen. Wie unzureichend ist die Berichterstattung, wie wenige ausländische Zeitungen sind vorhanden. Wie selten werden im Fernsehen Selbstdarstellungen anderer Länder gebracht. Ich glaube, daß wir gerade in dieser Hinsicht nicht nur zwischen den Brahmanen hier, sondern auch zwischen unseren Völkern eine sehr viel größere Offenheit wagen dürfen und wagen müssen.

Smirnow

Als Rektor des Polytechnischen Instituts in Leningrad kann ich Ihnen berichten, daß jährlich einhundertfünfzig bis zweihundert ausländische Fachleute, davon vierzig bis fünfzig aus den kapitalistischen Ländern, zu uns kommen. Und es gibt eine Reihe weiterer Tatsachen, die dafür sprechen, daß unsere ausländischen Kontakte in den letzten Jahren intensiv ausgebaut wurden. Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Kitzinger, daß diese Entwicklung äußerst erwünscht ist.

Kitzinger

Schließlich möchte ich auf ein Problem zurückkommen, das bereits am Anfang dieser Sitzung aufgegriffen wurde: Es ist sicherlich begrüßenswert, aber auch sehr billig, hier nur über die Sicherheit zu sprechen. Das reicht aber bei weitem nicht aus - man muß auch über gewisse Menschenrechte sprechen, ohne die für die Sicherheit nur eine sehr kleine und labile Basis bleibt.

Poljanow

Ich muß Sie hier leider unterbrechen, Herr Kitzinger. Da uns nur noch kurze Zeit bis zum Abschluß der Diskussion bleibt, möchte ich jetzt Herrn Polewoi bitten, der bisher noch gar nicht zu Wort gekommen ist.

Polewoi

Wie man eine Kohlsuppe kocht, haben wir bereits festgestellt. Sie besteht in der Tat nicht nur aus Wasser. Ich möchte aber hinzufügen, daß die echte russische Kohlsuppe mehr enthält als nur ein Stück Schweinefleisch.

Ich meine, unsere Gespräche hier waren sehr inhaltsreich und interessant. Die Vertreter der beiden deutschen Staaten haben bei voller Hochachtung voreinander ihren Standpunkt dargelegt - das war schon ein gutes Stück Fleisch für unsere Kohlsuppe. Sehr bedeutsam wäre nun die praktische Auswertung unserer Ausführungen. Es fand sich kein einziger Redner, der die Einberufung der gesamteuropäischen Beratung in der einen oder der anderen Form nicht begrüßt oder der sich gegen diese Beratung gestellt hätte. Unwichtig, von wem die Initiative ausging, wichtig ist unsere Einmütigkeit.

Als sozialistischer Realist möchte ich noch einen praktischen Vorschlag machen. Hier sitzen zahlreiche Vertreter einer sehr mächtigen Institution, gewissermaßen einer eigenen Weltmacht: die Journalisten. Wir alle, Journalisten aus Ost- und Westdeutschland und aus anderen Ländern, müssen unseren Beitrag zur gemeinsamen Sache leisten. Bei Ihnen und bei uns erscheinen viele Zeitungen und Zeitschriften mit großen Auflagen. Die "Iswestija" zum Beispiel, die Herr Poljanow vertritt, hat eine Auflage von 6,5 Millionen Exemplaren. Wenn wir nach diesem Treffen uns alle aktiv für die Einberufung der gesamteuropäischen Beratung von der hohen Tribüne unserer Zeitungen aussprechen würden, wäre das ein weiteres Stück Fleisch, das wir in unsere vielzitierte Suppe legen könnten.

Wir alle sind Menschen der Kultur; aus irgendeinem Grunde haben wir jedoch wenig über Kultur gesprochen. Herr Smirnow, der Rektor des Leningrader Polytechnischen Instituts "M. I. Kalinin", das übrigens zu den besten Hochschulen unseres Landes gehört, nannte eben einige Zahlen über die ausländischen Studenten, die an dieser Hochschule immatrikuliert sind. Wenn bei uns und bei Euch mehr Austauschstudenten studieren würden, könnte viel gegenseitiger Argwohn abgebaut werden, der die europäische Atmosphäre heute noch vergiftet.

Ich erinnere mich an ein Erlebnis. Zur Zeit des Senators McCarthy fuhr ich mit einer Delegation Journalisten aus der Sowjetunion auf Einladung in eine amerikanische Stadt. Zu Beginn unseres Aufenthaltes in den USA blieben uns eigentlich nur die Prügel erspart, sonst hat man uns so ziemlich alles zugemutet. Dann unternahmen wir eine Reise durch das Land. Als wir in die Stadt Phoenix in Arizona kamen, empfingen uns die Einwohner plötzlich mit Blumen. Wir waren natürlich sehr überrascht. Es stellte sich dann heraus, daß in der Zwischenzeit in jener Stadt zwei sowjetische

Künstler, nämlich Oistrach und Rostropowitsch, konzertiert hatten, und nur durch dieses Ereignis hatten die dort wohnenden Farmer, die entschlossene Leute sind, ihre Meinung über uns geändert und uns einen anderen Empfang bereitet.

Ich erzähle das, um zu zeigen, daß man kulturelle Verbindungen besser pflegen muß; denn sie sind ein großer Beitrag zur Verbesserung der Atmosphäre in Europa.

Mit der DDR unterhalten wir ständige kulturelle Verbindungen, und es bestehen vertragliche Beziehungen. So sollte es auch mit der Bundesrepublik Deutschland sein. Ich denke dabei an die verschiedenartigen Austauschaktionen: Theaterveranstaltungen, Jugendensembles, Vorlesungen, Sportwettkämpfe und vieles andere mehr. Und es wurde ja in jüngster Zeit schon Beachtliches in Gang gesetzt.

Wenn wir im Ergebnis unserer zweitägigen Gespräche hier zum Ausdruck bringen würden, daß ein stärkerer Kulturaustausch zwischen unseren Ländern vereinbart werden sollte, wäre das ein großer Beitrag zur Verbesserung der Atmosphäre und zur Festigung der Sicherheit in Europa. Hier neben mir sitzt Günter Grass - wir beide sind Schriftsteller. Ich kenne seine Bücher; wir könnten beide sagen: Wenn man ihn bei uns und mich bei Euch mehr auflegte, dann würde das sicherlich nicht nur uns beiden nützen, sondern auch der Atmosphäre insgesamt zugute kommen.

Smirnow

Ich möchte Sie nur in einem Punkt ergänzen, Herr Polewoi. Wir haben etwa tausend ausländische Studenten an unserem Institut. Wenn ich vorhin die Zahl 150-200 nannte, dann meinte ich ausländische Fachleute, die schon eine Hochschulausbildung abgeschlossen haben. Der gesamte Austausch ist also sehr viel größer. Zur Zeit sind bei uns achtzig Studenten aus der DDR immatrikuliert, und einen Praktikanten haben wir aus der Bundesrepublik Deutschland. In den letzten Jahren haben einhundertvierundzwanzig Studenten aus der DDR ihr Studium hier abgeschlossen.

Poljanow

Gestatten Sie mir zum Abschluß unserer Diskussion noch einige persönliche Worte. Zu meiner großen Freude ist in dieser Beratung nie das Wort "sogenannte" gefallen. Ich nehme dieses Wort jetzt aber für mich in Anspruch und nenne mich gewissermaßen den "sogenannten" Vorsitzenden. Als solcher möchte ich sagen, daß es mich sehr zufriedengestellt hat, worüber wir sprachen, und auch die Form, in der die Besprechung stattfand. Es war eine offene, manchmal eine harte Sprache. Es war ein Gespräch von Menschen, die in vielen Fragen unterschiedliche Standpunkte haben. Aber die Triebkraft des Gespräches war der Wunsch, einander besser zu verstehen und einander besser kennenzulernen.

Deswegen möchte ich allen Teilnehmern für ihre Beiträge danken. Ich fahre aus Leningrad mit dem guten Gefühl weg, daß wir wirklich eine nützliche Arbeit geleistet haben. Ich glaube, daß meine Freunde aus den sozialistischen Ländern nach diesem Treffen nicht - um einen deutschen Ausdruck zu gebrauchen - alles "schwarz" sehen und daß unsere Kollegen aus den westlichen Ländern wohl auch nicht alles "rot" sehen werden. Wir nehmen alle ein Kapital von hier mit nach Hause, das an diesem Tisch erarbeitet wurde. Vielleicht ist es kein sehr großes Kapital, aber wir wollen es nützen.

Ich danke für die Zusammenarbeit und lege hiermit die Last als sogenannter Vorsitzender, die nicht immer ganz leicht war, nieder. Ich übergebe jetzt das Wort für eine Schlußbemerkung an unseren Referenten, Herrn Grosser.

Grosser

Ich möchte weniger ein Schlußwort als vielmehr einen Schlußindruck formulieren. Zwei Gründe der Nichtzufriedenheit und einen Grund einer gewissen Zufriedenheit will ich nennen.

Erster Grund der Unzufriedenheit: Es sind auf viele Fragen keine Antworten gegeben worden; die Erörterung ist nicht so weit gegangen, wie man hätte hoffen können. Das trifft unter anderem für die Berlin-Frage zu; ich weiß, wie kompliziert sie ist. Wenn Kossygin und Nixon zusammen beten würden, würden sie erstens darum bitten, daß es kein China mehr gäbe - sobald allerdings die Bitte erfüllt wäre, würden sie nicht mehr zusammen beten;- , und die zweite Bitte wäre, daß sich Berlin irgendwo auf dem Planeten Mars befinden möge und nicht dort, wo es jetzt ist und beide Seiten wirklich nicht wissen, wie eine gute Lösung möglich ist. Während aber gestern in einer anderen Frage ständig ein Junktim gefordert wurde - die "völkerrechtliche Anerkennung";-, lehnte man, sobald von Berlin die Rede war, ein Junktim ab. So entstand mitunter der Eindruck: Eines ist immer Junktim, das andere aber soll nie Junktim sein.

Viel wichtiger jedoch im negativen Sinne war für mich die Diskussion über die verschiedenen Auffassungen hinsichtlich dessen, was im August 1968 in der Tschechoslowakei geschehen ist. Dazu noch ein Wort, von dem ich verlange, daß es als aufrichtig aufgenommen wird: Sie müssen sehen, daß es für Leute wie mich - die wir im eigenen Lande zur Zeit des französischen Indochina-Krieges und des Algerien-Krieges gegen die Politik der eigenen Regierung gekämpft haben, weil wir der Überzeugung waren, daß Völker unterdrückt wurden - schwierig gewesen ist, die Diskussion über das Thema Europäische Sicherheit aufzunehmen - gerade weil Sie das gutheißen, was ich negativ beurteile. Ich will es ganz krass formulieren: Wir sind trotzdem gekommen. Mehr möchte ich zu diesem Punkt jetzt nicht sagen.

Aber es gibt nicht nur das Negative. Ich meine, wir haben heute mehr gelernt als gestern; denn es waren heute gewisse Fortschritte zu erkennen, obwohl wir immer wieder auf die alten Streitpunkte zurückgekommen sind. Das Resultat unseres Gespräches scheint mir in folgendem zu bestehen: Obwohl wir kein echtes Zusammen haben, sind wir gezwungen zusammenzugehen. Wir haben kein echtes Zusammen, weil die Unterschiede sehr groß sind und sie in der Gegenwart nicht überwunden werden können. Wir gehen trotzdem zusammen, weil wir alle davon überzeugt sind, daß ein Minimum an Gemeinsamkeit notwendig und möglich ist; denn wir gehen - wie ich es gestern bereits andeutete - nicht auf das Verschwinden des anderen Systems aus, wenn wir es auch manchmal sagen. Das ist das Positive.

Wir müssen auch deshalb zusammengehen, weil wir uns in der gleichen Lage befinden. Wir gehören in den Augen von Abermillionen Menschen dem reichen Teil der Erde an. Das ist eine Tatsache, für die wir alle nichts können. Unsere Systeme sind sich aber in den Augen von Abermillionen Menschen langsam ähnlich geworden. Das schockiert viele von uns auf beiden Seiten. Aber diese Tatsache schafft auch eine Lage, die eine Gemeinsamkeit entstehen läßt - ob wir das nun wollen oder nicht. Deswegen gibt es eine Reihe von außereuropäischen Aufgaben, auf die ich am ersten Tag hingewiesen habe und auf die insbesondere Herr Kitzinger und Herr Grass zurückgekommen sind. Für mich ist das ebenso wichtig wie die sehr wichtige Europäische Sicherheitskonferenz.

Körber

Ich habe noch etwas zu den Formalien unseres jetzt zu Ende gehenden Gespräches zu sagen. Es ist nicht Aufgabe unserer Gesprächskreise, und dieses ist der 36. innerhalb von zehn Jahren, daß wir die gegensätzlichen Meinungen unter einen Hut zwingen wollen. Deshalb haben wir auch niemals versucht, unsere Gespräche mit einer gemeinsamen Resolution abzuschließen. Auch heute beabsichtigen wir nicht, ein Kommuniqué herauszugeben. Die Tagung in Leningrad unterscheidet sich aber von allen bisherigen Gesprächen dadurch, daß wir zum ersten Mal außerhalb der Bundesrepublik tagen - zu meiner großen Freude in der Sowjetunion. Das ist nicht unbekannt geblieben, wie wir aus zahlreichen Pressemeldungen ersehen konnten, und ich bin der Meinung, daß wir der Öffentlichkeit gegenüber verpflichtet sind, etwas über die Ergebnisse unseres Gespräches mitzuteilen. Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir versuchen sollten, eine Pressenotiz zu formulieren. Deshalb, habe ich Herrn Kogon gebeten, der die Bergedorfer Gespräche von Anfang an kennt, eine solche Mitteilung an die Presse abzufassen. Er hat sie in der Schlußphase unserer Tagung mit den verschiedenen Gruppierungen hier am Tisch durchgesprochen. Ich würde mich im Interesse weiterer Bergedorfer Gespräche außerhalb der Bundesrepublik Deutschland freuen, wenn diese Notiz von Ihnen angenommen werden könnte.

Kogon

Einige Vorbemerkungen zu dem im vorliegenden Fall nicht ganz einfachen Vorschlag einer Pressenotiz. Sie soll erstens in keiner Weise ein Vorgriff auf das Protokoll sein. Sie muß zweitens kurz und trotzdem informationsreich sein. Deshalb kann drittens nicht alles, was hier besprochen wurde, in die Notiz aufgenommen werden. Es handelt sich um den Versuch einer Zusammenfassung, allerdings unter Erwähnung einiger Probleme, die hier nur genannt, aber nicht diskutiert worden sind.

Schließlich noch eine herzliche Bitte: Wenn in dieser Notiz schwierigste Probleme beim Namen genannt sind, dann bedeutet das keine Präjudizierung des Inhalts. Ich habe mich bemüht, keine spezifischen Urteile einfließen zu lassen; aber nennen mußte ich natürlich ein paar heikle Dinge.

Herr Kogon verlas hierauf seinen Textentwurf. Er wurde nach kurzer Diskussion, die zu einigen wenigen Abänderungen führte, angenommen. Die Pressenotiz lautete wie folgt:

Der Bergedorfer Gesprächskreis in Leningrad

Zur Erörterung des Themas "Europäische Sicherheit und Möglichkeiten der Zusammenarbeit" luden der "Bergedorfer Gesprächskreis" und das Sowjetische Friedenskomitee nach Leningrad ein. Das internationale Kolloquium fand am 17. und 18. Juni statt. 15 Teilnehmer aus Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland trafen sich mit 25 Teilnehmern aus der UdSSR, der DDR, Bulgarien, Polen, Rumänien, der CSSR, Ungarn und Jugoslawien. Das Gespräch wurde eingeleitet von Alfred Grosser, Professor der Politischen Wissenschaften an der Pariser Sorbonne, und Nikolaj. J. Poljanow, Erster Stellvertretender Chefredakteur der sowjetischen Tageszeitung "Iswestija".

Die zweitägige Diskussion, die in großer Offenheit mit der Absicht aller Teilnehmer geführt wurde, zu klären, inwieweit sich beiderseits zumutbare objektiv zu verwirklichende Übereinstimmungen erzielen lassen, erfolgte in vier Abschnitten:

1. Das Problem der Realitäten in Europa,
2. Konkrete Wege zur Sicherheit,
3. Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene,
4. Europäische Sicherheitskonferenz.

In diesem Rahmen untersuchten die Teilnehmer die Fragen der Unantastbarkeit und der Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Regelung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander, dabei die Frage der Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen zwischen ihnen, die mit West-Berlin zusammenhängenden Probleme, die Voraussetzungen und Erfordernisse einer Konferenz über die Sicherheit in Europa einschließlich der Möglichkeit, ein ständiges Instrument der Krisenregelung zu schaffen, sowie die Bedingungen verstärkter Zusammenarbeit zwischen Ost und West in der Wirtschaft, in der Technologie, in der Lösung der immer drängender werdenden Umwelt-Probleme der menschlichen Existenz, in den kulturellen Beziehungen, im Unterricht, im Informationsaustausch und in der Politik.

Volle Einmütigkeit bestand in der Auffassung als dem obersten Prinzip, daß zwischen den Staaten Europas und von Europa aus Konflikte nie mehr durch Krieg ausgetragen werden dürfen. Hierfür ist eine Reihe von Voraussetzungen zu schaffen, die die gemeinsame Bemühung aller in Betracht kommenden Mächte und Kräfte erfordern. Dieser Teil der Diskussion hat in einigem zu einer vollständigen oder jedenfalls weitreichenden Obereinstimmung geführt. In anderem näherten sich die Anschauungen und Forderungen einander an. Es blieben jedoch bedeutsame Fragen offen, in denen die betont unterschiedlichen Standpunkte nicht miteinander in Einklang gebracht werden konnten; sie bedürfen weiterer Klärung.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß das Bergedorfer Gespräch in Leningrad nützlich war und daß, ungeachtet der bestehenden Differenzen, ähnliche Kolloquien auch in Zukunft veranstaltet werden sollten, um das gegenseitige Verständnis zwischen Ost und West zu fördern und so zur europäischen Friedenssicherung beizutragen. Sie empfehlen die Idee solcher Erörterungen auf breitester Basis unter Teilnahme von Vertretern der Öffentlichkeit aus ganz Europa.

Körper

Meine Damen und Herren, die schnelle Einigung auf eine gemeinsame Pressemitteilung über ein sehr diffiziles Thema, das die ganze Tiefe des Grabens zwischen Ost und West ausgelotet hat, und an der fünfzehn Teilnehmer unterschiedlichster politischer und gesellschaftlicher Positionen aus drei westlichen Ländern und fünfundzwanzig Gesprächspartnern aus acht sozialistischen Staaten beteiligt waren, läßt einen positiven Wandel in der Ost-West-Atmosphäre erkennen, von dem ich wünsche und hoffe, daß er auch in den offiziellen politischen Verhandlungen, zum Beispiel über den Gewaltverzichtsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, vorhanden sein möge.

Doch nun noch ein paar Worte über den Wert unserer Tagung. Dieses Gespräch war nützlich. Nicht weil es konkrete politische Ergebnisse gebracht hat, sondern weil unsere Tagung aus der bloßen Verhandlung zu einem Gespräch wurde, offen, aber trotz aller Gegensätze auch kompromißbereit. Gespräche sind mehr als Verhandlungen, weil sie die Richtung auf neue Kommunikationsformen aufzeigen - auf längst erhoffte neue Brückenschläge zwischen Ost und West - bei den Menschen, die politisch guten Willens sind.

Diese Tagung in Leningrad brachte einerseits eine Konfrontation über die politischen Realitäten zwischen Ost und West. Andererseits war sie aber auch ein Gespräch im Geiste politischer Offenheit. Dahin müssen wir kommen, damit Europa, die europäischen Gesellschaften, in ihren unterschiedlichen Systemen "selbstsicher" werden. Europäische Sicherheit setzt ein politisches

Bewußtsein gesellschaftlicher Selbstsicherheit voraus, und das Anliegen des Bergedorfer Gesprächskreises kann es nur sein, einen gesellschaftlichen Prozeß in diesem Sinne mit zu eröffnen und mit zu fördern. Das harte Aufeinanderprallen der Ost-West-Gegensätze ließ erkennen, wie stark die neue Brückenkonstruktion sein muß, damit sie allen Belastungen der neu beginnenden Ost-West-Kontakte standhält. Der Bergedorfer Gesprächskreis ist an diesem Brückenschlag zwischen Ost und West fundamental, aber nicht tagespolitisch interessiert - fundamental deshalb, weil es dabei um eine Klärung der Möglichkeiten des politischen Status quo geht. Der Gesprächskreis sollte nach einem politisch übergreifenden Verstehen dieser Möglichkeiten fragen, um im Gespräch selbst auf beiden Seiten Lernprozesse in Gang zu setzen, die eine menschliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit zwischen dem östlichen und westlichen Gesellschaftssystem befruchten können.

Auch die politischen Entscheidungsträger sehen sich heute in beiden Systemen von neuen Lernprozessen gefordert, deren Ursache in der sozialen Mobilität und wirtschaftlichen Dynamik der Industriegesellschaften selbst liegt: Das heißt, der politische Status quo muß zusammen gedacht werden mit der expansiven, technisch-industriellen gesellschaftlichen Entwicklung. Unser Gespräch hier hat uns gerade in seinem zweiten Teil deutlich vor Augen geführt, daß sowohl auf die westlichen als auch auf die östlichen Industriegesellschaften Probleme zukommen, die in der Zukunft gemeinsame Aufgabenstellungen, vielleicht sogar gemeinsame Zielentwürfe verlangen. Voraussetzung dafür ist aber die Schaffung neuer Kommunikationsformen, und ich freue mich, daß wir mit unserer 36. Tagung den Versuch begonnen haben, in einem pluralen, informativen Gespräch neue Anfänge zu setzen.

Diese Art der Gespräche stellt über ihren reinen Informationsgehalt hinaus auch für die politischen Entscheidungsträger eine Hilfe bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für die akuten politischen Probleme dar. Mit der Herausgabe des Protokolls wollen wir einen konstruktiven Beitrag auch in dem Sinne leisten, daß wir die interessierten Kreise der Öffentlichkeit mehr an die politischen Entscheidungsprozesse heranführen.

Ich bin der Ansicht, meine Damen und Herren, unsere Tagung war ein guter Anfang, und möchte daher in Anlehnung an das Lenin-Wort: "Lernen, lernen, lernen" zum Abschluß unserer Diskussion sagen: "Sprechen, sprechen, sprechen, damit wir weiter im Gespräch bleiben." Ich bin überzeugt davon, daß der Bergedorfer Gesprächskreis in Zukunft weitere Tagungen in sozialistischen Ländern abhalten wird, und denke dabei zunächst an Budapest, Warschau oder Bukarest.

Abschließend möchte ich allen Teilnehmern unserer Zusammenkunft dafür danken, daß sie dazu beigetragen haben, die politischen Realitäten in Europa zu verdeutlichen.